

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plakatschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtaufgabe, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseratenannahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Postgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Die Leipziger Stadtverordneten verabschiedeten die Lehrerbeförderungsvorlage, die 907 000 Mk. jährlichen Aufwand veranlaßt.

In der gestrigen Berliner Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister soll die Erhöhung der Matrikularbeiträge um 150 Millionen Mark für unannehmbar erklärt worden sein.

Die Situation auf dem Balkan steht auf des Messers Schneide.

In der Duma kam der Fall K'jew zur Verhandlung.

Die Umwälzung in der Schuhindustrie.

Leipzig, 25. Februar.

Die kapitalistische Umwälzung der Produktionsweise vollzieht sich mit geradezu ungeheurer Geschwindigkeit und wohl ganz wenige Gebiete ließen sich auszeichnen, in denen die letzten zwei Jahrzehnte nicht eine grundlegende Veränderung herbeigeführt hätten. Deshalb sind Monographien, wissenschaftliche Untersuchungen über derartige Umwälzungen in einzelnen Industriezweigen von nicht zu unterschätzendem Werte. Eine solche Monographie liegt vor in dem Buche von Dr. Karl Rehe über: Die deutsche Schuhfabrikindustrie.

Noch im Jahre 1870 behauptete Schmoller, daß in den Gewerben, die für Kleidung der Menschen sorgen, von einer Großindustrie kaum die Rede sein kann. Ein paar Jahre später begann in der Herstellung der Schuhe die großkapitalistische Fabrik den Siegeszug gegen das Handwerk.

Entscheidend war dabei die Erfindung der Maschinen. Die ersten brauchbaren Maschinen wurden in den 50er Jahren eingeführt, aber erst in den neunziger Jahren waren sie soweit vervollkommen, daß sie vollen Ersatz für die Handarbeit boten. 1871 wurde in Frankfurt a. M. die erste Fabrik mit Dampftrieb errichtet, aber bis 1882 waren erst 40 solcher Fabriken errichtet. Dagegen bestanden heute über 1400 Fabriken mit Motoren. Also erst nach 1882 setzte die Entwicklung mit Wucht ein und wir haben es mit einer Umwälzung zu tun, die sich in etwas mehr als zwei Jahrzehnten vollzog. Ihr Resultat ist, daß der Kleinmeister, der ohne Maschinen arbeitete, und der noch vor kurzer Zeit typisch für das Schuhmachergewerbe war, in

der Großstadt von der Bildfläche verschwunden ist und bald auch auf dem Dorfe nicht mehr zu finden sein wird. Nur als Flickschuster kann noch eine kümmerlich kleine Zahl solcher Schuhmacher fortexistieren.

Freilich ist es noch nicht so weit, daß dem handwerkemäßigen Schuhmacher der Boden gänzlich entzogen ist. Eine Anzahl Kleinbetriebe wird wohl noch lange fortbestehen, nämlich solche, die ganz hervorragend gute Ware, sozuzagen Luxusware, liefern. Das sind aber nicht mehr die Kleinmeister, sondern Handwerksbetriebe, in denen ein paar Gesellen arbeiten, die Künstler in ihrem Fache sind. Warum die Fabrik hier nicht die Konkurrenz schlägt, dafür gibt Rehe eine sehr interessante Erklärung. Seiner Meinung nach kann nämlich die Fabrik technisch ebenso vorzügliche Ware liefern, und auch billiger, aber diese Ware wird durch den Zwischenhandel ungebührlich verteuert. Vorläufig liegt nämlich die Sache so, daß die Fabrikanten sich gegenseitig scharfe Konkurrenz machen und deshalb die Händler über Wasser haben. Diese sind gut organisiert. Es bestehen zwei Verbände der Schuhwarenhändler, die es dahin gebracht haben, daß sie den Fabrikanten die Bedingungen diktieren und sie verteuern die Ware. Nun haben die Fabrikanten allerdings ein Mittel, die Händler mirbe zu machen, indem sie nämlich eigene Läden errichten, und in der Tat sehen wir ja gerade in den letzten Jahren die Fabrikäden in den Ortschaften sich ausfallen mehren.

Aber noch eine andere Frage macht den Fabrikanten schwer zu schaffen: die Maschinenfabrikanten haben ihnen schweren Tribut auferlegt. Das ist eine interessante Erscheinung, die Beachtung verdient. Die Sache ist die: Die Fabrikation von Schuhmaschinen liegt ganz in den Händen der Amerikaner und diese gerissenen Herren haben ein überaus schlaues System ausgeheckt. Sie bilden einen Trust und haben für Deutschland eine besondere Vertretung errichtet, die Deutsche Vereinigte Schuhmaschinen-Gesellschaft, durch die allein Maschinen bezogen werden können. Diese Gesellschaft verkauft nun keine Maschinen, sondern vermietet sie mit folgenden Bedingungen: der Schuhfabrikant zahlt bei Anschaffung der Maschine eine Grundtaxe, die ungefähr dem Herstellungswerte der Maschine entspricht und darüber hinaus eine fortlaufende Abgabe pro 1000 Umdrehungen der Maschine; z. B. eine Zwickmaschine kostet 1500 Mk. Grundtaxe und jedes Tausend Umdrehungen kostet 24 Pfg. Auf diese Weise zahlt der Fabrikant für jedes Paar hergestellte Schuhe 15—25 Pfg. Tribut an den Trust der Maschinenfabrikanten! Rehe erwähnt, daß drei Schuhfabriken in Erfurt, die zusammen 885 Arbeiter beschäftigten, im Jahre 1907 nicht weniger als 61 300 Mk. Tribut für die Benützung der Maschinen

zu zahlen hatten. Aufhören wird das erst, wenn die Patente erlöschen und eine Konkurrenz entsteht, die den Trust sprengt. Sehr möglich aber ist es, daß die Entwicklung zur Gründung einer Maschinenfabrik seitens der Schuhfabrikanten führt. Voraussetzung wäre allerdings die Gründung eines Syndikates der Schuhfabriken und es scheint, daß ein solches Syndikat über kurz oder lang entstehen wird.

Dann würde bald ein weiterer Schritt sich ergeben: Gründung eigener Lederfabriken und Fabriken zur Herstellung der übrigen Bestandteile der Schuhfabrikation: Fellen, Gumizüge, Schnürbänder, Leisten usw. Natürlich würde ein solches Syndikat die Händler bald an die Wand drücken, daß sie quiettschen, aber es würde natürlich auch die Konsumenten nicht schonen. Das sind die Perspektiven, die Rehe andeutet und die sehr plausibel scheinen. Ganz glatt wird sich die Einigung zu einem solchen Syndikat freilich nicht vollziehen, denn vorläufig tobt noch ein heftiger Kampf der Fabrikanten untereinander, aber es ist gar kein Zweifel, daß in diesem Kampfe die kleineren Fabriken, die in der ersten Zeit aufsprössen wie die Pilze im Herbst, aufgerieben werden. Schon heute sollen die Dinge so liegen, daß Fabriken, die mit weniger als einer Million Mark Kapital gegründet werden, unrentabel sind.

Wie sind nun die Arbeiter bei dieser Umwälzung gefahren? Das Schicksal des Schuhmachergesellen, der zünftig sein Handwerk erlernte und Aussicht hatte, mit der Zeit selbständiger Kleinmeister zu werden, ist endgültig besiegelt und die Zahl der geleerten Schuhmacher nimmt denn auch rapid ab. Die Fabrik braucht keine Gesellen, denn die Arbeit an der Maschine ist in einigen Wochen gelernt. Freilich gibt es Stümper und Virtuosen unter den Maschinenarbeitern, denn die Maschine arbeitet keineswegs so selbständig wie z. B. der mechanische Webstuhl oder der Selsaktor, sondern sie erfordert eine geschickte Hand, aber das hat mit der Kunst des Schuhmachers nichts mehr zu tun. Ein Mann, der mit volldem Geschick die höchste Leistung bei Bedienung der Goodhear-Zwickmaschine erzielt, braucht nicht die blasse Ahnung davon zu haben, wie ein Schuh vom Anfang bis zum Ende gebaut wird, er ist eben Teilarbeiter. Die Maschine bewirkt ferner das Eindringen der Kinder- und Frauenarbeiter in die Schuhproduktion. 1875 waren im Schuhgewerbe 4690 weibliche Personen beschäftigt, 1882 6012, 1895 14 892, dagegen ist die Zahl der männlichen Arbeiter von 146 230 im Jahre 1882 auf 136 365 im Jahre 1895 zurückgegangen und dabei waren von diesen 22 000 jugendliche.

Weber die Löhne macht Rehe folgende Angaben: es soll betragen haben der Lohn eines Gesellen in Erfurt: 1850

Seuilleton

Karneval.

Ein Sittenroman aus dem Köln des 20. Jahrhunderts von Emil Kaiser.

28] Nachdruck verboten.

Als die Magd in die Wirtschaft zurückkam, war Frau Tomas bereits tot, und das Mädchen mußte sich sogleich wieder auf den Weg machen, um dem Priester diese Botschaft zu bringen. Man wollte den geistlichen Herrn nicht umsonst bemühen, und vor allem hatte es jetzt keinen Zweck mehr, daß durch sein Kommen der ganzen Nachbarschaft gleich der Vorfall im Wirtschaftshaus bekannt würde. Darunter hätte das Geschäft leiden können, und es war nicht alle Tage Fastnacht.

Die Magd traf den Priester und den Mesner bereits unterwegs, aber der Geistliche lehrte gerne um, nachdem er ihren Bericht vernommen. Es war keine willkommene Aufgabe, an diesem Abend das Sakrament durch die Straßen zu tragen. Zwar soweit das Anschlagener Glocke des Mesners, das sich in kurzen regelmäßigen Abständen wiederholte, hörbar wurde, verstummte der Lärm auf der Stelle. Die Frauen sanken auf die Knie und die Männer beugten die Köpfe und bekreuzigten sich mit vorgebeugtem Kopf. Ein Betrunkener nur blieb gegen eine Hauswand gelehnt aufrecht stehen und starrte die beiden Gestalten, den Mesner mit der Glocke und den Priester, an. Der Priester mit der Monstranz, eine Zeitlang glänzigen Auges an. Dann begann er zu grinsen und den Arm gegen sie ausstreckend, sang er mit fallender Stimme den Vers eines bekannten Gassenhauers: „Sehn Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein.“

Soweit der Vorfall überhaupt bemerkt wurde, erregte er die allgemeine Entrüstung. Der Priester ging würdig vorüber, ohne von dem Spötter Notiz zu nehmen.

Auch Doktor Boden, der eben mit Trost des Weges kam, konnte sich einer unwilligen Aeußerung nicht enthalten.

„Man sieht doch, daß der Karneval jede Ehrfurcht vor dem Ernst vernichtet,“ meinte er.

Trost suchte die Äheln. „Es ist richtig, er hätte ihn in Ruhe lassen sollen. Denn der trägt ja seine Maske nicht freiwillig.“

„Sie sind eben selbst ein unverbesserlicher Spötter,“ gab Boden zurück.

„Wenn man die Zeremonien bei so vielen Religionsgemeinschaften gesehen hat, und mit ganz geringen Abweichungen die Priester überall dieselbe Maske tragen sah, da kommt man eben dahinter, daß es Maske ist.“

„Was wollen Sie aber? Der Priester kann doch nicht mit lächelndem Gesicht zu einem Sterbenden gehen, wenn ihm auch selbst noch so wohl ist.“

„Ich leugne ja gar nicht, daß es zu seinem Beruf gehört, im Gegenteil, das stelle ich ja nur fest. Er muß eben die Maske tragen, auch an Fastnacht, wo alle Welt sonst sie fallen läßt.“

„Sie haben so viel Freude am Paradoxen, daß ich Ihre Kritik nicht für objektiv halten kann,“ sagte Boden nach einer Weile etwas bestimmt. „Der Stimungsdreiz, der in diesem Bilde steckt, ist Ihnen sicher ganz entgangen. Ich sehe von dem betrunkenen Rißel ab, der einen Witzton in das Ganze brachte. Aber der Priester, der Repräsentant der Kirche, in der ganzen Würde seines Amtes, umgeben von dem mystischen Hauber des Kultus, hier noch in erhöhtem Maße wirkend, weil er von einem Sterbenden kommt, oder sich dorthin begibt, und diese Figur hineingestellt in die nach altem heidnischem Brauch in zuchtloser Ausgelassenheit ihres Triebens sich freuende Menge — und nun die Menge plötzlich vom Haupte des Ernstes gestreift, für einen Augenblick zu ehrfürchtiger Haltung erstarrt. Ist das nicht packend, wie die laute Lebensluft plötzlich verstummt, wenn der Gott des Lebens feierlich dahergetragen wird, wie die übermühtige Starrheit ein Knie beugt vor dem tieferen Sinn des Lebens?“

„Sie finden Stil darin,“ sagte Trost. „Nun wohl. Sie sind gewohnt, die Erscheinungen auch vom Standpunkt

einer früheren Epoche aus zu genießen. Es ist ja in der Kunst überhaupt nicht anders möglich, den Erscheinungen gerecht zu werden. Ich dagegen beobachte die Sitten und Gebräuche der Völker und pflege sie danach einer gewissen Entwicklungs- und Kulturstufe zuzuteilen, als Maßstab unsere jegige europäische Kultur benutzend, die den Gipfelpunkt bildet, oder doch bilden sollte. Nun, Sie können sich selbst sagen, ob ich einen Genuß dabei empfinden kann, hier im Herzen Europas am Anfange des zwanzigsten Jahrhunderts auf ein Stück so unverbältnis Mittelalters zu treffen.“

Boden war von der radikalen Anschauung des Reisenden weit entfernt. Alte Bräuche aufheben könne ebenso wohl eine Barbarei als eine Kulturthat sein, meinte er gereizt. Und er konnte nur lächeln über diese Uebereifrigen, die meinten, man könne historisch gewordenen Einrichtungen so ohne weiteres durch ein Dekret oder vielleicht gar eine Polizeiverordnung aus der Welt schaffen.

Trost blieb vollkommen gelassen. „Ich bin kein Weltverbesserer, Herr Doktor, sondern ein Weltbeobachter. Ich registriere nur, allerdings ohne mir mein Recht zur Kritik nehmen zu lassen. Ich bin mir nicht ganz klar, sprachen Sie eben von der Kirche oder vom Karneval, als einer historisch gewordenen Einrichtung. Narbigens sind die beiden ja etwas miteinander verknüpft. Die alte Kirche, die den Unfug vorfand und nicht die Kraft fühlte, ihn auszurotten, sanktionierte ihn gewissermaßen, und die heutige Kirche schleppt ihn doch immer noch als kirchliches Fest mit sich. Wie sie stets alles vermeidet, was den Massen mißfallen könnte und nicht gerade eine Lebensfrage für sie ist, so vermeidet sie es auch hier, ihre sonst so imponierende Macht über die Gemüter einzusetzen, obgleich es sich hier um eine Aufgabe handelte, die in ihr Bereich gehört.“

Die Herren hatten jetzt das auf dem Gemurmel gelegene Lokal erreicht, wo man ein Zusammentreffen mit Seider verabredet hatte. Man wollte sich hier vor den Maskenballe ein wenig stärken, da nach einem Ausbruch Trosts ein gebildeter Mensch nicht nüchtern zu einem

6 Mk., 1890 12.50, 1907 18 Mk. Diesen Zahlen stellt er die Lebensmittelpreise und die Miete gegenüber, wobei er ziemlich willkürlich den Bedarf pro Familie und Woche berechnet auf 1 Kilogramm Rindfleisch, 0,8 Kilogr. Butter, 10 Kilogr. Kartoffeln, 8 Kilogr. Roggen und 20 Kilogr. Weizen. Es ergeben sich dann die Kosten für Nahrung und Wohnung auf 3.95 Mk. im Jahre 1850, 9.96 Mk. im Jahre 1890 und 11.29 Mk. im Jahre 1907. Demnach klieben für alle übrigen Bedürfnisse im Jahre 1850: 34,2 Prozent des Lohnes, im Jahre 1890: 20,4 Proz., im Jahre 1907: 37,3 Proz. Das würde bedeuten, daß im Jahre 1890 die Lage der Arbeiter schlechter war als 1850 und im Jahre 1907 kaum etwas besser als 1850. Dabei ist der höhere Lohn im Jahre 1907 die Errungenschaft ungemein schwerer Kämpfe, die besonders in den 90er Jahren von der Gewerkschaft geführt wurden. Was die Löhne der Fabrikarbeiter anbelangt, so meint Rehe, sie seien in Erfurt höher als die Löhne der Gesellen. Er berechnet nämlich nach Angaben von 11 Schuhfabriken einen durchschnittlichen Wochenlohn von 18 Mk., für Männer, Frauen und Jugendliche zusammen; der Durchschnittslohn erwachsener männlicher Arbeiter soll 22 Mk. sein. Wir können diese Angaben nicht nachprüfen (es wäre verdienstlich, wenn das von einem Fachmann, der die örtlichen Verhältnisse kennt, besorgt würde) und müssen uns damit begnügen, darauf zu verweisen, daß Erfurt in der Schuhfabrikation insofern eine Ausnahmestellung einnimmt, als dort vorwiegend bessere Sorten hergestellt werden. In Pirmasens, in Wurg bei Magdeburg, Tuttlinden, Offenbach, Frankfurt a. M., Arnstadt, Reustadt in Schlesien, Weiskensfeld, Wallingen und Kalau, die als Fabrikationszentren in Betracht kommen, sind die Löhne bei weitem niedriger. Vorausgesetzt, daß die Angaben von Rehe der Wirklichkeit entsprechen, würden sie also nur besagen, daß die Elite der Arbeiter, die die beste Ware herstellt und daher besonders tüchtig sein muß, einen Wochenlohn von 22 Mk. erzielt. In der Hausindustrie in Pirmasens verdient nach einem anderen Autor, Franke, eine Familie von vier Personen, die alle mitarbeiten, 18 Mk. wöchentlich.

Wichtig ist nun, wie die Chancen der Arbeiter bei ihrem Kampfe um bessere Lebensbedingungen sich stellen. Die freie Gewerkschaft der Schuhmacher umfaßte 1908 rund 38 000 Mitglieder; sie macht rasche Fortschritte, denn seit 1900 hat die Zahl sich nahezu verdoppelt. Der Christlich-Demokratische Verein zählt an 5500, der „Christliche“ Verband 4200. Da die Zahl der im Schuhgewerbe Beschäftigten im Jahre 1895 rund 151 000 betragen hat und inzwischen sicher noch gestiegen ist, bilden die Organisierten nur einen Bruchteil, selbst im Vergleich zu den erwachsenen Männern, die 1895 auf 118 400 sich belief, ist die Zahl der Organisierten gering. Dagegen sind die Fabrikanten gut organisiert. Fast alle großen Schuhfabriken gehören dem „Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten“ an, der die Bekämpfung von Streiks zum Ziele hat. Bei den Kämpfen in den neunziger Jahren — berichtet Rehe — haben denn auch die Arbeiter den Handwerksmeistern in vielen Punkten Zugeständnisse abringen können, nicht aber den Fabrikanten. Ganz besonders haben die Arbeiter in der „Journiturenfrage“ bisher fast gar nichts ausrichten können. Es handelt sich darum: Journituren nennt man die Hilfsstoffe der Fabrikation, Maschinen-nähabeln, Zwirn, Seide, Nadeln usw.; diese werden den Arbeitern von der Fabrik geliefert, müssen aber von ihnen bezahlt werden, wobei manche Fabrikanten einen Profit heraus schlagen. Gegen diese Gattung kämpfen die Arbeiter bisher vergeblich an. Ebenso konnten sie die Abschaffung oder auch nur Einschränkung der Akkordarbeit nicht erzwingen. Die Arbeitszeit ist in den Schuhfabriken allgemein kürzer als im Handwerk, beträgt aber immer noch 9 1/2 Stunden, was bei der aufreibenden Arbeit jedenfalls viel ist. Rehe meint, daß bei der Eigenartigkeit der im Schuhgewerbe verwendeten Maschinen, die eine energische und gewandte Bedienung erfordern, bei Kürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, die Leistung die gleiche bleiben würde; die Sache liegt hier sehr ähnlich wie bei der Feinmechanik, wo eine Kürzung der Arbeitszeit die Leistungen stark steigerte, wie die genau durchgeführten Versuche in der Reißigen Fabrik erwiesen haben. Es ergibt sich also der Schluß: eine Forderung

der Arbeiter ist in der Schuhindustrie sehr gut möglich, aber es ist schließlich eine Nachfrage, nur eine sehr straffe Organisation der Arbeiter kann bewirken, daß die Arbeiter zu ihrem Recht kommen.

Reichstag.

212. Sitzung vom Mittwoch, den 24. Februar, 2 Uhr nachmittags.

Am Bundesratsitzsaal Zweite, Dresden.

Zur zweiten Beratung des Etats für den Rechnungshof beantragt die Budgetkommission, den Reichskanzler um Maßregeln zu ersuchen, durch welche eine Vereinfachung der gesamten Rechnungsbearbeitung herbeigeführt wird.

Der Referent Abg. Naake (Zentr.) spricht den Wunsch aus, es möge ein von der preussischen Oberrechnungskammer unabhängiger Reichsrechnungshof geschaffen werden.

Die Resolution wird angenommen, der Etat bewilligt. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes betreffend Postampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern, welcher die Subvention des Norddeutschen Lloyd auf 500 000 Mark erhöht wird. Das Gesetz wird debattelos angenommen. Ebenso wird der Gesetzentwurf betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte debattelos angenommen. Es folgt die zweite Beratung der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Kamerun für das Rechnungsjahr 1908.

Der Referent Abg. v. Volke (konf.) beantragt namens der Rechnungskommission, die Uebersicht durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären.

Abg. Erzberger (Zentr.) beantragt nur Kenntnisnahme vorbehaltlich der bei der Prüfung sich etwa ergebenden Erinnerungen. Es sei zu bemerken, daß bedeutende Ueberschreitungen vorhanden sind. In Zukunft sind schriftliche Berichte wünschenswert.

Abg. Dr. Wörke (nat.-lib.): Schriftliche Berichte der Rechnungskommission würde wahrscheinlich niemand lesen. Nach einigen Erwiderungen eines Regierungsvertreters gegen den Abg. Erzberger, der u. a. sagt, in Kamerun sei das Bauen teurer als in Deutschland, und nach einigen weiteren Bemerkungen des Abg. Erzberger wird der Antrag Erzberger fast einstimmig angenommen. Es folgt die zweite Beratung der Rechnung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete für 1898/97 und der afrikanischen und australischen Schutzgebiete für 1899. Die Rechnungskommission beantragt, dem Reichskanzler Entlastung zu erteilen.

Abg. Erzberger (Zentr.): Die Nachprüfung nach fast 18 Jahren ist natürlich schwierig, oft unmöglich. (Sehr richtig!) Ueber diese veraltete Rechnungslegung müssen wir uns beschweren. (Sehr wahr!) Weshalb ist in geradezu unverantwortlicher Weise mit den Reichsgeldern gehandelt worden. (Hört, hört!) Der Rechnungshof erklärt u. a.: verschleierte Kolonialdramen scheinen überhaupt keine Abnung vom Rechnungswesen zu haben. (Hört, hört! im Zentrum und bei den Soz.) Wir können doch nicht jahraus jahrein Hunderttausende für Bauten in den Kolonien ausgeben und nachher damit zufrieden sein, wenn weder die Bauten noch das Geld da sind. (Hört, hört!) So ist z. B. ein Botten von 55 000 Mark für nicht ausgeführte Bauten spurlos verschwunden. (Hört, hört! im Zentrum und bei den Soz.) Höchst sonderbar ist es, daß diese Unstimmigkeiten sich immer gerade in Ostafrika ereigneten. Auch dem Rechnungshof ist das aufgefallen. Die Kolonialverwaltung sollte die Gouverneure anweisen, sich in die Grundzüge zu halten, die der Rechnungsrat aufstellt. Auch sollte sie für baldige Vorlegung der Rechnungen 1901/1904 sorgen. (Lebh. Beifall im Zentrum.)

Direktor im Kolonialamt Gange schließt sich dem Lob des Rechnungshofes an und sucht die Unstimmigkeiten zu entschuldigen. Es ist ein Waldmeer auf mildernde Umstände, das aber im einzelnen unersichtlich bleibt.

Abg. Noke (Soz.): Es zeigt sich immer wieder, wie außerordentlich mangelhaft das Rechnungswesen in den Kolonien gehandhabt wird. Aber die schärfste Kritik, die bisher geübt werden konnte, wird noch übertroffen durch die Beanstandungen des Rechnungshofes. Diese Beanstandungen sind die längsten Rechtfertigung für unzureichende Kritik und für unsere eigene Stellungnahme zur Kolonialpolitik. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Interessanteste ist die Feststellung, daß in Ostafrika ganz besondere Mißstände vorliegen. Dort fehlt es selbst an der einfachsten Kontrolle, wie der Rechnungshof hervorhebt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dabel ist er nicht etwa kleinlich vorgegangen, sondern er hat an die kolonialen Verwaltungen schon geringere Anforderungen gestellt. Auf alle Einzelheiten kann ich natürlich nicht eingehen, aber wie darauf schon eingewiesen wird, erhält u. a. die Talsache, daß in einem Schutzgebiet die Ausgabe für Streichhölzer um mehr als 1000 Mk. überlegen worden ist. (Verhaars hört, hört!) Alles zusammen beweist, daß die Zustände in den Kolonien undaltdare waren, und wie geboten die allerhöchste Kritik war, die wir übten. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Wörke (nat.-lib.) muß bedenklliche Unstimmigkeiten zugeben. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Schwärze (Zentr.) und Dr. Wagdan (rel. Volksp.) werden die Kommissionsanträge angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Initiativantrag der Polen über die Freiheit des Grundverkehrs, Petitionen usw. Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Sitzung vom 24. Februar 1908.

Von den in der vorigen Sitzung in hervorgehobene Stellen gewählten Stadträten Dr. Weber, Lampe und Hofmann sind Dankschreiben für ihre Wahl eingegangen. — Der Rat teilt mit, daß er einem Beschlusse des Kollegiums, auch die Beschlüsse aus der Arbeiterversicherung nur mit vier Fünfteln zur Steuer heranzuziehen, beigetreten ist. — Eingegangen ist eine Eingabe des Uhrmachermeisters Philipp Lehmann, der vorschlägt, beim Städtischen Rathaus einen sachmännlichen Taxator für Uhren anzustellen und die Bestimmung zu treffen, daß Wertschäden nicht durch Vermittler verfehrt werden dürfen. Der Petent bemerkt, durch solche Vorkehrungen würden sich ähnliche unangenehme Vorkommnisse, wie sie bei der Verfolgung des Mörders des Friedrichs Ehmanns zutage getreten seien, in Zukunft vermeiden lassen. Bürgermeister Roth bemerkt hierzu, daß in der Eingabe der Petent Vorwissen im Städtischen Rathaus habe in der Presse mit Recht viel Staub aufgewirbelt. Es handle sich dabei um ein ganz unglaubliches Vergehen eines Beamten, das sich voraussichtlich nicht wiederholen werde. Die Vorschläge des Petenten seien bei dem außerordentlichen Verkehr im Rathaus gar nicht durchführbar. Uebrigens sei für Wertschäden bereits ein tüchtiger Goldschmied als Taxator verpflichtet. — Der Deutsche Transportarbeiterverband, Ortsgruppe Leipzig, bebauert in einem Schreiben die abschneidende Haltung des Rates gegenüber der Eingabe um Abänderung des § 48 der Verkehrsordnung und bittet das Kollegium, den Wünschen der Petenten zu entsprechen. — Eine Eingabe von sieben Turnlehrern, die sich gegen die vom Rate vorgenommene Gehaltsaufstellung für die Fachlehrer wendet, macht Stadtr. Körner zur Kenntnis. — Einer weiteren Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins zu Neuditz, um Erziehung einer Volkshochschule an der Ecke der Eisenbahnstraße und der Förgauer Straße nahm sich Stadtr. Böhm an. — Der Brauereiverein Leipzig bemängelt in einer längeren Eingabe die Ausschreibung der Schankwirtschaft im Hauptbahnhofe und besonders § 11 der Bedingungen, nach dem der Pächter verpflichtet wird, echte bayerische und böhmische Biere zu verschänken. Es wird um Abänderung dieser Bestimmung gebeten. — Schließlich war noch eine Eingabe der vom Hochwasser geschädigten Schlesinger Einwohner eingegangen, in der für künftige Fälle Vorsichtsmaßregeln, Erhöhen der Dämme, Ueberwachung der Fuhlfahrt bei Hochwasser, Unterbrückung der Antonienstraße und Befestigung des Schleusenbaues in der Könnertstraße gefordert werden. Stadtr. Körner machte die Eingabe zur Kenntnis.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Im Oktober 1907 hatte das Kollegium die Verlängerung des Ladegleises III in der Pöschner Markt 3100 Mk. bewilligt. Diese Gleisverlängerung ist bisher nicht ausgeführt worden, weil zunächst abgewartet werden sollte, wie sich der Anfluß der in der Pöschner Markt gelegenen Industrieleiste an die Gleisanlage des neuen Hauptbahnhofes gestalten würde. Es läßt sich auch jetzt, nachdem die Gleisanlagen bereits umgeändert sind, noch nicht voraussagen, wie sich die Ausnutzung des Landdreiecks neben dem Ladegleis III gestalten wird. Bei einem Verkauf des Areals als Fabrikbauland würde die Verlängerung des Gleises III, falls sie sich überhaupt noch nötig macht, Sache des Käufers sein. Mit Rücksicht darauf hat der Rat beschlossen, von der Ausführung dieser Gleisverlängerung abzusehen und die bewilligten Mittel zurückzuziehen. Das Kollegium beschloß auf Antrag des Tiefbauauschusses demgemäß.

Ohne Debatte wurden ferner genehmigt: Die Errichtung einer Volkshochschule auf dem Trinitatisriedhof (neuer Neubauer Friedhof am Stötterger Weg) unter Nachbesserung der erforderlichen Kosten von 875 Mk., ein Abkommen mit den Eigentümern der Furchstraße Nr. 305/306 an der Rohmarkt- und Bahnamstraße wegen der Verbreiterung der Straße, der Ankauf von etwa 400 Quadratmeter Land in Pönis um den Preis von 2 Mk. für das Quadratmeter bezugs Dinzulassung zum ehemaligen Fiedlerischen Gutsgelände, das jetzt dem Johannishospital gehört, die Herstellung des Gasrohrs im Schuhmachergehäusen mit einem Gesamtaufwand von 6405 Mk. und eine Vorlage über den Umbau des ehemaligen Kettmannschen Gutes in Gantz, sowie ein Abkommen mit dem Pächter.

Zur Eingabe über die Verstellung einer Fußwegstrecke des Döbener Weges beschloß das Kollegium, auf sich beruhen zu lassen.

Den Schluß der Sitzung bildete die Beratung einer Mittheilung des Rates über die Neuordnung der Gehalte der Lehrer an den städtischen Schulen und die Erhöhung von Gehältern. Die neue Lehrergehaltsvorlage, die am 30. Dezember 1908 vom Kollegium verabschiedet worden ist, ist in verschiedenen Punkten beanstandet worden. Das Ministerium hat besonders daran Anstoß genommen, daß einige Sätze über die Staffel des neuen sächsischen Lehrerbefolgungsgesetzes hinausgehen, weil dadurch der Staat gezwungen werde, höhere Pensionssätze zu zahlen. Der Rat hat in einer Vorlage einige Abänderungen vorgeschlagen. Der Schul-, Finanz- und Verfassungsausschuß beantragt:

1. bei der Staffel für Fachlehrer an den Gymnasien und der Oberrealschule die letzte Stufe wie folgt zu gestalten: nach 27 (bisher 28) Jahren 4200 Mk. und 300 Mk. Wohnungsgeldzuschuß = 4500 Mk. und demgemäß in den gemeinschaftlichen Bestimmungen statt 28 Jahre 27 Jahre zu setzen.

2. bei den Bestimmungen über den Gehalt der Direktoren an den höheren Schulen für Mädchen und dem Lehrerinnen-Seminar den Absatz 2 unter Herabsetzung der Zulage von 900 Mark auf 600 Mk. auf folgenden Wortlaut zu beschränken:

„Der Direktor der 2. höheren Schule für Mädchen bezieht, so lange das Lehrerinnen-Seminar mit ihr verbunden ist, eine persönliche pensionsfähige Zulage von 600 Mk.“

3. für die Aebelarbeitenlehrerinnen bei dem Beschluß vom 30. Dezember 1908, soweit er darauf gerichtet ist, der Staffel folgende Stufe anzufügen: nach 18 Jahren 2400 Mk. + 200 Mk. Wohnungsgeldzuschuß = 2600 Mk., setzen zu bleiben.

4. bei der Gehaltsbestimmung für den Direktor an der städtischen Gewerbeschule

a) den Beschluß vom 30. Dezember 1908, soweit er die mit 7400 Mk. beginnende und mit 9400 Mk. endende Gehaltsstaffel betrifft, aufzuheben,

b) den Rat zu ersuchen, für den Direktor folgende Staffel einzuführen: Anfangsgehalt 7000 Mk., nach 3 Jahren 7500 Mk., nach 6 Jahren 8000 Mk., nach 9 Jahren 8500 Mk., nach 12 Jahren 9000 Mk.,

5. an den Volksschulen für die Direktoren den Beschluß vom 30. Dezember 1908:

„Im § 40 der Schulordnung wegen der Pflichtenstunden der Direktoren im Absatz 1 die Worte „in der Regel“ sowie im Absatz 2 den Teil: „welcher (der Schulaufsicht) auch ermächtigt ist, einen Direktor, welcher eine sehr starke Schule zu leiten hat, von der Unterrichtsverteilung an derselben gänzlich zu befreien“, zu streichen.“

unter der Bedingung fallen zu lassen, daß dem Stadtverordneten-Kollegium alljährlich die Uebersichten über die Unterrichtsstunden der Volksschuldirektoren vorgelegt werden.

Maschinenbau und nicht betrunken zu einem Begräbnis komme.

Der Rechtsanwält erwartete sie bereits. Er war im weißen Tennisanzug, der seinen Wuchs recht zur Geltung kommen ließ, Boden hatte sich damit begnügt, zum Frack eine große Krawatte anzulegen, Trost dagegen erschien, als er den langen Mantel abgelegt hatte, in einem reichen indischen Kostüm, dessen leuchtende und doch gut harmonisierende Farben die Bewunderung des Kunstgelehrten erregten. Seider erkundigte sich, ob der Reisende seinen Wunsch zum Gürzengisch bestellt habe, was dieser bejahte. „Ich habe ihm gesagt, daß er sich in seinen besten Staat werfen sollte, den er sich in Neuorleans nach eigenem Geschmack gekauft hat. Er ist darin die reinste Rigger-Lariktur aus dem „Pud“.

Man setzte sich gemütlich zum Mahle nieder und ließ sich hier bei guten Sachen wohl sein, ohne Lärm hören zu müssen, noch selbst wachen zu machen. Trost sorgte durch die Auswahl eines schweren Weines, daß man doch in Stimmung war, als man nicht eben früh zum Gürzengisch aufbrach.

Am Eingang des Gebäudes fanden sie den Neger, ihrer wartend. Als sie eintraten, stiegen sie mit einer weiblichen Maske zusammen, die in auffälliger Hast hinausstreifte, und als sie an der Garderobe standen, eilte ein starker Herr laut scheltend an ihnen vorüber, gleichfalls dem Ausgang zu.

„War denn das nicht der Rittmeister von Dahl?“ fragte Trost.

Die beiden anderen Herren bestätigten das, und Boden äußerte die Vermutung, daß der Rittmeister seine Karte vergessen hätte und deshalb keinen Einlaß gefunden habe.

Seider trat in das kleine Zimmer, aus dem von Dahl eben herausgekommen war, um mit dem Komitee, dessen meiste Mitglieder er gut kannte, über die Zulassung des Negers zu sprechen. Nach einiger Zeit kam er ungemein erheitert wieder zurück. Dem Eintritt des Schwarzen sollten keine Schwierigkeiten gemacht werden, natürlich hatte er, Seider, die Verantwortung dafür übernommen

müssen, daß der Dursche sich anständig auführte, und der Scherz in den richtigen Grenzen blieb:

Trost nahm Samuel, dem bei der ganzen Sache durchaus nicht wohl zumute war, noch einmal beiseite und schärfte ihm seine Verhaltensmaßregeln ein. Dann ließ man ihn allein laufen, damit der beabsichtigte Scherz um so sicherer gelinge.

„Eine großartige Geschichte habe ich da eben gehört — mit von Dahl“, sagte Seider, indem sie die Treppe hinanstiegen zu Trost. „Deshalb war er so wütend. Ich hätte seiner ruhigen Frau diese Entschlossenheit gar nicht zugeutraut.“

„Dann hat es da wohl eine Fortsetzung des Fastnachtspiels im Domhotel gegeben?“

„So etwas ähnliches, ich erzähle Ihnen das später“, nickte der Rechtsanwält. Er sah sich sofort nach Frau Wohl um, ohne sie in den menschengesüllten Räumen gleich finden zu können. Noch hielt sich das Treiben in den Grenzen des Mäßigen. Die älteren Leute suchten ihnen passende Tische und ließen sich dort als Wächter nieder, die junge Welt promenierte zu Paaren in angeregter Unterhaltung um den großen Saal. Von der Galerie herab klangen, noch kaum beachtet, die Weifen der Kirasierkapelle. Wären nicht die Maskenkleider der Damen gewesen und die schreiend bunten Krawatten und Kopfbedeckungen der Herren, so hätte man sich auf einer gewöhnlichen Festlichkeit wähnen können. Sehr selten sah man eigentliche Gesichtsmasken, und ihre Trägerinnen waren fast nur ganz junge, besonders abenteuerliche Backfische. Und ebenso seltener war das vollständige Maskenkostüm bei Herren. Im allgemeinen machte es den Eindruck, als käme man hierher, um sich unterhalten zu lassen, nicht um zu unterhalten, und der Reiz, der darin liegt, sich in irgendeine Rolle zu versetzen und sie durchzuführen, schien nur wenigen Teilnehmern dieses Maskenfestes aufgegangen zu sein. Diese Auserwählten kamen freilich dafür um so mehr auf ihre Kosten, besonders zu Anfang des Festes, wo man für jeden Scherz dankbar war.

(Fortsetzung folgt)

4. für die Nadelarbeits- und Haushaltungsführerinnen der
Schulstufen folgende Stufe anzufügen: nach 18 Jahren 2400
Mark = 2000 Mk. + 400 Mk. Wohnungsgeld.
7. den in der Sitzung vom 30. Dezember 1908 zu § 8 Abs. 2
der Schulordnung gefassten Beschluß wieder fallen zu lassen,
8. der Vorlage im übrigen, soweit nicht bereits überein-
stimmende Beschlüsse der beiden städtischen Kollegien vorliegen,
zuzustimmen mit der Maßgabe, daß
9. den Ratsbeschlüssen zuzustimmen mit der Maßgabe, daß
dem jetzigen Direktor der 1. höheren Schule für Mädchen bei
Beziehung seines Gehalts die Zeit vom 1. Januar 1909 (statt
1. April 1904) als Direktorendienstzeit angerechnet wird.
In der Debatte bedauerten die Stadtverordneten Sie-
mann und Börner, daß ihnen, da sie bei einem Punkte an
den Ratsvorlage interessiert seien, durch die Geschäftsordnung
verwehrt sei, zu der Vorlage Stellung zu nehmen.
Lange (Soz.) erklärte, er und seine Freunde würden
gegen den Antrag 7 der Ausschüsse stimmen, der die am 30. De-
zember gestrichene Bestimmung, daß Eltern mit höherem Ein-
kommen gezwungen werden können, für ihre Kinder das höhere
Schulgeld für die Bürgerschule zu bezahlen, wieder einführen
woll. Der Rat habe zwar versichert, daß von diesem Zwange
kein Gebrauch gemacht werden solle. Es stehe aber fest, daß
einige Mitglieder des Kollegiums gezwungen worden seien, Bürger-
schulgeld zu zahlen, obwohl sie ihre Kinder in die Bezirksschule
schickten. Für die Wiedereinführung dieses Zwanges lasse sich
kein vernünftiger Grund anführen, denn das finanzielle
Ergebnis für die Stadt ändere sich dadurch nicht, weil nach den
Erfahrungen der Zuschuß für einen Bürgerschüler genau so hoch
sei wie für einen Volksschüler. Einen Vorteil davon hätte
lediglich der Staat, dem durch das erhöhte Bürgergeld die
Befreiung des Zuschusses von 300 Mark für jede Lehrkraft abge-
nommen würde. Die Stadt habe aber gar kein Interesse daran,
dem Staat, der gerade für die großen Schulgemeinden die ge-
richtigste Beihilfe leistet, in dieser Weise zu nützen. Er bitte des-
halb, den Antrag 7 abzulehnen.

Stadtrat Dr. Wagler gab einen Überblick über das
finanzielle Ergebnis der jetzt zum Abschluß gekommenen Lehr-
erhaltungsfrage. Nach der ersten Ratsvorlage vom 4. November
1908 betrug der ungedeckte Mehraufwand 688 000 Mark. Durch
die Beschlüsse des Kollegiums vom 30. Dezember 1908 wurde
diese Summe auf 757 000 Mark für das Jahr 1909 erhöht.
Die neue Ratsvorlage war um 2000 Mark ermäßigt, während,
wenn die Anträge der Ausschüsse angenommen werden, der
ungedekkte Mehraufwand noch 756 000 Mark betragen wird.
Dieser Betrag ist durch Steuern aufzubringen.
Dr. Junk (Natzpartei) trat für eine Besserstellung der
7 Turnlehrer an den höheren Schulen ein und beantragte, die
bereits angestellten Turnlehrer an den höheren städtischen
Schulen mit den ständigen Fachlehrern, die die Seminarprüfung
bestanden haben, gleichzustellen.
Böhme (Mittelst.) bemerkte, er werde den Rat Lange's
gegen Antrag 7 der Ausschüsse zu stimmen, nicht befolgen,
schlage aber vor, die Einkommensgrenze, bei der ein Zwang
zulässig sei, höher hinaufzusetzen.
Pollender (Soz.) trat diesen Ausführungen entgegen
und wies darauf hin, daß bei dem am 30. Dezember gefassten
Beschlusse des Kollegiums, das Bürgergeld um 2 Mark zu
erhöhen, der Umstand bestimmend gewesen sei, daß dafür diese
Zwangbestimmung, deren Wiedereinführung der Antrag 7 be-
zwecke, falle. Der Rat habe nun wohl die Erhöhung hingenom-
men, weigere sich aber, die maßgebende Bedingung zu erfüllen.
Wenn die Frage nochmals zu entscheiden wäre, würde er unter
diesen Umständen nicht wieder für die Erhöhung des Bürger-
schulgeldes eintreten. Die Uebersicht des Stadtrats Dr. Wagler
sei nicht vollständig. Um einen Begriff von der gesamten Be-
lastung zu bekommen, sei es notwendig, auch die durch Schul-
geld aufgebrachtten Deckungsmittel mit anzugeben. Er bitte,
das noch nachzuholen.
Stadtrat Dr. Wagler erwiderte, diese Summe betrage
bei den höheren Schulen 40 000 Mark und bei den Volksschulen
102 000 Mark. Damit war die Diskussion beendet.
Der Antrag 7 wurde gegen die Stimmen der Sozialdemo-
kraten, die übrigen Ausschußanträge und der Antrag des
Dr. Junk wurden einstimmig angenommen.

Bewerkschaftsbewegung.

Eine geheime Zusammenkunft der Unternehmer vom Fenster-
reinigungsgewerbe in Leipzig.
Von einem, der mit dabei war, wird uns über die Zu-
sammenkunft dieser Unternehmer folgendes mitgeteilt: Es waren
Vertreter aus den verschiedensten Städten erschienen. Als
Zugungsort war das Siebenmännerhaus in Leipzig aus-
gewählt. Unter den Anwesenden waren auch ehemalige Mit-
glieder des Handels- und Transportarbeiterverbandes zu sehen,
die sich „selbständig gemacht“ haben und jetzt Mitglieder des
„Unternehmerverbandes“ geworden sind. Auffällig war freilich
das Fehlen von Vertretern der wirklichen Gewerkschaften in
Leipzig, wie Böhme, Hoffmann und Werner, sowie der Glasrinnung.
Herr Daubsta-Hamburg produzierte sich als Oberschar-
macher, er war als Hauptredner bestimmt worden. Er sprach
über alles mögliche mit einer Unbefangenheit, als ob er etwas
daran verstände: Krankenkassen, die von sozialdemokratischen
Agitatoren geleitet würden, von den Gewerkschaften und von
Arbeitsverträgen, von dem Arbeitskammergesetz usw. usw. Wenn
seine Sachkenntnis auch so beschaffen, wie die über die Arbeits-
verhältnisse zum besten gegebenen, so ist Daubstaat der berufene
Führer der Unternehmer. O, wie kränkt es den Herrn, daß sich
die Unternehmer nicht mit Hilfe der Gerichte der Gewerkschafts-
taten wegen Schadenersatzes bei Streiks bemächtigen können.
Ueberhaupt muß ein Gesetz geschaffen werden, das die Streiks
einfach verbietet. Die Gewerkschaftsführer — so meinte der
einmalige Redner — seien so gefirnete Kerle, daß ihnen nicht
einmal mit Rechtsanwaltschaften beizukommen sei.
Ueberall müssen eigene Arbeitsnachweise gegründet werden,
parteiliche Arbeitsnachweise sind unzuverlässig. Die „Heber“
dürfen keine Arbeit mehr bekommen, wie wir, die Hamburger
Unternehmer es mit dem langen Karl (Geisler) gemacht haben,
der heute noch ohne Arbeit herumläuft. Das Schwarzstellen-
system muß schleunigst durchgeführt werden, dieses wird von
den Ministern gutgeheißen und die Sozi können dagegen nichts
machen.

Berlin soll vorläufig ganz beiseite bleiben, weil dort achtzig
Prozent der Fensterputzer aus Rußen bestehen. — Eine bedauer-
liche Beschimpfung der Arbeiter hat bisher noch kein Unter-
nehmer fertiggebracht. Die Berliner Kollegen werden dieser
Ausbeuteerfolge die richtige Antwort nicht schuldig bleiben.
Bei Streiks müssen die Unternehmer in ganz Deutschland
den „bedrängten“ Firmen helfen, nur die zuverlässigsten Leute
dürfen bei solchen Arbeiten verwandt werden. Der Holzei muß
mehr eingeholt werden, denn sie ist bei Streiks, was auch Ber-
lin beweist, bisher immer zu lag vorgegangen.
Um die Rundschau besser zu lag zu machen, ist es dringend
nötig, das Hamburger System schnellstens durchzuführen, d. h.
sobald ein Kunde abspringen will, werden die übrigen Unter-
nehmer benachrichtigt, die der fraglichen Firma weit höhere
Preise stellen, was zur Folge hat, daß der Kunde nicht nur
bleibt, sondern in den meisten Fällen auch besser bezahlt wird.
In diesem Zuge ging die Geschichte noch eine Weile fort.
Den meisten Anwesenden konnte man es anmerken, daß sie sich
nicht froh waren, als Daubstaat seine „Rede“ beendet hatte.

Als erster Diskussionsredner sprach ein Herr Schmidt
aus Halle a. S., der ein rührendes Plagiet darüber an-
stimmte, daß man ihn als Unternehmer deshalb verurteile, weil
er bei Statts keinen Mann zum Halten der Leiter gestellt hat;
ein Arbeiter war abgestürzt und Sch. muß nun bezahlen. In
Zukunft müsse das anders werden, da müssen „Sachverständige“
aus Unternehmerverbänden bei solchen Dingen ausgezogen
werden. Im übrigen freut den Herrn, daß er „einen Stamm
guter Leute“ hat, die nicht streiken werden, ihm sogar sagen,
wann eine sozialdemokratische Versammlung abgehalten würde,
zu der sie aber nicht hingingen.

Herr Biesche aus Dresden empfahl seinen Kollegen, an
den Bier- und Nordhäuserischen nicht allzu laut zu sein, denn
in Dresden sei schon allgemein bekannt gewesen, daß eine Zu-
sammenkunft der Unternehmer in Leipzig stattfinde. Den Kurier,
das Fachblatt der Transportarbeiter, hat der Herr ganz beson-
ders ins Herz geschossen. Eine Schmach und Schande sei es,
sich von dem Transportarbeiterverband vorschreiben lassen zu
müssen, was man den Arbeitern zu bezahlen habe, sogar in die
Geschäftsbücher hätte man hineingeschrieben. So könnte es nicht
weitergehen, als müsse etwas Ganzes geschaffen werden. Damit
etwas gefehle, beantragte der Herr die — Verschmelzung des
Gauses Thüringen mit Sachsen, dem zugestimmt wurde.

Ein weiterer Redner, Sattler aus Leipzig-Gohlis, der
nebenbei bemerkt, auch den Eutrich'schen Konsumverein zu seinen
Runden zählt, kann nicht verstehen, daß der Unternehmerverband
trotz vierjähriger Bestehens noch nichts erzielt habe; die Schuld
treffe die Dresden, die in der Gründung der Ortsgruppe sich
nicht einig wären. Mit der Vernichtung der Arbeiterorganisa-
tion war selbstredend auch dieser Redner einverstanden.

Der Unternehmer Thiele aus Lindenau sah in anderem,
als in diesem hilflosen Geschimpfe auf die Arbeiterorganisa-
tionen, die Aufgabe des Unternehmerverbandes und der Ver-
handlungen. Er forderte die Hebung des Gewerbes, wünschste
Beseitigung des Wettrennens um die Kundenschaft. Galt auf
Preis, zählt ordentliche Löhne, dann werden ihr auch ordentliche
Arbeiter bekommen, so rief Thiele seinen verduht dreinschau-
enden Kollegen zu.

Erheiternd wirkte es, als ein Herr Bloß zu Worte kam, da
wurde gemunkelt, der war früher mal Geschäftsführer, mein
Nachbar meinte, das kann wohl nicht stimmen, und doch ist es
so, Herr Bloß war Kassierer auf dem Rittergut in Groh-
schöcher, und hat jetzt als Besitzer eines Reinigungs-Instituts,
das aus einer Siebensprobenleiter, einem Zweiliterreimer und
einem Pulver von Gebr. Ily besteht, „eingesehen“, daß der
Unternehmerverband dringend nötig ist.

Der nächste Gantag wird den 9. Mai in Halle a. S. und die
nächste Generalversammlung den 18. Juli in Eisenach abgehalten
werden, wo dann selbstverständlich Herr Rucktschel Portier-
dienste leisten wird.

Wie es schien, hatte selbst der Wirt vom Siebenmännerhaus
diesen Unternehmerloß zum Ueberdruß, denn mit einemmal ließ
er Lären und Fenster anhängen, so daß die Gesellschaft kalt-
gestellt war. Nachdem die Herren noch beschlossen hatten, sich
um 9 Uhr im Ratskeller wieder zu treffen, verließen sie unter
Schimpfen und Kraxeln das Versammlungstokal.

Schwarze Listen.

Wiederum sind wir in der Lage, Verurteilungen des Ge-
samterverbandes Deutscher Metallindustrieller veröffentlichen zu können.
Nachstehend bringen wir dieselben im Wortlaut:

9 und 10.
N.-Nr. 139. Berlin, den 12. Februar 1909.
Rundschreiben Nr. 9 pro 1909.
Der Verband der Kupferindustrie Deutschlands sowie der Ver-
band der Zimmerer haben über den Arbeitsnachweis der Industrie
Manheim-Ludwigsbafen, a. W. Mannheim, die Sperre verhängt.
Wir bitten Sie deshalb, alle aus dem Industriegebiet Manns-
heim-Ludwigsbafen kommenden Kupferindustrie und Zimmerer bis
auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.
Gesamterverband Deutscher Metallindustrieller.

11 und 12.
N.-Nr. 127. Berlin, den 12. Februar 1909.
Rundschreiben Nr. 10 pro 1909.
Die Arbeitsschwierigkeiten bei der Firma
Maschinen- und Armaturenfabrik vormals Klein,
Schamlin u. Becker-Frankenthal
sind behoben; es erledigt sich daher unser Rundschreiben Nr. 5 vom
21. Januar 1909.
Gesamterverband Deutscher Metallindustrieller.

11 und 12.
N.-Nr. 158. (L/09, 53 u. 66/08.) Berlin, den 17. Februar 1909.
Rundschreiben Nr. 11 pro 1909.
Der Streik bei der Firma
E. Albers u. von Drathen-Melbors
ist beendet; es erledigt sich somit unser Rundschreiben Nr. 1 vom
12. Januar cr., des gleichen sind unsere Rundschreiben Nr. 53 und
68 vom 25. März und 6. April 1908 als erledigt zu betrachten.
Gesamterverband Deutscher Metallindustrieller.

11 und 12.
N.-Nr. 159. Berlin, den 17. Februar 1909.
Rundschreiben Nr. 12 pro 1909.
Bei der Firma
Perlmutterfabrik von Karl Volz in Frankenhäusen
(Kuffhäuser)
haben am 15. d. M. die Arbeiter die Arbeit niedergelegt.
Wir bitten, alle von genannter Firma kommenden Arbeiter bis
auf weiteres nicht einzustellen.
Gesamterverband Deutscher Metallindustrieller.

Die Bergarbeiter in Preußen und die Modelle zum preußi-
schen Vergarrieg. Der alle Bergarbeiterverband beruft für kommen-
den Sonntag für sämtliche preussische Vergarrieger über 60 Ver-
sammlungen ein, davon für das Ruhrrevier allein 32, die sich mit
der neuen Novelle zum preussischen Vergarrieg beschäftigen sollen.
Es versteht sich, daß sich die Versammlungen auch mit dem Kampf
der Selbstunternehmer beschäftigen werden, den diese bekanntlich
mit dem ruchlosen Schwarzlisten-System und mit Entlassungen
gegen die Arbeiter führen.

Zum Weberstand in Langenbielau. Die Verhandlungen
mit der Firma Schlesiische Duntweber haben zu keiner Einigung
geführt. Um einen Druck auf die Ausständigen auszuüben, damit
sie die Arbeit wieder aufnehmen, hat die Firma 417 Arbeitern und
Arbeiterinnen gekündigt, die als Spuler, Färber und Appreteure
beschäftigt sind.

Lohnkampf der Schuhmacher. Bei der Firma Gieseck
in Peine (Hannover) streiken die Schuhmacher im Lohnkampfe.
Buzug ist fernzuhalten.

Lohnrückzahlungen in der Glasindustrie. In Rausch
(Niederböhmen) haben die Glasbläser den böhmischen Lohn-
tarif wieder zur Ausführung gekündigt. Da die Arbeiterschaft nicht
gewillt ist, sich die ohnedies niedrigen Löhne kürzen zu lassen, wird
es zum Streik kommen.

Aus der Partei.

Die Spaltung in der händischen Sozialdemokratie. Der
Parteitag von Deventer, auf dem die Gegenläge zwischen
der realistischen Mehrheit und der marxistischen Minderheit zum
Ausrag kamen, hat tatsächlich zur Spaltung der Partei geführt.

Wir werden bei der Wichtigkeit, die dadurch diesem Kongress zu-
kommt, einen ausführlichen Bericht über ihn noch nachträglich
veröffentlichen.

Am letzten Sonntag zogen die Marxisten ihrerseits die Konfe-
quenzen aus den Deventer Beschlüssen. Sie hielten im Gebäude
Belancius zu Amsterdam unter Vorhild des Genossen Wynloop eine
Versammlung ab. Anwesend waren ungefähr 250 Parteigenossen,
wovon ungefähr 100 als Abgeordnete von Anhängern außerhalb
Niederlands anwesend waren, so aus Rotterdam, dem Haag, Utrecht,
Leiden, Delft, aus der Provinz Twenter, Arnheim, Leeuwarden usw.
Die Redaktion der Tribune folgte das Bureau.

Obwohl verschiedene Arbeiter, Nichtparteiengenossen, die mit dem
Sweede: Gründung einer neuen Partei, sympathisierten, Zutritt
wünschten, wurden nur Parteiengenossen, Mitglieder der S. D. N. P.
oder bereits ausgesetene, zugelassen.

Die Versammlung trug einen sehr vorläufigen Charakter.
Alle Beschlüsse, die angenommen wurden, so wurde beschlossen, sollten
allein dann von Kraft sein, wenn das Parteireferendum die Partei-
tagsschlüsse bekräftigen sollte.

Auf der Versammlung erklärte, daß bereits einige Rekruten
von Parteiengenossen die S. D. N. P. verlassen hatten; beschlossen
wurde jedoch, daß man im allgemeinen mit dem Austritt
als Mitglied der Partei warten solle, bis das Referendum sich
ausgesprochen, obwohl für einige Abteilungen eine Ausnahme
gemacht wurde.

Nachdem mitgeteilt war, was bereits in den verschiedenen Ab-
teilungen geschehen sei und Sympathiezeugnissen von verschiedenen
Abteilungen außerhalb Amsterdams vorgelegt worden waren, wurde
nach ausführlichen Besprechungen mit fast allen Stimmen
(3 dagegen und 7 Stimmenthaltungen) der An-
wesenden beschlossen, die Errichtung einer neuen
Partei, falls — was fast als sicher angenommen wurde — das
Referendum die Beschlüsse von Deventer aufhebe.

Eine kurze Diskussion wurde geführt über die Frage, ob die
eventuelle neue Partei schon an den bevorstehenden Wahlen teil-
nehmen sollte. Man war allgemein der Meinung, daß dies in der
Zeit geschehen müßte, und dies wurde denn auch mit fast allen
Stimmen beschlossen. Die Frage, wo und wie man an diesen
Wahlen teilnehmen soll, wurde der definitiv konstituierenden Ver-
sammlung überlassen, die nach dem Referendum stattfindet.

Hierauf wurde eine Kommission von neun Genossen ernannt,
die mit der Vorbereitung der konstituierenden Versammlung beauf-
tragt wurde, welche wahrscheinlich am 1. März stattfindet. Zu
Mitgliedern der Kommission wurden ernannt: J. G. Geion,
Dr. B. van Ravenstein jr., D. J. Wynkoop, Dr. F. Gorber,
Rechtsanwalt Mendis, Frau W. Menning, Fern. van Praag,
D. H. Waker, Sam. de Wolff und als Stellvertreter D. J. W.
Samers, van Schin, J. Schütte und L. de Witter. Die Kom-
mission soll der konstituierenden Versammlung einen Antrag für
das Programm, das Kampiprogramm und die Statuten der neuen
Partei vorlegen.

Des weiteren wurde, infolge eines eingegangenen Schreibens
des internationalen Sekretärs Guymans namens des Komitees
des internationalen Bureaus zu Brüssel, beschlossen, auf welche
Weise man dieses Bureau am besten über die Ergebnisse hierzu-
lande informieren kann.

Betreffs der Tribune wurde beschlossen, daß sie vorläufig durch
die feste Mitwirkung von Gorber und Mendis verfaßt werden
sollte. Später werden darüber definitive Entscheidungen herbei-
geführt werden.

Unter dem Absingen des Sozialistenmarsches und der Inter-
nationale löste sich die in hoffnungsvoller Stimmung verlaufene
Versammlung auf.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 25. Februar. In der Finanzkommission des Reichs-
tags erstattete heute die zur Beratung einer Erbschaftsteuer für die
ausländische Nachschsteuer eingesetzte Subkommission ihren Be-
richt. Aus den Mitteilungen des Referenten Dr. Weber
(nat.-lib.) ging hervor, daß in der Kommission eine ziemlich
Zerfahrenheit geherrscht hat. Man hat keine Grundsätze ge-
funden, auf die sich eine Mehrheit hätte vereinigen können.
Nach dem Bericht setzte eine Generaldebatte ein, in der alle
Parteilager für ihre Fraktionen Erklärungen abgaben, ohne
daß sich daraus eine Lösung der verworrenen Situation ergeben
hätte. Die Regierung war außerordentlich zahlreich vertreten,
beteiligte sich aber mit keinem Worte an der Diskussion.

Von den Hgg. S a m p und H a f e l d t wurde ein Antrag
eingebracht, der eine von den Bundesstaaten zu erhebende Be-
ststeuer verlangt, die 150 Millionen Mark nicht übersteigen
soll und die von allen schuldlosen Vermögern von über 20 000
Mark zu erheben wäre. Die näheren Bestimmungen über die
Verteilung der Gesamtlast auf die einzelnen Bundesstaaten
sollen durch Reichsgesetz getroffen werden. Ein weiterer Passus
des Antrags besagt, daß es den Bundesstaaten überlassen blei-
ben soll, von der Erhebung der besonderen Besteuer abzu-
sehen, wenn sie den auf sie entfallenden Betrag durch
Einkommens-, Vermögens- oder Erbschaftsbesteuerung
ausbringen können. Die Einkommen von unter 900 Mark sollen
von der Besteuer frei bleiben. Ein Antrag des Z e n t r u m s
will es den Bundesstaaten vollkommen überlassen, wie sie die
Mehrlasten ausbringen wollen; es soll nur bestimmt werden,
daß dies durch Einkommens- und Vermögensbesteuerung ge-
schehen soll.

Berlin, 25. Februar. Der geschäftsführende Ausschuß
der nationalliberalen Partei hat die Parteifreunde in
Alzey-Wingen dringend aufgefordert, in der Stichwahl für
den Pfarrer K o r e l l (Freis.) einzutreten.

Kraus, 24. Februar. In dem Prozeß gegen den
Redakteur G ä d e r von Krausow Kapzod wegen Ver-
leumdung der Frau Yanina B o r o w s k a, begangen durch
einen Artikel unter der Ueberschrift: Der Spion, wurde
gestern nach siebenstägiger Dauer das Urteil gesprochen.
Nach dem Wahrpruch der Geschworenen hat der Ange-
klagte den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen nicht
erbracht und der Gerichtshof beurteilte G ä d e r darauf zu
einem Monat Gefängnis. Der Angeklagte hat gegen
das Urteil die Nichtigkeitsbeschwerde eingereicht.

Rom, 25. Februar. Der Standpunkt Deutschlands be-
treffend die Intervention zwischen Oesterreich und Serbien wird
hier gebilligt. Italien betrachtet ebenso wie Frankreich einen
kollektivschritt in Wien als inopportun, weil er erstens aus-
sichtslos sei, zweitens Oesterreich verletz und drittens Oester-
reich das Recht für sich habe, während das Unrecht auf Seiten
Serbiens sei.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:
Richard Bahrt in Grotzsch-Leipzig.
Berantwortlich für den Anzeigentheil:
Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Alltagsgesellschaft.
Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Max Germann

Sonnabend, den 27. dieses Monats
Schluss-Tag
 meines
Inventur-Räumungs-Verkaufs.

Sächs. Evangel.-soziale Vereinigung, Ortsgruppe Leipzig
 Einladung zu dem Vortrag von P. Liebster
 in den **Drei Mohren, L.-Anger**, Breite Strasse 7
Freitag, den 26. Februar 1909, über:
Sozialdemokratische Philosophie
 (Joseph Dietzgen). [3108*]
 Anfang 1/2 9 Uhr. Freie Diskussion. Eintritt frei. Der Vorstand.

Kabeljau, Seelachs ohne Kopf 18 Pf. jüdl. Angelschellfisch mit Kopf 22 Pf. von 25 Pf. an sowie lebende Karpfen, Schleie, Aal etc. etc. Bernhard Grosse, Bayersche Str. 44, Tauchaer Str. 3, Nürnberger Str. 5. Telefon 1132.

Ortsverein Leutzsch
 des Sozialdemokratischen Vereins für den XIII. sächsischen Reichstagswahlkreis.
Sonntag, den 28. Februar 1909, von 4 Uhr an [3115]
Grosses Stiftungsfest
 bestehend in Ball und turnerischen Aufführungen
im Gasthof zum schwarzen Jäger.
 Die Mitglieder und deren Angehörige sind hierzu freundlichst eingeladen.
 Es wird gebeten, am Eingang des Saales die Garderobe abzulegen. Der Vorstand.

Eigenen Verlagswerken
 fast ausschließlich sozialistischen Inhalts
 sind noch einige Restbestände vorhanden und werden zu teilweise ermäßigten Preisen abgesetzt:
 Zur Wahlrechtsbewegung in Sachsen von Rich. Illge (10 Pf.)
 Zehn Jahre unter dem Dreiklassenwahl-Unrecht (20 Pf.)
 Das sächsische Volksschulwesen von Otto Rühle (25 Pf.)
 Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie. Eine Geschichte (40 Pf.)
 Meine Rechtfertigung von Franz Mehring, 2. Aufl. (25 Pf.)
 Jena und Tilsit von Franz Mehring (100 Pf.)
 Die Internationale von Gustav Jaechel, 2. Aufl. (250 Seiten stark 150 Pf., neubunden 200 Pf.)
 Ethik und Sozialismus. Umwälzungen im Zukunftsstaat. 2 Beiträge von A. Pannekoek (30 Pf.)
 Der Kampf der Arbeiter. Von A. Pannekoek (20 Pf.)
 Die internationale Organisation der sozialistischen Jugend (20 Pf.)
 Die Reichstagswahlen und die Arbeiterschaft von Parvus (30 Pf.)
 Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch, ca. 150 Seiten stark (100 Pf.)
 Patriotismus u. Sozialdemokratie von Karl Kautsky (20 Pf.)
 Sozialistische Literatur. Aus einem Vortrag von Dr. Paul Lenz (10 Pf.)
 Die Grundbegriffe der Wirtschaftskunde von J. Borchardt (40 Pf.)
 Sozialreform oder Revolution? von Rosa Luxemburg, 2. Aufl. (50 Pf.)
 Neu! Zehn Jahre Bibliothekarbeit von Gustav Hennig, illustriert (40 Pf.)
 Karl Kwalds ausgewählte Märchen (naturwiltensf. Aufl.) nebd. 1.50
 Lieder eines fahrenden Schülers (Manfred Wittich) (früher 50 Pf., jetzt nur 25 Pf.)
 Alle Filialen und die Filialgeschäfte der Vereine geben die obigen Werke zu den genannten Preisen ab.
Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft
 Leipzig, Tauchaer Str. 19/21

Neue Welt
 Torgauer Str. 32 Sellaerhausen Torgauer Str. 32.
Sonntag, den 28. Februar
Pfannkuchenschmaus mit Unterhaltung
 wozu freundlichst einladet Familie Loos.
Faltenkoffer
 aus braunem Segeltuch, mit Rindledergriffen, Nieten und Federn, alles handarbeitlich.
 cm 50 55 60 65.
 Mk. 10.— 11.— 12.— 13.50
 empfiehlt in bester Ausführung [3240*]
Karl Blach, Windmühlenstr. 23 Koffer, Taschen u. Lederwarenfabrik.
 Tauchaer Straße 16
Freiwilligen gratis und franko.

Oeffentliche politische Versammlung.
Oetzsch-Gautzsch.
 Freitag, den 26. Februar, abends 9 Uhr
Oeffentliche Versammlung
 im Gasthof zur grünen Linde in Oetzsch.
 Tagesordnung: 1. Die Vorteile des Zusammenschlusses der Gemeinden. Referent: Herr Wittig, v. v. v. 2. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Oetzschvereine. Referent: H. Gorhardt, Oetzsch, Mittelstr. 21.

Zigarren, Zigaretten
 und Tabak empfiehlt [5797]
E. Krübler, 2. Plagwitz
 Bismarckstr. 44.
 Filiale: 2. Lindenau, Merseburger Str. 80, neben Vater Jahr.
 NB. Abnehmer: 10 a. d. Folgtig werden jederzeit entgegen genom.

Kleinzschocher
 Größtes [4000*]
Schuhwaren-Lager
 und Reparaturwerkstätte
Christian Eichel
 DierstraÙe 11.

Meissner Dombau-Geld-Lotterie.
 Ziehung: 4. bis 8. März.
 10033 Gold-Gewinne u. 1 Prämie, darüber über 4000, in Betrage von Mark
192500
 In glücklichsten Falle ist der grösste Gewinn Mark
75000
 Prämie und Hauptgewinn:
50000
25000
10000
5000
 1 Gew. à 3000 = 3000
 1 „ 2000 = 2000
 3 „ 1000 = 3000
 5 „ 500 = 2500
 10 „ 300 = 3000
 20 „ 200 = 4000
 50 „ 100 = 5000
 140 „ 50 = 7000
 300 „ 30 = 9000
 600 „ 20 = 12000
 1500 „ 10 = 15000
 7400 „ 5 = 37000
 Lose à 3 Mk. (Porto und Liste nach 50 Pf., auswärts 90 Pf., mehr)
 sind zu haben bei den Herren Kollektoren der K. S. Landes-Lotterie, in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen und beim General-Debit:
Alexander Hessel
 Dresden, Weissgasse 1.

Die Internationale von Gustav Jaechel, 2. Aufl. (250 Seiten stark 150 Pf., neubunden 200 Pf.)
Ethik und Sozialismus. Umwälzungen im Zukunftsstaat. 2 Beiträge von A. Pannekoek (30 Pf.)
Der Kampf der Arbeiter. Von A. Pannekoek (20 Pf.)
Die internationale Organisation der sozialistischen Jugend (20 Pf.)
Die Reichstagswahlen und die Arbeiterschaft von Parvus (30 Pf.)
Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch, ca. 150 Seiten stark (100 Pf.)
Patriotismus u. Sozialdemokratie von Karl Kautsky (20 Pf.)
Sozialistische Literatur. Aus einem Vortrag von Dr. Paul Lenz (10 Pf.)
Die Grundbegriffe der Wirtschaftskunde von J. Borchardt (40 Pf.)
Sozialreform oder Revolution? von Rosa Luxemburg, 2. Aufl. (50 Pf.)
Neu! Zehn Jahre Bibliothekarbeit von Gustav Hennig, illustriert (40 Pf.)
Karl Kwalds ausgewählte Märchen (naturwiltensf. Aufl.) nebd. 1.50
Lieder eines fahrenden Schülers (Manfred Wittich) (früher 50 Pf., jetzt nur 25 Pf.)
Alle Filialen und die Filialgeschäfte der Vereine geben die obigen Werke zu den genannten Preisen ab.
Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft
 Leipzig, Tauchaer Str. 19/21

Billig! Achtung! Billig!
Markthallen-Galerie Stand 145.
 Freitag und Sonnabend verkaufe ich zum 1. hien Mal die frisch eingetroffenen, hochfeinen für den billigen Preis von 68 Pf. das Pfund. — Auch stellt billigt. Bitte genau auf meine Firma zu achten. [3114]
Marie Klemm.

Konfektionshaus „Blitz“
 Zschochersche Str. 22 L.-Plagwitz Zschochersche Str. 22
Konkurswaren-Ausverkauf und andere Waren.
 Sämtliche Bestände fertiger Herren-, Knaben- und Kinder-Konfektion sowie Arbeiter-Berufskleidung sollen schnellstens ausverkauft werden. Laden- u. Gas-Einrichtung zu verkaufen.

Möbeltransport-Geschäft
Matthäikirchhof
 Nr. 31
 Tel. 599
Berger & Meyer
 LEIPZIG, MARKTSTRASSE 29
 399 Fernsprecher 2861.
Volkm., Bergstr. Nr. 29
 Tel. 2861
 übernimmt die Ausführung von Umzügen mit Verschönerungswagen und gebütem Personal.
 Wagen von hier nach auswärts ohne Umladung.

Kann ein Christ Sozialdemokrat sein?
 Preis 10 Pf.
 Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Leipzig Tauchaer Straße 19/21.
Die sexuelle Erziehung der Kinder.
 Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.
 Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Leipzig Tauchaer Straße 19/21.

Familienanzeigen.
Dank. Für die vielseitigen Ehrungen, welche uns zu unserer **Silbernen Hochzeit** zuteil geworden sind, sagen wir allen Verwandten und Bekannten von nah und fern unsern innigsten Dank.
 L.-Stötteritz, den 25. Februar 1909.
 [3122] **Robert Liebers und Frau.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante **Frau Bertha verw. Trost geb. Kündiger** ihrem schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden erlegen ist. Tiefbetrubt zeigen dies an
 L. v. v. v. den 25. Februar 1909
 Caloviusstraße 19, pt. Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet Sonnabend, vormittags 10 1/2 Uhr, statt.

Sozialdemokr. Kreisverein Merseburg-Querfurt.
Distrikt Schkeuditz.
 Am 28. Februar verchied unser braver Parteigenosse, der Schloffer
August Herzenberger
 im Alter von 60 Jahren. Erbe seinem anvertrauten
 [3117] **Die Distriktsleitung.**
 Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 1/2 4 Uhr, vom Trauerhause, Schulstraße 2, aus statt.

Gasthof Neustadt
 Goldner Saal.
 Morgen Freitag, abends 8 Uhr
137. Willy Wolf-Spezial-Konzert
 unter persönlicher Leitung des Herrn Kapellmeister **Willy Wolf.** [3137]
 Hierauf: **Wiener Ball.**
 Feinster Freitagsball Leipzigs.
 Nächsten Sonntag: **Meysel-Sänger u. Ball.**

Grüne Schänke
 L.-Anger. Tel. Nr. 3945.
 Morgen Freitag
Grosses Konzert der berühmten Meysel-Sänger
 Sehr originelles Programm
 Nachdem: **Grosser Kappenball u. Grosser Bockbier-Rummel** in dem noch festlich dekorierten Saal, sowie jeden Sonntag von 4 Uhr an **Grosser Elite-Ball.** Ergebenst K. Jacob.

Westendhallen, Plagwitz
 Freitag, den 26. Februar 1909
Grosser Elite-Ball.
 Anfang 8 Uhr. Ende ???
 [3185] Ergebenst Emil Fröhlich.

Zur Börse
 Lindenau, Josephstr. 44.
 Empfehlung der geehrten Nachbarschaft, allen Freunden u. Bekannten, meine freundlichen Lokalitäten zur geistlichen Benutzung. H. Hesse, Str. 11, Mittagstisch, Regelbahn u. einige Tage frei. Jed. Freitag u. Sonnabend Schweinsbraten. Achtungsvoll Robert Prantsch.

Restaurant Paul Trebs
 Leipzig-Plagwitz, Ziegelstrasse 15.
 Freitag, den 26. Februar [3109]
Gr. Nachtschlachtfest und **Bockbierfest.**
 Um gütlichen Bespruch bitten **Paul Trebs u. Frau.**

Gautzsch Restaurant zum goldenen Ochsen.
 Sonnabend u. Sonntag, den 27. u. 28. Februar
Bockbier-Fest.
 Hosen-Plannkuchen.
 Freundlichst laden ein [3110] **K. Voigt u. Frau.**

Thalysia
Kinderpflege-Artikel:
Gesundheits-Sauger von 10 Pf. an.
Milchwärmer, Bernstein-Zahnhalbketten, Windelhoen, hygien. Windeln, 1a. Bett-Einlagen, abgepasst und meterweise, Klistierspritzen, Priessnitz-Umschläge, Kinderbadesoife 50 Pf.
Badethermometer von 30 Pf. an, **Fieberthermometer** von 95 Pf. an, **Gesundheits-Bücher.** [3122]
Bewährteste Kindernährmittel:
Thalysia-Hafergries 1 Pfund 50 Pf., **Thalysia-Molkenmilch** Dose 60 Pf., **Nährsals-Hafergries** 1 Pf., **1 Mk. Nährsals-Kindermilch** in Blechdosen 1 Pf., 1.90 Mk.
Reformhaus Thalysia
 Zentrale Neum. 40, 58a; Südstr. 38, Pl. Lauchhäuserstr. 11, Li. Demmeringstr. 21, Ge. Halleischerstr. 81, Bu. Schleierstr. 3, Vo. Eisenbahnstr. 65, Th. Stötteritzstr. 23, R. 4. Unt. Mühlstr. 19b, St. Leipzig, 20, Ostsch. Gautzschstr.

Politische Uebersicht.

Nicht Wissenschaft, sondern Politik.

Die schmachtvollen Vorgänge auf der Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftskommission haben die konservativ-blinderische Presse nicht aus ihrer Ruhe gebracht. Das sind dieselben Leute, die über einige scharfe Töne in der Arbeiterpresse nicht genug Entrüstung markieren können. Die Tatsache, daß eine Versammlung, die zum größten Teile aus den „Edelsten und Besten der Nation“ zusammengesetzt war, aus Grafen und Baronen, Professoren, Rittergutsbesitzern, Kammerherren und Generälen, einen Mann von anerkanntem Vertrauen, dessen Autorität auf finanzpolitischem Gebiete groß ist, der zudem nie etwas anderes als konservativ und agrarische Politik getrieben hat und auch einmal konservativer Reichstagsabgeordneter gewesen war, daß diese Versammlung einen Adolf Wagner wie eine Gorbetrunkener Nilpel niederbrüllte, niederjohlte und auslachte — dafür hat die Kreuzzeitung folgende einfach fälschliche Wendung gefunden:

Die Versammlung hat ihm zu verstehen gegeben (1), daß hier nicht die Wissenschaft, sondern die Politik das entscheidende Wort zu sprechen hat.

In der Tat: das ist das richtige Wort! Die Junker pfeifen auf die Wissenschaft, sie brüllen sie nieder. Hier gilt die Politik, das heißt die Macht. Synischer wurde noch eingestanden, daß man eine nackte Interessen- und Machtpolitik treibt, von der man genau weiß, daß sie allen Forderungen der Wissenschaft ins Gesicht schlägt. Dann schweige man aber auch, wenn von Wissenschaft die Rede ist, dann verzichte man auf das kindische Possenspiel des „wissenschaftlichen“ Nachweises von der Notwendigkeit des Brotwunders, — es die agrarische Presse mit frech gefälschten Statistiken so gern tut. Dann rede man immer so deutlich, wie die Kreuzzeitung heute redet. Dann ist man wenigstens ehrlich.

Von welchem Kaliber die „wissenschaftlichen“ Widerlegungen waren, mit denen man dem Professor Adolf Wagner entgegentrat, das möge man aus den Ausführungen des Rittergutsbesitzers v. Wobelschwingen ersehen, der schon am Tage vorher in der Zirkusvorstellung der Wandler durch besonders krupellose Vertretung agrarischer Interessenpolitik von sich reden machte. Dieser Junker sagte:

Die Rede des Prof. Wagner hat gezeigt, welche erheblichen Irrtümer über die Lage der Landwirtschaft bei den Berliner Professoren herrschen. (Sehr richtig!) Prof. Wagner hat gesagt, bei Einnahmen von 10 000 Mk. bleibe viel übrig für nicht notwendige Ausgaben. (Hört, hört!) Herr Prof. Wagner, ist Ihnen nicht bekannt, wie gerade durch die ungeheure Verteuerung der Lebensmittel und durch die Verteuerung der Mieten der Mittelstand ungeheuer belastet ist? (Sehr gut!) Auch die Leute werden schwer getroffen, die Einnahmen von 10 000 Mk. haben. (Sehr richtig!) Im Arbeiterstand gilt als selbstverständlich, daß die Söhne mehr werden als die Väter waren, bei den Beamten und Offizieren aber müssen die Kinder heruntersteigen. Es geht bei 10 000 Mk. knapp zu. (Sehr richtig!) Prof. Wagner sagte, dem Arbeiter bleibe für die notwendigen Ausgaben nichts übrig. Nun, in dessen Hause mir ein Arbeiter, wenn er nicht täglich seine drei Glas Bier habe, wolle er lieber kriechen. (Rebhafter Hört, hört!) In Westfalen bekommen die Arbeiter Land zur Verfügung gestellt. Sie lassen es unbebaut liegen. (Hört, hört!) Der Arbeiter will eben heute bar Geld, und wenn er es nicht bekommt, dann streikt er; damit ist die Sache fertig. Der Gehalt einer Arbeitslosenversicherung ist grober Unfug. (Sehr richtig!) Gegen die Behauptung des Prof. Wagner, wir wollten nicht zahlen, protestiere ich mit aller Entschiedenheit. Ich erinnere an die ungeheuren Laster, die auf dem Grundbesitz liegen. Mein väterliches Gut zahlt heute mindestens 25 Prozent des Wertes an kommunalen und Staatssteuern. (Hört, hört!) Prof. Wagner rief: Wenn Sie neun Prozent Grundsteuer mürren! Nein, die rechte ist nicht mit. Gegen solche Anschuldigungen protestiere ich mit aller Entschiedenheit. Prof. Wagner soll doch erst einmal für die Verteuerung der Bodenspekulation eintreten. (Prof. Wagner rief: Das habe ich seit 20 Jahren getan!) Wenn er das täte, dann würde er sich ein Denkmal errichten aere perennius. (Rebhafter Beifall.)

Der „Mittelstand“, der jährlich 10 000 Mk. einnimmt, muß gehont werden, weil er durch die „ungeheure Verteuerung der Lebensmittel und die Verteuerung der Mieten ungeheuer belastet“ ist. Deshalb müssen die 500 Millionen neuer Steuern den Leuten aufgedrückt werden, die mit 1000 und 1500 Mk. auskommen müssen. Das ist agrarische „Wissenschaft“, die von den Grafen und Baronen, Kammerherren und Professoren mit lebhaftem Beifall begrüßt wird.

Nur ein rechtsstehendes Blatt findet, soweit wir sehen können, den Mut, den konservativen Romdohs die Wahrheit zu sagen: die Tägliche Rundschau. Sie schreibt:

Es ist ein unerhörter Skandal, daß eine wissenschaftliche Kapazität wie Wagner, dessen Denkarbeit an einem Tage die Gehirntätigkeit so mancher seiner gestrigen Gegner während ihres ganzen Lebens aufwiegen dürfte, mit für michem Hohngelächter und fortwährenden Schlägen zusetzen begleitet wird, weil er sich auf seine Autorität als Nationalökonom beruft. Das andauernde Gebrüll, das Gelächter und die unparlamentarischen Zwischenrufe, bei denen die Worte Wagners zum Teil nicht mehr verständlich blieben, machten den Eindruck, daß diese Versammlung die wissenschaftliche Wahrheit nicht hören will, daß sie auf ein eingelerntes Schimpfwort abgerichtet ist und in eine desultorischen Menschen unwürdige Art, wie gerät, sobald ein Redner ihr unangenehm wird. Es sei hier ganz das für und Wider bei der Nachlasssteuer außer Betracht gelassen, — die schmachvolle und skandalöse Art, wie die „Steuerreformer“ gestern Adolf Wagner niederschrien, spricht nicht für ihr gutes Gewissen, nicht für die Reife ihrer politischen Ueberzeugung und noch weniger für ihre gesellschaftliche Erziehung.

Trefflich müßte die Tägliche Rundschau nicht das Organ des Herrn Nippeler sein, wenn sie nicht auch diese Gelegenheit zu kindischen Ausfällen auf die Sozialdemokratie benutzte. In sozialdemokratischen Versammlungen hat man solche Szenen noch nicht erlebt. Sprichwörtlich dagegen sind als Kravallbrüder die der Täglichen Rundschau recht nahe stehenden Antisemiten. Man erinnere sich auch der klebrigen Radausgaben auf dem Flottenvereinstag von Kassel, bei dem sich ebenfalls die „Edelsten und Besten“ der Nation wie ungezogene Gassenknoten beschimpften. Und

wie steht es denn mit „ihm“, dem herrlichsten von allen, der parfümierten Phrasengießkanne, dem trefflichen Bilow? Wie trefflich konnte er im Reichstage auf die Sozialdemokratie schimpfen! Man lese nur seine Reden aus dem Februar und März des Jahres 1907 nach. Wie überschüttete er uns mit den unsflätigsten, gemeinsten Schimpfwörtern, wie man sie kaum auf dem Fischmarkt oder in der Kaserne zu hören bekommt.

Es ist schon so: die elegantesten Herrschaften verwandeln sich mit einem Schläge in die unerträglichsten Flegel, wenn man ihre materiellen Interessen bedroht; denn da handelt es sich, wie die Kreuzzeitung sagt, nicht um die Wissenschaft, sondern um die Politik.

Deutsches Reich.

Parlamentäres.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 25. Februar. Der Reichstag hielt gestern seine kürzeste Sitzung in diesem Sessionsabschnitt ab. Das Haus war ganz außerordentlich schwach besetzt, dagegen wimmelten die Tribünen von weiblichen und männlichen Gestalten aus dem Zirkus Wulch. Außer einigen drühten Besungen, die völlig debattelos erfolgten, standen der Etat des Rechnungshofs und eine Mandat kolonialer Rechnungssachen auf der Tagesordnung. Dem Rechnungshof wurde von verschiedenen Seiten nicht unverdiente Anerkennung gezollt. Wenn etwas Ordnung in die aus Märdchenhafte grenzende Schlamperlei im kolonialen Rechnungswesen gebracht worden ist, so trägt hieran der Rechnungshof das Hauptverdienst. Wie unverantwortlich wüßte in unseren „herrlichen Kolonien“ mit dem Gelde der deutschen Steuerzahler gehandelt worden ist, dafür gab unser Fraktionsredner Moske und Ergaberger vom Zentrum eine Fülle geradezu provozierender Beispiele. Das gelobte Land der Schlamperlei scheint besonders Ostafrika gewesen zu sein. Nicht uninteressant ist die Frage, ob man gewisse Protonukle vom Rittmandschago nicht noch regerepflichtig machen kann. Selbst der große Vottich für Schönfärberei, über den Oberlehrer Göde aus Brandenburg verfügt, versagte diesmal. Am Donnerstag ist Schwenktag. Zunächst wird die Beratung des polnischen Antihaltiantrags fortgesetzt.

Reichmann-Hollweg und die Ärzte.

Auf den Offenen Brief des Leipziger Verbandes der Ärzte antwortet der Staatssekretär des Innern jetzt mit einer offiziellen Erklärung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß die Reichsregierung dem ärztlichen Stande nicht die nötige Fürsorge zugewendet habe, und fährt dann fort:

Der Anteil, der den deutschen Ärzten an der Lösung des sozialen Problems zufällt, und die Verdienste, die sie sich dabei erworben haben, liegen vor jedermanns Augen. Mit Besorgnis sehe ich insofern, daß der Klassen Gegensatz in unserer Lage die Erfüllung dieser bedeutungsvollen Aufgabe gefährdet. Allerdings erwidert nach wie vor die deutsche Ärzteschaft in ihrem Kern den vornehmsten Zweck ihres Berufs in der freien Ausübung der Wissenschaft zum Wohle der leidenden Menschheit. Aber in der Geltendmachung der materiellen Interessen, die insofern der Krankenkassenversicherung mehr als früher in den Vordergrund gedrängt ist, hat sich mancher Orten eine Schärfe auch auf Seiten der Ärzte entwickelt, die die ideale Berufsauffassung trübt. Wenn ärztliche Vereinigungen die Abnahme des Ehrenworts benutzen, um den einzelnen Arzt zu verpflichten, die ärztliche Behandlung von der Erfüllung bestimmter wirtschaftlicher Forderungen abhängig zu machen, und wenn sie dem Arzt, der sich nicht fügen will, eine ehrengerichtliche Verfolgung in Aussicht stellen, so werden damit nicht nur die Allgemeinheit, sondern auch für den ärztlichen Stand ernste Gefahren heraufbeschworen. Nicht der Richter streift, welchen ich ebensowohl in meiner Reichstagsrede vom 5. Februar wie in derjenigen vom 9. Februar von der Erörterung ausgeschlossen habe, und auch nicht die Reichspräsident der Ehrengerichte, sondern die gesamte neuere Entwicklung hat mich zu der wohlbedachten Mahnung und Warnung veranlaßt, mit der ich dem wahren Vorteil der Ärzteschaft gebient zu haben vermeine. Denn nur wenn auch in dem Kampfe um die Erwerbsergebnisse die idealen Grundlagen des ärztlichen Berufs unerschütterlich bleiben, wird der Arztstand den Aufgaben gegen sich selbst, gegen Volk und Staat gerecht werden können.

Zum Schluß gibt der Minister der Posten und Reichsdruck, daß es bei der Neugestaltung der Arbeiterversicherung gelingen werde, auch das Verhältnis der Ärzte zu den Krankenkassen auf eine festere Basis zu stellen und die Verantwortlichkeit der ärztlichen Standes- und Erwerbsergebnisse mit dieser Hochhaltung des ärztlichen Berufs zu vereinigen. Diese Erklärung wird die Scharfmacher unter den Ärzten wenig befriedigen, denn im Grunde genommen bedeutet sie doch nur eine nochmalige Unterbrechung der Ausführungen Reichmann-Hollwegs vom 5. Februar.

Steuermegelei.

Am Mittwoch sind im Reichsstaatsamt in Berlin die einzelstaatlichen Finanzminister zu einer Konferenz zusammengesessen. Ueber das Ergebnis der Debatten, die sich ausschließlich um die gegenwärtige Situation in der Frage der Reichsfinanzreform drehten, wird berichtet:

Es kam zu längeren Debatten, in die auch besonders der sächsische Finanzminister wiederholt eintritt, der sich energisch gegen die von der Subkommission vorgeschlagene Abwälzung eines Teiles des Steuerbedarfs auf die Einzelstaaten erklärte. Beschlässe wurden in der Konferenz nicht gefaßt. Doch trat klar zutage, daß die Regierungen der meisten Bundesstaaten einer übermäßigen Erhöhung der Matrikularbeiträge, wie sie vorgeschlagen ist, nicht geneigt sind, so daß die Vorschläge der Subkommission, auch wenn sie von der Steuerkommission gebilligt werden sollten, keine Aussicht haben, die Genehmigung des Bundesrats zu erhalten.

Entspricht die Meldung den Tatsachen, so wäre das ultramontan-konservative Kompromiß geschleht, da sich wohl im Reichstage, nicht aber in dem zweiten gesetzgebenden Faktor, dem Bundesrat, eine Mehrheit dafür finden würde. Es wäre nun aber total verkehrt, wenn man annehmen wollte, daß die von konservativen und Zentrum angestrebte Abwälzung der sogenannten Besitzsteuer von den Schultern der Besitzenden auf die der Besitzlosen auf dem Umwege über die Einzelstaaten nicht doch noch zustandekommen könnte. Die steuerpolitische Situation ist gegenwärtig so verworren, wie das noch kaum jemals der Fall war. Das schließt aber nicht aus, daß bereits in den nächsten Tagen doch noch die Verständigung erfolgt. Die bürgerlichen Parteien haben begreiflicherweise das dringende

Bedürfnis, den Rußhandel möglichst bald perfekt zu machen. Da für sie aber alle Ursache besteht, ihren schmutzigen Eigentum vor der Kritik der Öffentlichkeit zu verbergen, blühten sie so schnell wie möglich wieder in das schließende Dunkel der außerparlamentarischen Verhandlungen. Die die Germania mittelst, nimmt man im Reichstage, d. h. unter den bürgerlichen Rußhändlern an, daß die heute wieder zusammengesetzte Steuerkommission nach einer allgemeinen Besprechung über die Frage der Besitzsteuer und vor deren Entscheidung eine Pause von mehreren Tagen machen wird, um für „intimere Verhandlungen“ Raum und Zeit zu gewinnen. Seit dem Beginn der Blockade hat es sich immer mehr eingebürgert, daß die eigentliche Entscheidung über die wichtigsten Gesetzesvorlagen außerhalb des Reichstags vollzogen wird. Die Verhandlungen des unter den Augen der Öffentlichkeit tagenden Plenums und zum erheblichen Teil auch der Kommissionen bilden nur noch eine elende Farce, das Ansehen des Parlaments wird von den bürgerlichen Parteien systematisch herabgewürdigt und die Politik zu einem widerlichen Schachergeschäft hinter den Kulissen gestaltet. Dasselbe Schauspiel vollzieht sich jetzt wieder in der Frage der Finanzreform, nur mit dem Unterschied, daß das wegen seiner „Hinterstufenpolitik“ von der Regierungsfutterkrippe enifernte Zentrum jetzt die Zeit für gekommen erachtet, um seine alte Position wiederzugewinnen und von Regierung und Junkern auch mit offenen Armen empfangen wird.

Inzwischen listeten sich auch immer mehr die Schleiher, mit denen die letzten Verhandlungen der Subkommission des Reichstags bisher umgeben waren. Aus einer Mitteilung der partei-offiziösen Nationalliberalen Korrespondenz geht hervor, daß sowohl Nationalliberale wie Freisinnige anfänglich nahe daran waren, der von dem Abgeordneten Campy beantragten „Rebelung“ der Matrikularbeiträge zuzustimmen. Die Freisinnigen verlangten nur, daß der Termin für das Inkrafttreten der Gampfschen „Besitzsteuer“ um ein Jahr nähergerückt, also auf den 1. Februar 1911 festgesetzt werden sollte. Die Nationalliberalen waren bereit, selbst hierauf zu verzichten, wünschten aber, daß das Mindestvermögen, das besteuert werden dürfte, nicht weniger als 20 000 Mark betrage, und daß ferner das Reich Normalbestimmungen über die Veranlagung des Vermögens erlasse. Der Handel kam aber nicht zustande, weil sich in zwischen konservativ und Zentrum zusammengefunden hatten, die nun das berühmte Kompromiß abschlossen, wonach für die Art der Aufbringung der neuen 150 Millionen Mark Matrikularbeiträge durch die Einzelstaaten keinerlei bindende Bestimmungen getroffen werden sollen. Es sollen den Bundesstaaten keinerlei Verpflichtungen auferlegt werden, ob sie die erhöhten Lasten durch Besteuerung des Einkommens oder des Vermögens aufbringen wollen, wobei die niedrigste Einkommensgrenze nach den Wünschen einzelner Kompromißler schon bei 100 000 Mark liegen soll! Diese Einzelheiten des ultramontan-konservativen Schachergeschäfts enthüllen den Eigentum und die Strupellosigkeit der junkerlich-pfälzischen Koalition in so kraffer Weise, daß sich jedes Wort der Kritik erkräftigt.

Mit der Ablehnung jeder Besteuerung der Besitzenden lassen es sich diese wahren Freunde des Vaterlandes aber noch nicht genügen, sie bedenken das Steuerzahlergeschick auch noch zur Ergaumerung neuer Liebesgaben auszunutzen. Dem Berliner Tageblatt wird über einen neuen Plan zur „Reform“ der Branntweinbesteuerung berichtet:

Bekanntlich beruht die famose Branntweinliebesgabe auf den Doppelsätzen der Verbrauchsabgabe einer bestimmten Spiritusmenge. Dieses Kontingent ist mit 70 nur mit 50 Mark pro Hektoliter zu versteuern. Da bei der Preisbildung des gesamten Trinktbranntweins die 70 Mark zur Berechnung kommen, so steckt der Brenner für die ganze Höhe seines Kontingents die Differenz zwischen 70 und 50 Mark, also 20 Mark pro Hektoliter, in seine Tasche. Diese Liebesgabe erklären unsere agrarischen Branntweinsteuerreformer sich bereit, auf die Hälfte zu ermäßigen, wenn — neben der halbierten alten Liebesgabe eine zweite Liebesgabe geschaffen wird, die im Gesamteffekt höher sein würde als die halbe bisherige Liebesgabe. Die bisherige Liebesgabe stützt sich auf die Verbrauchsabgabe. Die neue soll sich auf die Brennsteuer stützen, die zu diesem Zwecke ebenfalls reformiert wird. Neben dem Kontingent für Trinktbranntwein soll ein zweites Kontingent geschaffen werden, das die durchschnittliche Gesamtproduktion der einzelnen Brenner umfaßt. Was dann jenseits dieses Kontingents an Spiritus hergestellt wird, verfallt einer Brennsteuer, die um acht bis zehn Mark pro Hektoliter höher gebacht ist als der höchste Satz der gestaffelten Brennsteuer innerhalb des Produktionskontingents. Es liegt auf der Hand, daß dieser für die Uebersteigerung des Kontingents in Aussicht genommene Brennsteuerertrag bei der gesamten Preisbildung für Spiritus ebenso entscheidend sein wird wie der Siebzig-Mark-Satz der Verbrauchsabgabe bei der Preisbildung für den Trinktbranntwein. Man würde auf diese Weise zwei Kontingente schaffen, von denen das kleine in dem größeren so geschickt angebracht ist, wie in gewissen chinesischen Eisenbeintugeln eine kleine freilaufende in einer größeren.

Das Zentrum soll für die Idee bereits gewonnen sein. Auf die wohlwollende Neutralität des Reichsstaates glaubt man ebenfalls rechnen zu dürfen. Der Plan ist in allen Einzelheiten formuliert. Man hofft ihn schon in der nächsten Sitzung der Subkommission von Stapel lassen zu können.

Warum auch nicht! Die Junker sind stets aufs Ganze gegangen, es ist wirklich nicht einzusehen, warum sie sich jetzt geringeren sollten.

Wollauswanderung auf Umwegen.

Das Zustandekommen des Viehschadengesetzes soll angeblich gefährdet sein, weil die Regierung der von der Kommission beschlossenen Einleitung einer Valenkommission nicht zustimmen könne. Wenn das Gesetz scheitert, so hat die Arbeiterchaft keine Veranlassung, dies zu bebauern. In Wirklichkeit soll nämlich das Gesetz nicht so sehr der Bekämpfung der Viehschäden dienen, sondern es vielmehr möglich machen, daß alle vom Zolltarif nicht erfaßten landwirtschaftlichen Produkte nun auf andre Weise von der Einfuhr nach Deutschland ausgeschlossen werden. Es handelt sich dabei wesentlich um Milch, Butter, Eier und ähnliche Produkte. Das Gesetz geht aber noch weiter. Es können künftig auf Grund des Gesetzes zur Bekämpfung der Viehschäden sogar Versammlungen verboten werden, nämlich dann, wenn angenommen ist, daß im Saal des Anwesens, in dessen Saal die Versammlung stattfinden soll, Vieh steht, das der Viehschadenverdächtig oder Viehschadenempfindlich erscheint. Diese Eventualität haben die Vertreter der Regierung in der Kommission ausbrüchlich zugestanden. Aber gerade deshalb, weil das Gesetz einen so ausgesprochen agrarischen Charakter trägt, wird die Regierung alles aufbieten, um es nicht scheitern zu lassen. Zu guter Letzt wird sich schon noch ein gangbarer Weg finden, um mit der agrarischen Reichstagsmehrheit unter einem Hut zu kommen.

Militärjustiz.

Im Juli vorigen Jahres waren Mannschaften des Telegraphenbataillons Nr. 2 in Robins auf der Rathausplatz

Schießen. Der Bischofswedel, der die Kufft führte, schickte die Leute, die ungenügend schossen, zum Sergeanten H., und dieser ließ sie durch den Unteroffizier B. derartig „nachhaken“, daß einer der Soldaten ohnmächtig zur Kaserne getragen werden mußte. Die Leute wurden hin- und hergeholt, die Wälle auf und ab gejagt und dann wieder zum Schießstand geschickt. Der Bischofswedel wurde von der schuldhaftesten Vernachlässigung der Aufsicht freigesprochen, der Sergeant erhielt drei Tage Mittelarrest, der Unteroffizier wurde ebenfalls freigesprochen. — Vor dem Kriegsgericht des ersten Geschwaders in Kiel hatte sich am Dienstag der Bootsmannmaat vom Linienschiff Jährigen wegen Mißhandlung eines Untergehenden zu verantworten. Der Maat hatte bei einer Festdienstaube einen Matrosen, der ihm nicht schnell genug lief, mit dem gezogenen Seitengewehr einen Schlag über den Oberkörper versetzt und ihn dann mit der Spitze des Seitengewehrs in das Kniegelenk gestochen, so daß eine tiefe Wunde entstand. Dafür erhielt er 45 Tage Gefängnis.

Als wirkliges Gegenstück zu diesen beiden Urteilen gegen Vorgesehene ein andres, das sich gegen einen „Gemeinen“ richtete. Das Straßburger Kriegsgericht verurteilte einen Soldaten wegen Ungehorsams vor versammelter Mannschaft zu vier Monaten Gefängnis. Der Verurteilte verdrückte auf Befehl des Feldwebels eine Arbeit und weigerte sich deshalb, den Auftrag eines Unteroffiziers auszuführen. Dieses unerhörte Verbrechen gegen die militärische Disziplin konnte nicht anders als mit einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe geahndet werden.

Berlin, 25. Februar. Das deutsch-amerikanische Patentabkommen, das am Dienstag in Washington vom Staatssekretär Bacon und dem deutschen Vizekonsul Grafen Bernstorff unterzeichnet worden ist, sieht eine gleiche Behandlung der Patentinhaber in beiden Ländern vor.

Für Aufzuchtspflichten ist kein Geld da. Der Bund für Mutterfürsorge hat den Reichstag ersucht, bei der jetzt noch im Vorberichtsstadium befindlichen Neuordnung der Arbeiterversicherung eine umfassende Mutterfürsorge im Anschluß an die Krankenversicherung zu schaffen. Die Billionskommission des Reichstages hat beschlossen, dem Vorschlag die Ueberweisung der Kosten an den Reichsanwalt als Material zu empfehlen, ihr also ein Vergrößerungsgeld zu bewilligen. In der Kommission hat sich der Reichsanwalt entschieden gegen die Einrichtung einer solchen Versicherung erklärt, weil bei der jetzigen Situation der Reichsanwaltschaft gar nicht daran gedacht werden könne, die Kosten dafür aufzubringen, die angeblich rund 280 Millionen Mark pro Jahr betragen würden. Wenn es sich um den Bau neuer Kreisläufe handelte, würde die Regierung offenbar weniger Bedenken haben.

Ein Wahrheitsfreund. Der konservative Abgeordnete Krenn hat bei vorigem Freitag im Reichstag die Behauptung aufgestellt, daß die Königsberger Parteigenossen in seinem Wahlkreis einen Bauern als Agitator angestellt und mit 15 Mk. täglich besoldet hätten. Demgegenüber stellt der Parteiführer für Ostpreußen, Genosse Lindemann, fest, daß diese Behauptung völlig unrichtig ist. Die im Wahlkreis tätigen Agitatoren erhielten lediglich ein Gehalt von 1,00 bis 1,50 Mk. pro Tag. Auch die sonstigen Behauptungen des Abgeordneten Krenn erklärt Genosse Lindemann für unwahr, er macht dem anaristischen Abgeordneten aber das ausdrückliche Anerkennen, mit ihm nach dem Wahlkreis abzukommen und ihm dort seine totale Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse an Ort und Stelle nachzuweisen.

Ein Staatsnotgesetz? Man rechnet bestimmt damit, daß es dem Reichstag unmöglich sein wird, den Etat bis zum 31. März fertigzustellen. In den Etat sind die erhöhten Beamtengehälter einzustellen, diese Materie selbst ist aber noch lange nicht spruchreif. Dann sind die wichtigsten Staats, wie die der Marine, des Heeres und der Post, von der Budgetkommission noch nicht einmal in Angriff genommen worden. Unter diesen Umständen wird der Regierung nichts anderes übrig bleiben, als ein Notgesetz im Reichstage einzubringen.

Ein Reichstheatergesetz will die Regierung entsprechend einem Beschluß des Reichstages ausarbeiten. Sie wird in allerhöchster Zeit mit dem Studium der Theatergesetzgebung in den Bundesstaaten beginnen und zu gleicher Zeit Fachmänner und Interessenten zu gutachtlichen Neuerungen auffordern.

Gesamtrat Hamann kommt nicht wegen Weineid vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft hat zum zweiten Male das Verfahren gegen ihn eingestellt. Bekanntlich hatte Staatsanwalt Jendiel auf Hamanns Selbstangebot das Verfahren eingestellt, weil nicht nachweisbar sei, daß Hamann, entgegen seinem Eide, mit der geschiedenen Frau des Professors Schmitz Geschlechtsverkehr gehabt habe. Schmitz beruhigte sich dabei nicht; auf seine Beschwerde beim Kammergericht wurde erneute Untersuchung angeordnet, die nunmehr zu dem eingangs angegebenen Resultat führte.

Dem „liberalen“ Polizeigesetz. Weil er eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins nicht polizeilich angemeldet hatte, war der Parteiführer für Dortmund, Genosse Kluppich, zu 30 Mark Strafe verurteilt worden. Dieses Urteil ist jetzt von der Strafkammer bestätigt worden. Die Begründung ist die übliche, zu der das Reichsgericht die Wege gewiesen hat und mit deren Hilfe jetzt in ganz Preußen und Sachsen für die sozialdemokratischen Organisationen das „liberale“ Polizeigesetz die den herrschenden Klassen in den Kram passende Kommentierung einführt. Genosse Kluppich hat Revision eingelegt.

Eine Ernennung. Der Abgeordnete für Essen und frühere Leiter des Stahlwerks in der Stadt Dresden, Dr. Wiedfeldt, der bei Tarifabschlüssen im Baugewerbe als Unparteilicher verschiebenlich mitwirkte, ist zum Geheimen Regierungsrat und Vortragenden Rat im Reichsamt des Innern ernannt worden. Dr. Wiedfeldt war bereits seit dem vorigen Sommer im Reichsamt des Innern als kommissarischer Hilfsarbeiter beschäftigt und an den Vorarbeiten für die neue Reichsversicherung beteiligt.

Zentrum und Bündler. Die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte im Kreis Bingen-Alzey beschloßen einstimmig, bei der bevorstehenden Reichstagswahl mit allen Kräften für den Zentrumskandidaten Uebel einzutreten.

Kleine politische Nachrichten. Vor dem Kriminalgericht zu Ebnburg erob der Geschäftsführer Lord Rosebergs, Drysdale, Klage gegen Rosebery wegen Verleumdung und verlangt 10000 Pfund.

Dänemark.

Staatshilfe für die Bourgeoisie mal für die Arbeitslosen. ac. Um die verfallene Bauernbank wieder auf die Beine zu bringen und den durch die Millionenschwindereien des Justizministers Alberti geschädigten Kreditoren zu helfen, verlangt die dänische Regierung vom Reichstag die Bewilligung von vier Millionen Kronen. Im übrigen haben sich auch die fünf größten Banken bereit erklärt, der Bauernbank je eine Million Darlehn zu gewähren, so daß dieses Kreditinstitut wohl demnächst wieder lebensfähig sein wird. Bei dem großen Bankrott, der im vorigen Jahre einige Monate vor Albertis Entlassung eintrat, übernahm der dänische Staat die Garantie für 10 Millionen Kronen, was der Staatskasse schon einen Verlust von 4 Millionen Kronen gebracht hat. Für die Arbeitslosen und Kollektenden, die ja am schwersten von den Folgen des Bankrotts und der allgemeinen Wirtschaftskrise betroffen sind, hat der dänische Staat auch etwas geleistet, was ja an sich anerkanntenswerth ist; aber es sind nur 250 000 Kronen für die Arbeitslosenklassen der Gewerkschaften und 250 000 Kronen für die

kommunalen Hilfsklassen. Der Gesandtschaftsrat unserer Genossen über außerordentliche Staatshilfe für die Arbeitslosen hat noch immer seiner Erledigung. — Was die Gewerkschaften alles veranstaltet haben samt den Beihilfen der Stadt Kopenhagen, reicht bei weitem nicht aus, um der wachsenden Not zu steuern.

Darum erheben die Arbeitslosen Kopenhagens in diesen Tagen in fünf großen Massenversammlungen von neuem die Forderung nach wirksamer Staatshilfe und senden zu diesem Zweck eine Deputation nach dem Reichstag und der Regierung. Man wird sich dieser Forderung um so weniger entziehen können, als ja, abgesehen von jenen außerordentlichen Notstandsbeihilfen für die Kapitalisten, dem Militarismus 42 Millionen geopfert und zudem der Jahresetat für das Militärwesen um 3 Millionen erhöht werden soll.

Frankreich.

Der Zolltarif.

Paris, 25. Februar. Die Zollkommission setzte die Beratung über die von der Regierung im Hinblick auf das Ausland gemachten Vorschläge fort. Die Kommission bemerkte, daß im allgemeinen ihre Vorschläge, die sich auf alle Länder beziehen, für diese einen Zollausschlag bedeuten, der nicht halb so hoch sei, wie derjenige, den Frankreich infolge der Zollrevision verschiedener Staaten seit einigen Jahren zu tragen habe.

Rußland.

Die Arew-Affäre in der Duma.

Petersburg, 25. Februar. Die gestrige Sitzung der Duma wurde 8 Uhr 30 Min. abends eröffnet. Das Haus war stark besetzt. Alle Logen waren überfüllt, in der Ministerloge waren sämtliche Minister anwesend. Der Referent in der Interpellation über die Arew-Affäre, Graf Bobrinski (gemäß. Rechte), führte in kurzer Rede aus, die Kommission schlage vor, die Interpellation der Radikelpartei anzunehmen, diejenige der Sozialdemokraten dagegen abzulehnen. Es haben sich 54 Redner zum Wort gemeldet. Als erster Redner sprach Potrowsky (Soz.) die in der Presse bereits veröffentlichten Einzelheiten über Arews Tätigkeit und folgte zum Schluß, der Regierungsdagant Arew habe mit Wissen der Regierung eine Provokation in ausgedehntem Maßstabe verübt und an einer ganzen Reihe terroristischer Morde und Ausschreitungen mitgewirkt. Profrowsky nannte darauf mehrere Polizeigenossen, von denen er zu wissen glaubte, daß sie ebenfalls zu Provokationen terroristischer Art verwendet worden seien, und schloß, ein derartiges Material sei genügend Beweis dafür, daß die ganze Regierungspolitik auf dem Provokationssystem basiere.

Die steigende Mordrate.

Warschau, 24. Februar. Das Kriegsgericht hat elf Personen wegen Zugehörigkeit zur Rabomer revolutionären Kampforganisation zum Tode verurteilt.

Norwegen.

Chilch; und uneheliche Kinder.

Kristiania, 23. Februar. Der Staatsrat beschloß die Einbringung eines Gesetzes des Inhalts, daß uneheliche Kinder familien- und erbrechtlich auch nach der väterlichen Linie den ehelichen vollständig gleichgestellt sein sollen.

Sächliche Angelegenheiten.

Eine mißglückte Rechtfertigung.

Wir meldeten kürzlich, daß Herr Max Langhammer in Chemnitz vom Verein deutscher Tapetenfabrikanten, dessen Vorsitzender er bis dahin gewesen, ausgeschlossen worden ist, weil er die Interessen des Vereins auf das schwerste geschädigt hatte. In der Tapetenindustrie hat sich bekanntlich ein Trust gebildet, die Liag (Tapetenindustrie-Aktiengesellschaft), die den Ver. in deutscher Tapetenfabrikanten unterzukriegen bestrahlt ist, um dann die Preise diktieren zu können. Welche wirtschaftlichen Mächte in der Tapetenindustrie miteinander kämpfen, erhellt aus der Tatsache, daß die „freien“ Fabrikanten 1908 mit einem Gesamtkapital von 20 Mill. Mark die Liag dagegen mit 16 Mill. Mark Kapital arbeitete, und daß 1908 ein Gesamtumsatz von 24 Mill. Mark erzielt worden ist, wovon der größere Teil, nämlich 13 Millionen, auf die Liag kommen. Die Liag suchte den Verein deutscher Tapetenfabrikanten in der Weise klein zu kriegen, daß sie die größeren Firmen zum Verrat an ihrer Organisation und zum Anschluß an die Liag zu bewegen suchte. An den kleinen Unternehmern hat die Liag natürlich kein Interesse, die mögen zugrunde gehen. Das ist überall so in der kapitalistischen Produktionsweise. Noch am 26. Dezember erklärte Herr Langhammer in einer Vorstandssitzung des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten für seine Firma, daß er jede Verhandlung mit der Liag streng ablehnen würde. Am 19. Januar schon berichtete die Firma Peine an die Vorstandsmitglieder des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten, daß am Tage vorher der Vorsitzende Langhammer bei ihm gewesen sei, um ihn für das Kartell mit der Liag zu gewinnen, er versuchte also diese Firma zum Verrat an dem Vereine zu verleiten, dessen Vorsitzender er war und dessen Interessen er bis dahin mit Empfange vertreten hatte. In einer Versammlung des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten wurde dann festgestellt, daß Herr Langhammer im Interesse der Liag eine Agitationsreise ausgeführt und verschiedene Firmen zum Anschluß an die Liag zu bewegen versucht hatte, und das alles, obgleich Herr Langhammer noch Vorsitzender des Tapetenvereins war. Die Folge war der „ehrenvolle“ Ausschuß Langhammers aus dem Verein deutscher Tapetenfabrikanten.

In einem sechs Seiten langen Zirkular in Quartformat, das er an die Tapeteninteressenten verschieft, versucht sich nun Herr Langhammer zu rechtfertigen. Großbürtig hebt Herr Langhammer an: „Es entspricht meinen Reigungen, für ein praktisches Ziel zu arbeiten. Dafür legt meine bisherige Tätigkeit in unserer früheren Organisation Zeugnis ab.“ Nur daß Herr Langhammer die neue praktische Politik der Liag in verräterischer Weise hinter dem Rücken seiner „früheren“ Organisation ausführte. In der „Rechtfertigung“ unterläßt es Herr Langhammer vollständig, seinen geheimen Uebertritt zur Liag zu begründen. Das lange Nachwort besteht in der Hauptsache in Vorwürfen gegen den jetzigen Vorsitzenden des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten, Liepmann. „Vertrauen“, sagt Herr Langhammer, „stüht sich auf festgesetzte kontrollierbare Handlungen. In dieser Beziehung stelle ich meine Handlungen gern zum Vergleich mit denen des Herrn Liepmann und seiner Freunde.“ Mag sein, daß Herr Liepmann dem Herrn Langhammer an Charakter gleich. Indes, das ändert doch nichts daran, daß die „praktische“ Politik, die er als Privatperson entfaltet

hat, im Gegensatz steht zu den Interessen, die er als Vorsitzender des Tapetenvereins vertreten hat, und nicht zu vereinbaren ist mit den Grundtönen von Treu und Glauben. Auch den Vorwurf, der „bezahlte Agitator“ der Liag zu sein, antwortet Herr Langhammer in naiv-strahlender Weise: „Daß ich keinen Gesinnungswandel gefunden habe, der unbezahlte Agitator des Herrn Liepmann zu bleiben, das weiß längst ein Kreis Eingeweihter, und man hat in diesem Kreise empfunden, wie schwer er mir bisher dieses Opfer geworden ist.“ Dann erklärt Herr Langhammer im Brustton tiefster Ueberzeugung, er könne Herrn Liepmann versichern, daß er mit einem Teil seiner bisherigen Vereinskollegen und zusammen mit der Liag tausendmal lieber für die Interessen der Branche kämpfe, als es an Liepmanns Seite in der ausgeprägten Verteidigungsstellung geschehen sei. Herr Langhammer hat es eben für praktischer befunden, sich von der Liag sein Unternehmen zu einem „angemessenen“ Preise abkaufen zu lassen. Und damit hat er natürlich nur sein Geschäft, nicht seine Gesinnung verkauft. Doch auch damit widerlegt Herr Langhammer nicht, daß er hinter dem Rücken seiner Organisation zum Feinde übergegangen und diese verraten hat. Das mag für ihn praktisch sein, aber „sein“ ist es nicht.

Herr Langhammer ist aber offen genug, einzugestehen, daß er sich dem bisherigen Lager abgewandt hat, weil die Aussichten drüben besser sind. Er hat nämlich die finanziellen Verhältnisse der Liag genau kennen gelernt. „Deshalb kann ich mit gutem Gewissen versichern, daß die finanzielle Lage auf Jahre hinaus auch dann gesichert ist, wenn der Kampf sich noch in der jetzigen Form fortsetzen sollte.“ So fand es Herr Langhammer eben praktischer, sich der Liag anzuschließen und seine bisherigen Vereinskollegen ihrem Schicksal zu überlassen. „Es ist ja bekannt, daß Geld eine Macht ist, vor der viele große Ehrfurcht besitzen. Ein armes Luder findet weniger Beachtung, namentlich bei Leuten wie Liepmann.“ Uns dünkt, daß dies mindestens auch zur Moral des Herrn Langhammer ganz vorzüglich paßt. Herr Langhammer hatte die Witterung, daß die Verhältnisse in der Liag sich sicherer sind, als in der alten Organisation, daß also bei der Liag die Macht ist. Und deshalb schlug er sich heimlich auf die andere Seite. „Die Liag hat finanzielle Reserven, die sie auch in einer ersten Lage sichern.“ Das genügt für einen praktischen Mann wie Herrn Langhammer, um seine bisherige Organisation im Stiche zu lassen.

Es mag nun genug sein der Proben für die Art und Weise, wie Herr Langhammer seine „praktische“ Moral zu rechtfertigen sucht. Selbstverständlich haben wir keinen Grund, uns für die Tapetenfabrikanten oder für die Liag irgendwie zu engagieren. Es handelte sich für uns nur darum, zu zeigen, daß Herr Langhammer ein ebenso skrupelloser Geschäftsmann wie Politiker ist. Deshalb haben wir, wie auch die übrige Parteipresse, die Angewissenheit behandelt. Der Streit der Tapetenindustriellen läßt uns vollständig kalt, es wollen ja beide Richtungen genau daselbe, nämlich den Konjumenten das Fell über die Ohren ziehen. Ein echt Langhammerscher Kniff ist es daher, wenn Herr Langhammer in einer Anmerkung auf dem in Rede stehenden Zirkular sich die Unterstellung leistet, der Verein der Tapetenfabrikanten habe den sozialdemokratischen Zeitungen das Material für die Angriffe auf ihn zugestellt. „Diese Partizeitungen benutzen das mit um so größerem Behagen, weil ich mich seit Jahrzehnten an dem Kampfe gegen diese Partei lebhaft beteiligt habe und ich deshalb bei der Sozialdemokratie eine ungeliebte Persönlichkeit bin.“

Wephisto Langhammer kann auch phantasieren. Wenn sich die Sozialdemokratie und deren Presse öfter mit ihm beschäftigen mußte, so geschah es wirklich nicht, weil sie ihn ernst nahm und ihn etwa als Gegner fürchtete, sondern wegen seiner Skrupellosigkeit, die ihn mindestens ebenso oft in Konflikt mit den bürgerlichen Parteien gebracht hat. Man erinnere sich nur, wie die Konterpartien des Herrn Langhammer in der bekannten Diebstahlsaffäre abgehängt haben, wie er von seinen eigenen Parteigenossen desabonniert wurde, weil er über eine geheime Sitzung der nationalliberalen Partei an ein konservatives Blatt in tendenziöser Weise berichtete, an den Strauß, den er seinerzeit mit dem Freisinnigen Günther ausgefochten hatte, und wo ihm seine Unwahrscheinlichkeit öffentlich nachgewiesen wurde usw. ufw. Einen solchen Mann fürchtet man nicht, ein solcher Mann ist nur eine besondere Bierde der Partei, der er angehört.

Herr Langhammer bemüht sich jetzt wieder in seiner Partei um ein Landtagsmandat. Sollte die nationalliberale Partei auch nach den neuesten Vorkommnissen in der Tapetenindustrie Herrn Langhammer bei den Landtagswahlen auf den Schild heben, dann wäre sie des Langhammers würdig, und Herr Langhammer wäre würdig, der Führer der nationalliberalen Partei zu werden, da die bisherigen Führer im Landtage, die Schill, Schied und Gontard, wohl nicht zuletzt durch die von Langhammer dort herabgerufenen Skandale auf die Wiederannahme von Kandidaturen verzichtet haben.

Arbeiterfürsorge und Staatsdienst.

m. Ein rigoroser Fall von Rentenentziehung beschäftigte das Schiedsgericht der sächsischen Staatsbahn in Dresden. Der ehemalige Wagenpuffer Winter war längere Zeit im Staatsbetriebe beschäftigt, bis er im Jahre 1903 außerhalb des Betriebes verunglückte. Er trug eine schwere Amputation davon, die ihn im Stehen, Stehen und auch längeren Gehen behinderte. Der Verletzte war nur noch zu leichter Arbeit fähig, obgleich ihn auch diese schon anstrengte. Nach und nach bildete sich bei dem Manne ein schweres neurosthenisches Leiden heraus. W. wendete sich nunmehr mit einem Antrag auf Gewährung einer Invalidenrente an die Arbeiterpensionskasse der sächsischen Staatsbahn. Auf Grund eines Gutachtens des behandelnden Arztes, das mehr als die zur Gewährung einer Invalidenrente erforderliche Einbuße an 60% der Erwerbshfähigkeit feststellte, erhielt W. vom 15. September 1908 ab die Invalidenrente. Die längliche Rente reichte natürlich nicht aus, um mit seiner vierköpfigen Familie ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein führen zu können. Eine Einstellung in den Staatsdienst, aus dem W. nach Eintritt seiner Krankheit entlassen worden war, wurde abgelehnt. Vergeblich suchte W. nach einer letzten Beschäftigung, um wenigstens noch etwas zu verdienen; überall wurde er mit Rücksicht auf seinen Zustand zurückgewiesen. Schließlich beschloß er sich in Gemeinschaft mit seiner Frau mit Älternleben. Da er aber weder langes Leben noch Ehen auszuhalten vermochte, mußte er auch diese Beschäftigung wieder auf

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 25. Februar.

Geschichtskalender. 25. Februar 1684: Wallenstein wird erschossen. 1870: Bildhauer Benvenuto Cellini geboren. 1865: Dichter Otto Lubwig gestorben.

Sonnenaufgang: 6,50, Sonnenuntergang 5,29.

Mondaufgang: 9,25 vorm., Monduntergang: —.

Wetter-Prognose für Freitag, den 26. Februar: Mäßige Nordostwinde, meist haler, Temperatur wenig geändert, keine erheblichen Niederschläge.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Gestern abend nahm bei der Bekanntgabe einer Eingabe der Bürgermeister Roth das Wort, um in der Öffentlichkeit bedauernd festzustellen, daß der Mörder der Friedrichschen Eheleute in der Lage gewesen sei, die geraubten Uhren unangefochten im städtischen Reihhaus zu verkaufen, und daß die Uhren erst gefunden wurden, nachdem der Mörder selber durch einen Brief darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Uhren im Leipziger städtischen Reihhaus lagen. Der Beamte habe einen unglaublichen Fehler gemacht, wofür er bestraft worden sei. Der Beamte habe die Uhren da gesucht, wo sie nicht waren, und da wo die Uhren waren, habe er nicht gesucht. Ein so unglaublicher Vorgang werde sich hoffentlich nicht wiederholen.

Bemerkenswert ist eine Eingabe des Brauereivereins Leipzig, in der gewünscht wird, daß der Pächter des Restaurants im neuen Handelshof nicht verpflichtet werden solle, auch auswärtige Biere auszuschenken. Der Brauereiverein Leipzig erntete wegen der Sorge um das Auskommen der Leipziger Brauherren verbitterte, manchmal allgemeine Feindschaft. Denn auch der beschränkteste Kirchturnpolitiker läßt sich heutzutage nicht mehr davon überzeugen, daß bayerische und böhmische Biere schlecht seien. Trotzdem aber fand sich noch ein Herr aus den Reihen der Mittelständler, der sich dieser kuriosen Eingabe annahm. Es ist bekanntlich nichts zu dumm usw. Eine andere Eingabe war von den Wasserlalamitosen in Schleichung eingelaufen, die berechtigterweise Schutz gegen weitere Uebersehungen verlangen.

Der erste Teil der Tagesordnung wurde schnell erledigt. Dagegen nahm der letzte Punkt, die Lehrerbefolgungsbilligung, etwas längere Zeit in Anspruch. Der neue ins Kollegium eingetretene Lehrer Siemens sucht die Bestimmung der Geschäftsordnung über den Hausen zu retten, die es verbietet, daß Stadtverordnete sich an Verhandlungsgegenständen beteiligen, an denen sie persönlich interessiert sind. Herr Siemens geht, wie man sieht, das persönliche Taftgefühl für diese Dinge ab; da es noch mehrere solcher sogenannter Stadtverordneter geben kann, die sich mehr als Staudesinteressenten verordneter, denn als Vertreter der Allgemeinheit fühlen, ist es nicht so uneben, daß eine solche Zwangsbestimmung in der Geschäftsordnung vorhanden ist. Daher konnte denn Herr Siemens keinen Erfolg erzielen. Lehrer Körner erhob sich und drohte mit Rache. Aber auch er mußte sich unerrückter Sache wieder auf dem kurulischen Sessel niederlassen. Dagegen hatte es der Rechtsanwalt Dr. Zund übernommen, im Namen der Herren Semann, Körner und Bennewitz, der drei Lehrer im Kollegium, zu sprechen. Das war etwas Neues von dem neuen Herrn Stadtverordneten. In der Debatte wurde noch von unsern Rednern die Feststellung beantragt, daß infolge der neuen Lehrerbefolgungsordnung nicht allein eine ungedeckte Mehrausgabe von 756 000 Mk. entsteht (welche Summe sich natürlich in den folgenden Jahren durch Aufträgen der Lehrer in höhere Staffeln noch beträchtlich steigern wird), sondern daß zur Deckung der Mehrausgaben noch diejenigen Summen hinzukommen, die durch Erhöhung des Schulgeldes einlaufen, d. i. 49 000 Mk. aus den höheren Schulen und 102 000 Mk. aus den Volksschulen. Der Versuch unserer Genossen, den Bürgererschulzwang für besser Situierte aufzuheben, mißlang. Das Publikum möge daher darauf hingewiesen werden, daß der Rat schwarz auf weiß den Stadtverordneten versichert hat, daß ein Zwang nicht ausgeübt werde. Wer das erhöhte Schulgeld für die Bürgererschulen nicht zu zahlen vermag, braucht sich also nicht verblüffen zu lassen.

Augenblicksbilder von der Straße.

Sehen Sie dort den Wagen des Volkereigeschäftes? Ein Junge, ein Bengel, sitzt darauf als Geschäftsführer; ein richtiger Quasimodo, dem eine Paarung von Wosheit und Frechheit auf eine ziemliche Entfernung anzusehen ist. Von einer Kenntnis der Aufgaben und der Pflichten eines Geschäftsführers keine Spur! Die Erfüllung dieses Berufes erschöpft er darin, daß er jede halbe Minute, soweit Sie ihm mit dem Auge folgen können, dem Pferde mit dem Hiesel im Maul reißt.

Welche Bein für das Tier, tagaus, tagein! Solcher Geschäftsführer gibt es gar viele. Es gibt aber auch ebensolche solche Geschäftsführer. Nur viel Geld verdienen, also nur billige Arbeitskräfte!

Eine Droschke fährt ebenfalls dahin. In regelmäßigen kurzen Zeiträumen läßt der Kutscher die Peitsche auf sein Pferd niederlaufen. Warum wohl? Kann es nicht mehr so rasch gehen, wie es soll? Oder schlägt der Kutscher aus Langeweile? Oder aus Unverständnis? Oder weil er denkt: ich habe die Peitsche, folglich muß ich schlagen? Oder haben es die Fahrgäste wirklich so eilig? Wen fährt er? Einen Bierbengel und eine Bierpuppe. Wohin? In ein Langlokal.

Ein Pferd strauchelt. Durch den Nebel ist das Hofpflaster glitschig geworden. Sand wird in Leipzig nur gestreut, wenn Könige über sein Pflaster fahren; dann allerdings ordentlich. Tausend gegen eins können Sie wetten, daß der Kutscher auf das Pferd einschlägt. Wenn man ihn für jeden Schritt — wirklich und bildlich genommen — strafen wollte? Aber in nicht etwa mit Schlägen; das würde unserem „humanen“ Zeitalter doch zu schlecht zu Gesicht stehen.

Eine Dame promeniert die Grimmsche entlang, einen Hund — Kolke oder Boger — an der Leine führend. Daß es eine Dame, eine richtige Dame ist, erkennen Sie schon an der Gunde-

peitsche, die sie mit sich führt. Das ist so schid, steht so forsch und schneidig aus. Da kommt das Tier eine Notwehr an. Weg ist die Schneid. Es ist ja auch zu shocking. Fortgerissen wird der Hund, er mag sehen, wie er seine Last los wird.

Dort leucht ein großes starkes Pferd vor einem Stallgeschirr. Papierballen sind aufgeladen, an die 70 Centner. Es will nicht mehr so rasch gehen. Da nimmt der Kutscher die Fügel in den Arm, geht vor dem Tiere her und gerzt. So schnell kann dieses mit seiner Last nicht folgen. Der Kutscher aber gerzt und gerzt und dem Tiere wird der Hals so lang — so lang.

Am Droschkenhalteplatze stehen die Fuhrwerke schon gereiht hintereinander. Da fährt eins fort. Das nächste rückt an seine Stelle und alle andern rücken nach, auch die, deren Führer nicht da sind. Die Pferde tun das ganz von allein, obwohl sie „nur“ Tiere sind. Doch halt! Eins hätte nicht nachrücken sollen, weil zwischen ihm und dem vorhergehenden ein Durchgang bleiben muß. Warum wird es wohl roh zurückgerissen und ins Gesicht geschlagen? Dem intelligenten Kutscher ging die Intelligenz des Pferdes nicht weit genug. (Aus: Schaltet die Tiere.)

Der soziale Ausschuß, um ihn kurz so zu benennen, den Rat und Stadtverordnete zur Erörterung der Arbeitslosenfrage eingesetzt haben, ist heute nachmittag zum erstenmal zusammengetreten. Es wurde nachgerade auch hohe Beil!

Afhermittwoch. In der Reaktionsstube des Abendblatts herrschte gestern, nachdem wir den Herren einige Kaltwasser-erhöhte Köpfe appliziert hatten, graue Afhermittwochsstimmung. Das Abendblatt ruit nun in seiner Not das — Prekonomie der Leipziger Volkszeitung zu Hilfe, damit die Interessengeschäftskontrollen des Herrn Spiller in Schutz nehme. Kein ubler Gedanke!

Was der Rat beschloß. Der Rat bewilligte 1750 Mk. zur Einrichtung der alten Johannishospitalische u. n. e für die Unterbringung von Theaterdefenationen, sowie einen jährlichen Beitrag von 300 Mk. an den Frauenverein Wädchenschutz für die Zwecke der Bahnhofsmission. Genehmigt wurde der Abbruch des Grundstücks Fronmannstraße 11 zu Leipzig-Meuditz, der Abbruch der Grundstücke Georgiring 13 und 14 nach dem 30. September 1909, der Abbruch der Grundstücke Georgiring 17, 18 und 19 nach dem 31. März 1910, die Mehrkosten der Einrichtung eines neuen Chemiezimmers im Schillerrealgymnasium und die Bildung eines selbständigen Gutsbezirks Canig-Wasewitz.

Zur Landtagswahl. Das für die Wiederaufstellung des Ingenieurs und Fabrikbesizers Herrn Otto Müller-Knechtelbeldtige „Allgemeine große Wahlkomitee“ hat sich schon jetzt bis auf 500 Mitglieder erweitert, die sich unterteilt für die genannte mittelständische, gemäßigt liberale Kandidatur einzutreten verpflichteten. Diese Wiederaufstellung hat die freudige Zustimmung der weitesten Kreise des gewerblichen Mittelstandes gefunden und wird von Hausbesitzern, Gewerbetreibenden, Handwerker Beamten und nationalsinntlichen Arbeitern tollkühlig unterstützt. So meldet die bürgerliche Presse. Das Wahlkomitee, das nicht weniger als 500 Mitglieder zählt, darf sich schon als das „Allgemeine große“ bezeichnen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß bei den Reichstagswahlen 1903 der Ordnungskandidat im Stadteil Selterhausen nicht einmal so viel Stimmen erhielt, als sich Männer aus diesem Ortsteil auf seine Wahl durch Unterschrift verpflichtet hatten.

Der Liberale Verein zu Leipzig (Freisinnige Vereinigung) wird am 2., 5. und 6. Leipziger Landtagswahlkreise mit eigenen Kandidaturen hervortreten.

Von unseren Straßenbahnen. Der Aufsichtsrat der Großen Leipziger Straßenbahn hat beschlossen, für das abgelaufene Geschäftsjahr 9% Prozent (im Vorjahr 9 Prozent) Dividende zur Verteilung zu bringen. Der Geschäftsabschluss ergibt nach Dotierung des Erneuerungsfonds mit 650 000 (650 000) Mk. und des Amortisationsfonds mit 280 000 (244 000) Mk. einen Reingewinn von 1350 828 (1209 323) Mk.

Auch die Leipziger Elektrische Straßenbahn hat, wie wir bereits mitgeteilt haben, ein so gutes Geschäft gemacht, daß sie die Dividende von 4% Prozent im Vorjahr auf 5 Prozent in diesem Jahre erhöhen konnte. Es geht also den Aktionären unserer Straßenbahnen recht gut.

Wer darf tanzen? Das kaiserliche Ministerium des Innern hat, um den Unzuträglichen vorzubeugen, die mit der Verleidenartigkeit der bürgerlichen Bestimmungen über Zulassung von Personen jugendlichen Alters zu gewerbsmäßigem Tanztanzunterricht verbunden sind, nunmehr angeordnet, daß Zünglinge nicht vor dem vollendeten 16. und junge Mädchen nicht vor dem vollendeten 15. Lebensjahre zur Teilnahme an öffentlichem Tanztanzunterricht zugelassen werden dürfen.

Es ist eine löbliche Sitte, daß in Deutschland alles hübsch polizeilich geregelt wird.

Kaufmännische Fortbildungskurse für weibliche Handlungsgehilfen und Bedienstete sollen bei genügender Beteiligung von Ostern ab in Verbindung mit der Frauenberufsschule eingerichtet werden. Es kommen hauptsächlich Verkäuferinnen und Kontoristinnen in Frage, die Ostern 1909 die Schule verlassen oder bereits 1908 aus der Schule entlassen worden sind. Der Unterricht soll in einem jährlichen Lehrgange gegen eine geringe Entschädigung in 8 mal 2-6 Wochenstunden außerhalb der an der Frauenberufsschule eingehaltenen Ferien und zwar — zunächst nach Wahl der Schülerinnen — entweder vormittags von 7 bis 9 oder 8 bis 10 oder nachmittags von 2 bis 4 Uhr erteilt werden. Den Gegenstand des Unterrichts werden Lehrstoffe bilden, die, wie kaufmännisches Rechnen, Korrespondenz, Stenographie und dergl., für das Fortkommen im Handelsgewerbe von Bedeutung sind. Junge Mädchen können sich bis zum 18. März d. J. in der Frauenberufsschule beim Direktor Dr. Zahn alltäglich vormittags von 8 bis 1/1 und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, Sonnabends von 8 bis 1 Uhr melden. Dabei ist die letzte Schulgenur und die schriftliche Erklärung des Prinzipsals vorzulegen, daß er mit dem Besuche der Kurse durch seine Angestellte während der Tagesstunden 7 bis 9 oder 8 bis 10 oder 2 bis 4 Uhr einverstanden sei. Im Falle eines sich aus der Zahl der Anmeldungen ergebenden Bedürfnisses soll auch Fortbildungsunterricht an weibliche Bureau-Angestellte der Rechts-anwälte, Versicherungsgesellschaften, Berufsvereinigungen, Krankenkassen und dergl. erteilt werden. Für ihre Anmeldung gilt das gleiche. Der Rat behält sich eine Auswahl unter den Angemeldeten vor.

er. Jahresthätigkeit als Beamte — kein arztähnlicher Titel! Ein interessanter Strafprozeß hat jetzt vor dem kaiserlichen Oberlandesgericht seinen endgültigen Abschluß gefunden. Der Zahnärztliche Rissen in Leipzig ließ im Frühjahr 1908 ein großes Reklamewort erscheinen mit der Ueberschrift Zahn-technische Akademie Rissen, in dem das Publikum darauf hingewiesen wurde, daß die Akademie nur nach streng hygienischen Grundsätzen arbeite usw. Dann hieß es weiter: „Zahnziehen schmerzlos, Zahnziehen in Karlsruhe unter ärztlicher Ueberwachung. Warum zahlen Sie für ein Weib anderwärts 150 Mark, wenn Sie es bei mir schon für 85 Mark haben können? Wegen der Bezeichnung „zahn-technische Akademie“, der Beilegung eines arztähnlichen Titels, sollte sich N. einer Zivilberhandlung gegen die Gewerbeordnung schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten, das Landgericht erkannte aber auf Freisprechung, indem es ausfährte, die Bezeichnung sei zwar als irreführend anzusehen, werde aber jetzt schon vielfach im Uerwerbleben von Werften angewendet, die nichts mit akademischer Bildung zu tun hätten. Es sei in dieser Bezeichnung nur an eine Akademie, Tanzakademie usw. erinnert. Wenn die Reklame auch weit übertrieb, so wisse im modernen Verkehre das Publikum doch, daß es beratige Anpreisungen mit Vorbehalt aufzunehmen habe. Das Instanz sei auch nicht so gehalten, daß man annehmen konnte, die Akademie stühe unter wissenschaftlicher Leitung. Im großen und ganzen wisse das Publikum, daß die Zahnheilkunde von Zahnärzten, die Zahntechnik aber von Zahntechnikern (Dentisten) ausgeübt werde. Wenn gesagt werde, daß Zahnziehen in Karlsruhe erfolge unter ärztlicher Leitung, so gehe daraus hervor, daß in besonderen Fällen Ärzte hinzugezogen werden. In der Revision der Staatsanwaltschaft, die eine Verurteilung des Angeklagten erstrebte, wurde besonders gerügt, daß sich der Angeklagte an Jedermann wende, nicht nur an Personen mit Durchschnittsbildung. Das Oberlandesgericht ist aber allenfalls den Gründen des angeklagten Uerteils beigetreten und hat, indem es das irreführende Erkenntnis des Landgerichts beseitigte, die Revision verworfen.

k. Die Wertzuwachssteuer ist nun auch in Lübeck eingeführt worden. Das am Montag von der Bürgerschaft mit großer Mehrheit verabschiedete Gesetz erhebt bei einer Wertsteigerung bis 3000 Mk. 3 Prozent Steuer und steigt progressiv bis zur Höchstgrenze von 10 Prozent bei einem Wertzuwachs von mehr als 100 000 Mk. Ferner werden Zuschläge zur Wertzuwachssteuer erhoben, wenn der Wertzuwachs in verhältnismäßig kurzer Zeit erfolgte und wenn er im Verhältnis zum Verkaufsobjekt besonders erheblich ist. Das Gesetz hat rückwirkende Kraft auf das Jahr 1908. Die Hausagrarier haben, was geahnt, denn bei der Beratung des Steuerentwurfes wurde festgestellt, daß nicht weniger als 89 Grundstücksbesitzer im vergangenen Jahre nach Verkauf ihrer Grundstücke von Lübeck fortgezogen sind und sich meist im benachbarten Fürstentum Lübeck niedergelassen haben. Um ganz erhebliche Summen ist dadurch der Staat von diesen „wahren Patrioten“ hetrogen worden. Von unseren Vertretern wurde diese Handlungsweise gebührend gekennzeichnet; auch wurde versucht, leider vergebens, die Steuer höher zu bemessen, und zwar in der Anfangsstufe mit fünf statt mit drei Prozent.

Deutscher Buchgewerbeverein. In dem Saale des Deutschen Buchgewerbestiftungsvereins ist vor einigen Tagen eine Ausstellung geschriebener und graphischer Arbeiten von Rudolf Koch in Offenbach a. M. eröffnet worden, die die größte Beachtung aller Buch-angehörigen und Freunde des Buchgewerbes verdient. Jede einzelne der köstlichen Arbeit zeichnen sich durch Originalität und Eigenart aus, zumal der Hauptzweck an Großzügigkeit, eigenartige Textanordnung und überaus sorgfältige Schriftbehandlung gelegt ist. Kochs Schrift lehnt sich an gute alte Vorbilder und wirkt infolge ihrer kräftigen klaren Bildes wuchtig und dekorativ. Dies kommt nicht nur bei den Buchstaben, Adressen, Diplomen und Plakaten, sondern auch bei den vielen Abzügen, wie Briefkarten, Einladungen, Zylinder, Briefköpfe, vor allem aber bei den verschiedenen zum Ausdruck, die beweisen, daß bei Verwendung künstlerischer Schrift und guter Papiere einfache und doch vornehme Wirkungen erzielt werden können, die diejenigen der heute gebräuchlichen Buchschriften weit überlegen. Eine Anzahl Pergamentbände sowie verschiedene unter Anwendung vorhandenen Schriftmaterialien entworfene Druckachen ergänzen die geschriebenen Arbeiten aufs Beste. Möge die Ausstellung die wohlverdiente Beachtung finden.

Heilmittel-Inserate. In einer hiesigen Zeitung haben folgende Anzeigen Ausnahme gefunden: Taber Urin, Bodenjah vermindert bald durch den Genuß von Prof. Dr. Woods Nierenes. — Epilapparat für Frauen, das beste Mittel zur Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten von Frau M. Müller in Dresden. — Thermoenergie betämpft wunderbar Husten, Rheumalismus usw.

Diese Anzeigen verstoßen, wie das Gesundheitsamt mittelt, gegen die Ministerialbekanntmachung vom 14. Juli 1908.

Auf der Straße. Am Rospfah stieß gestern nachmittag ein neunjähriges Mädchen mit dem Kopf heilig gegen einen Briefkasten und schlug sich die Stirn auf. Dem Kinde wurde in der nächsten Polizeiwache ein Verband angelegt, worauf ein Schuttmann es in die elterliche Wohnung brachte.

In der Eisenbahnstraße in L.-Neuschönefeld glitt gestern infolge des Saneralls die 43 Jahre alte Ehefrau eines Meiers aus und fiel heilig auf den Hinterkopf, was eine Verletzung zur Folge hatte. Die Frau erholte sich von dem Fall nach einiger Zeit wieder und vermachte sich in ihre Wohnung zu begeben.

Auf dem Wege nach dem Gericht stürzte heute früh am Randschäfer Steinweg ein älterer Mann auf dem glatten Fußweg und zog sich eine erhebliche Verletzung des Rückens zu.

Das eibe Schickal traf in der Gießerstraße einen dort wohnenden Maurer, der ebenfalls hinfiel und wahrscheinlich einen Knöchel gebrochen hat.

Ein Wiedermann. Vor kurzem benutzten mehrere Personen nachts eine Droschke zu einer Fahrt vom Augustplatz nach der Tauscher Straße. Der Fahrpreis betrug 1,75 Mk. Eine Dame bezahlte den Kutscher und gab ihm zunächst ein Geldstück, das sie selbst für eine Mark hielt. Während sie noch nach dem fehlenden 75 Pf. suchte, fuhr der Kutscher mit den Worten: „Na, es genügt auch so“ davon. Hinterher erst bemerkte die Dame, daß sie dem Droschkenkutscher statt des Markstückes ein Zwanzigmarkstück gegeben hatte. Der Kutscher konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Dieser Wiedermann. In äußerst dreister Weise stahl ein 86 Jahre alter, schon vorbestrafter Kleiner in einem hiesigen Weina restaurant einer Frau beim Anziehen des Mantels einen Geldbetrag aus der Tasche und spielte den Belästigten, als ihm der sofort bemerkte Diebstahl auf den Kopf zugelaufen würde. Der dreiste Mensch holte auch noch selbst die Polizei herbei, was aber zur Folge hatte, daß er festgenommen wurde, da das gestohlene Geld in seinem Beisitz vorgefunden worden ist.

Bermüht wird seit dem 21. Februar das 16 jährige Dienstmädchen Johanna Bauer von hier. Das junge Mädchen war zuletzt in der Hohenzollernstraße hier in Stellung. Die Dienstmädchen ist mittelgroß, schwachlich, hat schwarzes Haar, längliches, blaßes Gesicht, braune Augen und trägt einen blauen Rock, weiß und braun gestreifte Hülse, schwarzes Jackett, graue Hülse und Schürchen.

Gerichtslaal.
Reichsgericht.

Die Zeitungsfrau als Bevollmächtigte des Zeitungsveregers. Eine für Zeitungsvereger wichtige Entscheidung fällt das Reichsgericht. Vom Landgerichte zu Chemnitz (D. Schl.) sind am 8. Dezember v. J. die Zeitungsvollmachtgeberinnen Agnes Klapper und Marie Pilz geborene Klapper wegen Unterschlagung und Untreue zu 8 Wochen und 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sie waren bei dem 2. Monatlichen Sitzungstermin in Ratowitz als Zeitungsvollmachtgeberinnen erschienen und hatten auch die Abonnementgelder für die Zeitung eingezogen. Der Verleger hielt sie nicht für Bevollmächtigte, sondern an die Angeklagten. Die Klapper an die Abonnementgelder, die Pilz in 2 Jahren 650 Mark. — In ihrer Revision bezeichneten die Angeklagten die Verurteilung auch wegen Untreue als unzulässig, da sie ihre Bevollmächtigung durch den Verleger, sondern nur durch den Verleger selbst erhalten hätten. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. In der Begründung hieß es: Die Behauptung, daß die Angeklagten nicht Bevollmächtigte des Verlegers waren, sondern lediglich Botendienste geleistet hätten, mußte als begründet erachtet werden. Die Angeklagten haben dem Verleger lediglich mechanische Dienste geleistet, indem sie die Abonnementquittungen überbrachten und die Abonnementgelder annahmen. Daß sie mit irgendwelcher Stellvertretung des Verlegers in geschäftlicher Hinsicht betraut gewesen wären, ist nicht ersichtlich.

Wegen Landfriedensbruchs und öffentlicher Beleidigung sind am 13. Oktober v. J. vom Landgerichte zu Danzig sieben Angeklagte verurteilt worden. Drei von ihnen, der Zimmergeselle Hugo Truschinski, Max Dietrich, Laband und Frau Theresie Frankowski, hatten Revision eingeleitet. In Poppo entließen einige Bauunternehmer eine Anzahl Arbeiter, weil sie ihnen die geforderten Löhne nicht zahlen wollten. Sie stellten dafür italienische Arbeiter ein. Die Folge war eine allgemeine Erregung der Poppoter Arbeiter. Es fanden zwei Demonstrationen gegen die Italiener statt. Es wurden dabei auch einige Steine gegen das Haus, in dem die Italiener wohnten, geworfen. Einige Fenster wurden zertrümmert. Es kam dann durch das Eingreifen der Schutzpolizei zu Zusammenstößen mit diesen. Theresie Frankowski soll dabei durch Zurufe die Menge angefeuert und die Angeklagten Tr. und D. die Schutzleute beleidigt haben. — Die Revision der vier genannten Angeklagten wurde vom Reichsgericht verworfen.

Ein Gemeindevorsteher als Milchfälscher. Vom Landgerichte Braunschweig ist am 5. Oktober v. J. der Gemeindevorstand und Landwirt Sch. wegen Betrugs und Fälschung gegen das Nahrungsmittelgesetz zu einem Monat Gefängnis und 800 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er war Mitglied einer Genossenschaftsmolkerei und lieferte an diese Milch. Es fiel auf, daß die Milch sehr dünn war, und eine Untersuchung ergab, daß sie nicht nur Wasser, sondern auch Salpetersäure (1) enthielt. Die letztere war in dem Wasser enthalten, das der Angeklagte zu verwenden pflegte. Proben, die direkt von den Kühen entnommen wurden, wiesen die Fälschung nicht auf. Auch ergab sich die merkwürdige Erscheinung, daß die unter Kontrolle gemolkenen Kühe 60 Liter Milch weniger gaben als sonst. Der Molkerei hat der Angeklagte eine Konventionalstrafe von 700 M. zahlen müssen, die ihm von seinem Guthaben abgezogen wurde. — Die Revision des Angeklagten, der die Annahme eines vollständigen Betrugs als unzutreffend bezeichnete, wurde vom Reichsgericht verworfen.

Landgericht.
Fälschliche Schweltern. Wegen gefährlicher Körperverletzung stand die Arbeiterweberin Theresie Emilie Wohlfahrt aus Leipzig-Neinshöcher vor der vierten Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Die Wohlfahrt war am 24. November v. J. beim Kartoffelfälschen mit ihrer Schwester in Streit geraten, die dabei einige Verwundungen im Gesicht davontrug, die ihr die Angeklagte mit einem scharfen Küchenmesser beibrachte. Die Angeklagte war geständig, behauptete aber, sie habe nicht die Absicht gehabt, ihre Schwester zu verletzen. Sie habe mit dem Messer nur in der Luft herumgefuchelt und sei dabei dem Gesicht ihrer Schwester etwas zu nahe gekommen. Das Gericht billigte der Wohlfahrt mildernde Umstände zu und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Automatenplünderer. Der Hausdiener Hermann Hugo Berger hatte am 22. Januar bei einem Besuch im Palmischen Restaurant an der Parkstraße den Entschluß gefaßt, sich aus den dort aufgestellten Spielautomaten Geld zu verschaffen. Berger, der früher in dem Lokal in Stellung war und die dortigen Verhältnisse genau kannte, schlich sich in den Keller und warierte, bis es oben in der Gaststube ruhig geworden und das Geschäft geschlossen war. Darauf ging er wieder hinauf und ergriff mit Hilfe eines Stiegeisen, das er im Hof fand, drei Spielautomaten, aus denen er zusammen 5.20 M. herausholte. Dann machte er sich eiligst aus dem Staube, wobei er aber berge, seinen Lieberzeuger, den er ausgezogen hatte, mitzunehmen. Als er am anderen Tage zurückkam, um den Lieberzeuger zu holen, wurde er festgenommen, und hatte sich nun wegen schweren Diebstahls zu verantworten. Das Gericht billigte ihm mildernde Umstände zu und erkannte mit Rücksicht auf einige kleinere Vorstrafen auf sechs Monate Gefängnis.

Verfammlungen
im 13. Reichstagswahlkreis.

Der Ortsverein Sommerfeld-Engelsdorf hielt am 20. Februar seine Monatsversammlung im Bindengarten zu Engelsdorf ab. Der Genosse Redakteur Ilge-Beipzig sprach über das neue Landtagswahlrecht in Sachsen. In übersichtlicher Weise entwarf er ein Bild von dem alten sächsischen Wahlrecht, um dann ein Bild von dem neuesten Wahlmonstrum zu geben. Der lebhafteste Beifall bewies, daß dem interessanten Vortrage das verdiente Interesse entgegengebracht wurde. Nachfolgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Ilge einverstanden. Trotzdem sich kein gerechtigkeitsliebender Mensch mit dem neuen sächsischen Landtagswahlrecht einverstanden erklären kann, versprechen die Versammelten, mit allen Kräften sich an dem Wahlkampf zu beteiligen und für die Sozialdemokratische Partei immer neue Wähler zu gewinnen. Von der Verwaltung des Ortsvereins erwarten die Versammelten, daß sie alles Mögliche hierzu veranlassen.“ In der sich anschließenden Diskussion tabelte Genosse Reich mit Recht, daß selbst unter älteren Parteigenossen eine Interesslosigkeit anzutreffen sei, in bezug auf die Staatsangehörigkeitsvererbung. Gerade das neue Wahlrecht gebietet uns, allen Arbeitern, die noch nicht im Besitze der Staatsangehörigkeit sind, dazu zu verhelfen, damit diese ihr Wahlrecht ausüben können. Von der Versammlung wurde

eine Verstärkung der Kommission zur Erwerbung der Staatsangehörigkeit vorgenommen, und var wurden die Genossen Gothe und Kühn hinzu gewählt. — Genosse Karubla berichtete über die letzte Baalsdorfer Gemeinderatsitzung. — Der Vorsitzende machte der Versammlung über die im Januar vorgenommene statistische Erhebung im Ortsverein Mitteilung. Im letzten Vereinsjahre fanden 7 Versammlungen (3 in Engelsdorf und 4 in Sommerfeld) statt, darunter 3 mit Vorträgen. Vorstandssitzungen fanden ebenfalls 7 statt. 26 Mitglieder haben im letzten Halbjahre keine Vereinsversammlung besucht. Schriftliche Eingänge beim Vorsitzenden waren 80, Ausgänge 153 zu verzeichnen. Auskünfte wurden 11 erteilt, wovon 8 schriftliche Bearbeitung nötig machten. Weiter wurde die Verfassung der Vereinigung, ebenso eine Statistik über die Zusammensetzung der hiesigen mit uns sympathisierenden Sport- und Bergbauvereine. Es wurde der Wunsch geäußert, der Jugendorganisation auch im hiesigen Ortsverein näherzutreten. Der Vorstand soll sich mit dieser Angelegenheit befassen.

Die Ortsvereine Dehsh und Gauhsch
Hielten am 20. Februar in Veters Hof in Gauhsch eine öffentliche Versammlung ab. Genosse Dr. Kensch sprach über: Passate und die Arbeiterbewegung. Er zeigte, wie die agitatorische Tätigkeit Passates für die Arbeiterbewegung der damaligen politischen Situation entsprang. Es erklärte sich daher auch, daß die Neben und Schriften Passates, die damals von großer Bedeutung waren, heute zum Teil vergessen oder nicht mehr beachtet werden, während umgekehrt die Lehren von Karl Marx heute mehr und mehr Gemeingut der Arbeiter aller Länder geworden seien. Diskussion fand nicht statt. Bedauerlich ist, daß solche Vorträge immer nur von einer beschränkten Anzahl Personen gehört werden. Der Vorsitzende machte noch auf die Jugendorganisation des Ortsvereins, die ihren Sitz in Connewitz hat, aufmerksam, und forderte zur Agitation dafür auf. Der dritte literarische Abend findet am 28. Februar im Paradies zu Dehsh statt. Genosse Hennig sprach über Peter Mosseger einen Vortrag halten. Genosse H. Gerhardt-Dehsh macht darauf aufmerksam, daß jetzt eine Verschmelzung der beiden Orte Dehsh und Gauhsch zu einer politischen Gemeinde in Einwohnerkreisen lebhaft diskutiert wird. Die Arbeiter sollten die Frage fördern helfen. Es soll darum am Freitag, den 20. Februar, in der Lunde in Dehsh eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der Genosse Stittich referieren wird, und wo die Ortsvereine Stellung zu dieser wichtigen Frage nehmen werden. Die Parteigenossen werden auf die Versammlung besonders aufmerksam gemacht.

Ortsverein Thonberg-Neurendlich.
Am 20. Februar sprach Herr Dr. Simon über: Nervosität und die Schädlichkeiten des täglichen Lebens. Die ausfallenden Ausführungen des Referenten gingen dahin, durch angemessene Körperpflege und Lebensbedingungen nervösen Störungen zu begegnen. Die Genossen Desterreicher, Zimmermann sowie der Vorsitzende forderten im Anschluß daran die Anwesenden auf, von den Einrichtungen der Turnabende des Vereins Gebrauch zu machen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß der Vorsitzende die mäßig besuchte Versammlung.

Ortsverein Müllau.
In der letzten Mitgliederversammlung gab Genosse Käther Bericht über die Kreis-Generalversammlung. Genosse Krieg gab den Gemeinderatsbericht und ging auf den Haushaltsplan der Gemeinde ein. Hieran schloß sich eine lebhafteste Diskussion, in der besonders auf die Schulangelegenheiten und den mehrmaligen Wechsel der Hilfslehrer eingegangen wurde. Nachdem Anfang Januar der bisherige Hilfslehrer seine Stellung verlassen hatte, wurde ein Vikar bis Ostern zur Ausfüllung eingestellt. Jedoch verläßt dieser seine Stelle Ende Februar schon wieder, so daß bis dahin ein neuer Hilfslehrer eingestellt werden muß. Es würde an der Zeit sein, daß der hiesige Schulvorstand endlich dazu gelangt, die letzte vierklassige Schule in eine sechsclassige umzuwandeln, um die Schule auf ein höheres Niveau zu bringen. Unter Vereinsangelegenheiten kam der Vorsitzende auf das am 31. Januar geplante Vergütigen des Vereins zu sprechen, das aber von der Amtshauptmannschaft verboten wurde. Der Vorstand hatte das Verbot an die Amtshauptmannschaft mit dem Bemerkten eingereicht, daß der Ueberbruch den Berufstätigen auf der Grube Nabbod zugute kommen sollte. Trotz des wahlmännlichen Zwecks kam ein ablehnender Bescheid. Eine persönliche Vorprache des Vorsitzenden auf der Amtshauptmannschaft hatte nur den Erfolg, daß das Vergütigen als „nichtigfennlich“ genehmigt werden sollte, da öffentliche Tanzmusik am fünften Sonntage im Monat überhaupt nicht genehmigt würde. Trotzdem sofort darauf hingewiesen wurde, daß bisher schon oft am fünften Sonntage Vergütigen — allerdings nicht vom Sozialdemokratischen Verein — in Müllau stattgefunden hätten, blieb der Herr Regierungsrat bei seinem ablehnenden Bescheid. Er ließ durchblicken, daß sozialdemokratischen Vereinen öffentliche Vergütigen überhaupt nicht genehmigt würden. Die freiwillige Feuerwehr in Müllau machte, wenn auch unbedachtigt, die Probe auf Exempel. Sie selbst beabsichtigte, am gleichen Tage, an dem, nach den Ausführungen des Regierungsrats, keine öffentlichen Vergütigen stattfinden dürften, einen Kappenabend zu veranstalten. Daß das Vergütigen der Feuerwehr verboten wurde, darüber gab es gar keinen Zweifel, denn die Amtshauptmannschaft als unparteiliche Behörde kann doch unmöglich ein öffentliches Vergütigen des Sozialdemokratischen Vereins verbieten, und einem andern Vereine die Genehmigung erteilen. Aber was dem einen recht ist, ist dem andern noch lange nicht billig. Die freiwillige Feuerwehr erhielt die Genehmigung zur Abhaltung des öffentlichen Vergütigen. Die Stimmung im Orte ob der öffentlichen Verletzung der Unparteilichkeit durch die Amtshauptmannschaft ist auch bei denen, die uns bisher kühl gegenüberstanden, eine sehr erregte geworden. Diese Erregung auszunutzen, wird unser Bestreben sein.

Der Ortsverein Cuthlitzsch
Hielten am 20. Februar eine Mitgliederversammlung ab mit einem Vortrage des Genossen H. Lange über: Wirtschaftliche Kämpfe der Geistes- und Arbeiterparteien im Mittelalter. Die Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen. Es knüpfte sich eine längere Diskussion daran. Unter Vereinsangelegenheiten teilte der Vorsitzende mit, daß am 10. März die Bestätigung des Grassi-Museums stattfindet. Treffpunkt früh 1/10 Uhr im Brauhaus. Vorzugskarten zum Kosmostheater sind in der Bibliothek zu haben.

Ortsverein Schönefeld.
In der letzten Vereinsversammlung am 20. Februar referierte Genosse E. Grenz über: Das persönliche Regiment. Der

Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Genosse Bauch berichtete über die Generalversammlung des Kreisvereins und über die beiden letzten Gemeinderatsitzungen. Der Vorsitzende teilte mit, daß am 13. Februar am Orte eine Arbeitslosenversammlung stattgefunden habe. Das Ergebnis dieser Versammlung und eine Eingabe zwecks Verringerung der Arbeitslosenfrage ist bereits an den Gemeinderat gerichtet worden. In Zukunft wird sich noch eine Versammlung mit der Arbeitslosenfrage befassen. Die Frauenversammlung im Monat März fällt aus, da jedenfalls in diesem Monat die Zeitungsbeiträge gehalten werden. Das Kinderfest wird am 18. Juli in der üblichen Weise arrangiert. In der nächsten Versammlung wird Genosse Bendin über den Ausbau der Arbeiterversicherungsgesetze referieren.

Öffentliche Versammlung in Großschöcher-Windorf.
Am 20. Februar hielt Genosse Redakteur Schöpfstein-Beipzig im Gasthof zum Trompeter einen Vortrag: Der Kampf um den Stillen Ozean. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Der Vorsitzende forderte die Anwesenden auf, Abonnenten der Leipziger Volkszeitung wie auch Mitglieder des Ortsvereins zu werden, soweit sie es noch nicht sind. Ferner wird noch auf die kommenden Landtagswahlen verwiesen; ein jeder müsse, um sein Wahlrecht auszuüben, die sächsische Staatsangehörigkeit erwerben.

Vereine und Versammlungen.

Die Steinseher Leipziger
Hielten am 21. Februar eine Versammlung ab. Der Vorsitzende, Karl Franke, gab bekannt, daß ihm vom Arbeitersekretariat proletarischer Zweckbestimmung der Arbeitslosigkeit zugegangen seien. Er rief die Saumlosigkeit und Interesslosigkeit von 12 Kollegen, die bei der letzten Stadtverordnetenwahl ihr Wahlrecht nicht ausübten und appellierte an die Anwesenden, tätig zu agitieren, damit jeder Kollege der politischen Organisation beitrete, die Leipziger Volkszeitung abonniert und das Bürgerrecht erwirbt. Gerade die Steinseher, die doch meistens bei Malsarbeiten beschäftigt sind, sollten besonderes Interesse an der Stadtverordnetenwahl haben. Das diesjährige Sommervergütigen soll am 10. Juni im Sandhauel stattfinden. Als Zeitungsausdräger werden für den Norden Paul Kiebel, für den Osten Hermann Strigler gewählt. Max Kögel ist wegen rückständiger Beiträge aus dem Verbands ausgeschlossen worden. Ueber die Konferenz in Weisensefeld berichtete der Vorsitzende Franke. Die Älterer Delegierten wurden beauftragt, ihre Mitglieder aufzufordern, wenn sie in der Amtshauptmannschaft arbeiten, auch streng den Leipziger Tarif einzuhalten. Auch die Verschmelzungsfrage wurde erörtert. Kollege Franke als Delegierter hat sich gegen eine Verschmelzung unseres Verbandes mit dem Verbands der Maurer, Gemeindegewerbetreibender oder Steinarbeiter ausgesprochen. Er begründet seine Stellungnahme. Ein Antrag Munkwitz, diese ganze Verschmelzungsfrage als besonderen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen, wurde angenommen. Die Malsseherfrage soll in der nächsten Versammlung geregelt werden.

Die Malsseher Lindenau
Hielten am 20. Februar eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die verstorbenen Kollegen Anton Keller und Karl Zimmermann in der üblichen Weise geehrt. Es wurden 10 neue Mitglieder aufgenommen. Als Delegierter zum Verbandstag wird Oswald Hausding fast einstimmig gewählt. Stellvertreter ist Kollege Dolzar Krabich. Von Lindenau werden folgende Anträge zum Verbandstag gestellt: 1. Den Sitz des Deutschen Arbeiterverbandes nach Leipzig zu verlegen. 2. Reiseunterstützung nur für Mitglieder festzusetzen, die sich auf Wanderschaft befinden. 3. Den Kollegen, welche nach außerhalb ziehen, Umzugskosten zu gewähren. 4. Bei § 8 des Statuts soll in Zukunft 8 Wochen Frist gegeben werden. 5. Bei Verhandlung des Punktes: Befreiung von der Beitragszahlung bei Arbeitslosigkeit, möge man die eigenartigen Arbeitsverhältnisse bei den Juristen verhandeln. — Zum Kartellbelegierten wird Kollege Richard Wöring gewählt, als Stellvertreter Kollege Julius Kaiser, zum 2. Vorsitzenden Kollege Franz Hillger. Entgegen dem Wunsche der Marxtransföder Kollegen, die halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung abzugeben, wird ein Antrag angenommen, der an der 1 1/2 stündigen Mittagspause festhält, wie es der Tarif besagt. Es erweist den Anschein, als sollte die halbe Stunde Verkürzung wieder illusorisch gemacht werden. Der Kartellbericht wird vorgerückter Zeit halber in der nächsten Versammlung gegeben. Unsere Versammlungen finden in der Regel Sonnabends nach dem 15. eines jeden Monats statt.

Böttcher und Böttcherhilfsarbeiter.
In einer am 20. d. M. abgehaltenen Böttcherversammlung berichtete der Vorstand über die neuesten Vorgänge bei der Firma Rübner. Zu dem neugeborenen Meister hat sich ein weiterer Auswanderer gestellt: der in Kollegenkreisen bekannte Kuchloffe Häppler aus dem mit sogenannten Arbeiterwohlfahrtsvereinen ausgestatteten Betriebe des Herrn Heindorf. Dies veranlaßte den Vorstand, ein Schreiben an Herrn Rübner zu richten, weil er sowohl wie sein Meister versprochen hatten, nur organisierte Böttcher von unserm Arbeitsnachweis einzustellen. Da nun Herr Rübner, seine Produkte: Gurken, Sauerkraut, Senf und verschiedene andre Nahrungsmittel, zum großen Teil unter der arbeitenden Bevölkerung umsetzt, wurde beschlossen, Maßnahmen gegen ihn zu ergreifen. Kollege Ulrich berichtete über die Verhandlung mit dem Brauereiverein wegen Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Zum größten Erstaunen der Anwesenden hatte sich ein Vertreter der gelben Maschinen und Felzer eingestellt, die mit dem Tarifabschluß gar nichts zu tun haben. Wegen dessen Anwesenheit wurde protestiert; schließlich mußte der Häppler dieser Unternehmertruppe wieder gehen. Zu einer Einigung kam es in dieser Verhandlung nicht. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich gegen die Annahme dieses Arbeitsnachweises aus, weil er für uns mehr Nachteile als Vorteile bietet. Unser Vertreter wurde beauftragt, nur dann zuzustimmen, wenn verschiedene Punkte getrichen oder in unserm Sinne abgeändert werden. Ueber Böttchermeister Holzmeister wurde geklagt wegen Umkehrung des Arbeitsnachweises. Es soll eine Auseinandersetzung mit ihm erfolgen.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:
Speisekarte I (Kochamt): Weiße Erbsen mit Schmelkeisig.
Speisekarte II (Kochamt): Weiße Erbsen mit Petersili.
Speisekarte III (Kochamt): Weiße Erbsen mit Petersili.
Speisekarte IV (Kochamt): Weiße Erbsen mit Petersili.
Speisekarte V (Kochamt): Weiße Erbsen mit Petersili.
Speisekarte VI (Kochamt): Weiße Erbsen mit Petersili.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgesetzt tätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Beerdigungsanstalten u. Sargmagazine

W. Fuhs, verw. Vo., Bogislawstr. 28
Hübner & Schille, G., Bornaische Str. 33
Hugo Irmert, Schleussig
Könneritzstr. 64.

Berufskleidung

J. Blüthgen, Tübchenweg 8.
H. Heerde, Bayerische Str. 34.
Ludw. Helthausen, Schönfeld.

Bettfedern, Betten

G. Gärtner, Leutzsch, Hauptstr. 43.
Ad. Kirschberg N., C. Bismarck, Reichstr. 39.
E. Moser, Reudn., Ostr. 9.

Brauereien, Bierhandl.

Brauerei Burghausen - Leipzig,
eingetr. Genossensch. m. b. H.,
empfiehlt ihre vorzügl. Biere.

Gebr. Ulrich, Vereins-Bier-Brauerei zu Leipzig.

Fritz Kassler jr., Vo., Elisabeth-
str. 13, Tel. 7917.
Biere sämtl. Brauereien i. Fl.
u. Syph. Echt Dölln. Gosen-Vers.

Briketts, Kohlen

G. Behr Nachf., Oskar Schönfuss
L.-Vo., Kirchstr. 100 (am Viad.)
Bruno Berger, Stött., Hauptstr. 80.

Leipziger Kohlenkontor

Billigste Bezugsquelle für Heizungsmaterial.

Hermann Matz & Co.

Ellenb. Bahnhof
Plagwitzer Bahnhof
Stötteritzer Bahnhof

Butterhandlungen

E. Arnds, Bayerische Str. 23.
B. Burkhardt, Schö., Dimpfelstr. 11.
Grossmann, Vo., Eisenbahnstr. 136.

Chocoladenhandlungen

M. Bercht, Pigw., Zschoch. Str. 86.
Alb. Gärtner, Eisenbahnstr. 123 b.
E. A. Martin Nachf., Wurzner Str. 37.

Cigarrenhandlungen

Fürst Potemkin-Cigaretten.
Arbeiter-Genossensch.-Cigarre, zu
hab. Tauchaer Str. 19/21.

Färberei, Wäscherei

J. Lüders, Lindenau, Luppenstr. 4.
G. Samhammer, Eisenstrasse 3.
F. Baumann, Windmühlenstr. 86.

Fischhandlungen

F. Baumann, Windmühlenstr. 86.
F. Beier, Lind., Merseburg. Str. 75.
F. Brocke, Delikatessen, Kreuzstr. 52.

Fleischereien

A. Arnold, Sell., Wurzner Str. 107.
G. Göthe, Pigw., Weissenfels. Str. 41.
Alfr. Hahn, Li., Merseburg. Str. 46.

Frisieren, Parfümerien

Alfred Lasey, Seeburgstrasse 28.
O. Schumann, Jahnstrasse 25.
G. Ferrar, Lind., Lützner Str. 10.

Gummiwaren

Irregl., Mutter-Spritz-,
Leibbind-, Unterlag-,
Damenbind-, Verband-
watze etc. sowie alle Art.

Haus- und Küchengeräte

P. Basemann, Zweinaund. Str. 80.
Rob. Heyer, Wahr., Bahnhofstr. 83.
Paul Jentzsch, Paunsdorf.

Herren-Artikel

Otto Gräfe, Könnertstr. 68.
Joh. Köstl, Könnertstr. 46.
Max Schott, Zweinaund. Str. 18.

Herren-Garderobe

E. Breitenborn, Eisenbahnstr. 59/61.
Gersons Modenhäus, Kirchstr. 57.
Richard Wolf Söhne, Dieskau-
strasse 43, Haus- und Küchen-
geräte, Oefen usw.

Fahrräder, Nähmaschinen

O. Aze, Pl., Weissenfels. Str. 58.
W. Bauer, Anger, Zweinaund. Str. 27.
E. Eisenreich, Gautzsch, Kob. St. 54.

Färberei, Wäscherei

J. Lüders, Lindenau, Luppenstr. 4.
G. Samhammer, Eisenstrasse 3.
F. Baumann, Windmühlenstr. 86.

Fischhandlungen

F. Baumann, Windmühlenstr. 86.
F. Beier, Lind., Merseburg. Str. 75.
F. Brocke, Delikatessen, Kreuzstr. 52.

Fleischereien

A. Arnold, Sell., Wurzner Str. 107.
G. Göthe, Pigw., Weissenfels. Str. 41.
Alfr. Hahn, Li., Merseburg. Str. 46.

Frisieren, Parfümerien

Alfred Lasey, Seeburgstrasse 28.
O. Schumann, Jahnstrasse 25.
G. Ferrar, Lind., Lützner Str. 10.

Gummiwaren

Irregl., Mutter-Spritz-,
Leibbind-, Unterlag-,
Damenbind-, Verband-
watze etc. sowie alle Art.

Haus- und Küchengeräte

P. Basemann, Zweinaund. Str. 80.
Rob. Heyer, Wahr., Bahnhofstr. 83.
Paul Jentzsch, Paunsdorf.

Herren-Artikel

Otto Gräfe, Könnertstr. 68.
Joh. Köstl, Könnertstr. 46.
Max Schott, Zweinaund. Str. 18.

Herren-Garderobe

E. Breitenborn, Eisenbahnstr. 59/61.
Gersons Modenhäus, Kirchstr. 57.
Richard Wolf Söhne, Dieskau-
strasse 43, Haus- und Küchen-
geräte, Oefen usw.

Hüte, Mützen

Dietsch-Diesing, Aeus. Hall. Str. 55.
W. Gerasch, Stött., Hauptstr. 57.
F. Hertling, Co., Bornaische Str.

Kaufhäuser

M. Abraham, Go., Aeus. Hall. Str. 118.
Kaufhaus Brühl
G. m. b. H.

Kinematographen

Die weisse Wand, nur Krystall-
Palast und
Eisenbahnstrasse, früher Waren-
haus Schaarschmidt.

Kolonialwaren

Rich. Ahnert, Go., Hallische Str. 74.
Max Berger, Stött., Leipzig. Str. 84.
Edmund Börner, Bogislawstr. 2.

Korbbwaren, Kinderwagen

Hebritz, Fabrik-Wagen, Neumarkt 20.
M. Herrmann, Möck., Hall. Str. 94.
Popp, Panorama, Rossplatz.

Kurz- und Wollwaren

Aug. Beyer, Vo., Mariannenstr. 84.
Martha Fiedelisen, Paunsdorf.
H. Klinge, Th., Reitzenhainer Str. 16.

Lederhandlungen

R. Benke, Münzgasse 28.
A. Funk, Li., Holteistr. 23, Ecke Sp. Str.
August Funk, Vo., Hildegardstr. 40.

Manufakturwaren

Rich. Hofmann, Stött., Wassert. Str. 26.
J. Krug, Johannisplatz 1-2.
A. Lumpisch, 86H. Ehrenb., Leipz. Str. 57.

Möbelmagazine

O. Arnold, Klitzsch, Klängenstr. 85.
G. Bergmann, Sell., Bautzm. Str. 1.
Biesenthals Möbelhallen
Windmühlenstr. 25, I.

Leipziger Möbelhallen

Carl Max Raschig
Tauchaer Str. 82 (Battenberg).
Paul Lendel, Lind., Aurelienstr. 4.

Max Raschig

Plagwitz, Karl-Heine-Strasse 61.
Herm. Pfefferkorn, Grosszschoch.
G. Pohle, Rabet 7.

Molkereien

O. Büchel, Lange Strasse 17/19.
Rob. Schenk, Go., Schkeuditz. Str. 4.
Eisenbahnstr. 90.

Obst u. Grünwaren

Horm. Fischer, Go., Hallische Strasse 135.
H. Kühn, Ang., Zweinaund. Str. 9.
Thüring. Apfel-Zentrale, Querstr. 6.

Papier- u. Schreibwaren

Otto Burkhardt, Schö., Leipz. Str. 99.
J. P. Dissing, Rdn., Oswaldstr. 1.
O. Knoch, Ecke Hammer- u. Bornaische Strasse.

Putz, Modes

Dresden Hutfabriklager, Humb. Str. 115.
Agnes verw. Franz, Grosszsch. Hauptstr. 23.
Elisabeth Hädicke, Eisenbahnstr. 9.

Rossschlächtereien

A. Giessler, Stött., Chr.-Weisse-Str. 5.
Hummel, Leutzsch, Barneck. Str. 27.
Herm. Koch, Kleinzsch., Hirzelstr. 10.

Schirme, Stöcke

L. Mielentz, Aeus. Hallische Str. 62.
M. Milker, Nech., Eisenbahnstr. 36.
H. Balkow, Klitzsch, Baumannstr. 1.

Schnellbeschl-Anstalten

F. Lohmann, Ang., K.-Krause-Str. 2.
W. Regentin, Klitzsch, Dieskaustr. 18.
F. Schlott, Vo., Natallenstr. 20.

Schuhwaren

G. Albrecht, Nürnberger Str. 83.
E. Bismarck, verw. Joske, Pigw. Karl-Heine-Str. 47.
Ernst Becker, Ranst, Steinweg 29.

Robert Böhme

Kleinzschoch., Dieskaustr. 44.
Schleussig, Könnertstr. 74.
Frdr. Böhme, Neust., Kirchstr. 89.

Oskar Fraundorf

U. Merseb. Str. 4.
F. R. Hartwig, Eisenstrasse 11.
L. Hellmann, Möck., Leipz. Str. 16.

Flaum

Herm. Schietze, Dresdner Str. 66.
Friedr. Schilling, Li., Aurelienstr. 17.
A. Schneider, Lind., Gund. Str. 19.

Uhren, Goldwaren

A. Beyer, Lindenau, Marktstr. 3.
O. Blockhaus, Vo., Wurzner Str. 17.
J. Borak, Konstantin, Ecke Leipzigerstr.

Warenhäuser

Adlers Warenhaus, Gohlis, Aeus.
Hallische Strasse 107.
Gebr. Joske, Windmühl-
strasse 4/12.

M. Joske & Co. L.-Plagwitz.

Marg. Marr, Grosszschocher.
Gustav Otto, Pl., Weissenf. Str. 30.
Wein u. gut A. Friese
Grimmaisch. Steinw. 11, R. Lad.

Wild und Geflügel

O. Graf, Schleussig, Könnertstr. 39.
K. Lippmann, Aeus. Hallische Str. 63.
E. Reichert Nachf., Reitzenh. Str. 3.

Zoologische Handlungen und Vogelfutter

R. Backhoff, Sell., Wurzner Str. 20.
E. Hentsch, Neuschönerf., Kirchstr. 77.
Bernh. Pohle, Reudn., Kreuzstr. 31.

Freitag Sonnabend Montag
d. 26. Februar den 27. Februar d. 1. März a. c.
kommt ein grosser Posten
Hemden
spottbillig zum Verkauf.
Männer-Hemden 85 Damen-Hemden 95
Knaben- u. Mädchen-Hemden
in allen Grössen billigst. [3105]
Emma Strutz Kleinzschocher
Dieskaustr. 7.

Otto Meerguth, Mastlösch-Schlächtereifabrik
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
Wigandstrasse 2 L.-Kleinzschocher Wigandstrasse 2
empfiehlt jeden Abend
gekochten Schinken, gekochte Pökelfrippchen u. Schwarzfleisch
Jeden Freitag und Sonnabend von 5 Uhr ab
Schinken in Brotteig sowie ff. warme Wurst
Spezialität: ff. russisch. Salat, la. Jagdwurst u. Mortadella,
ff. Thüringer Blut-, Leber-, Zungen- und Zerwulstwurst sowie alle
ff. Aufschnittwaren. Auf Wunsch auf Platten garniert zu denselben
Breifen. [9568]

Zahn-Atelier
Fernspr. 9838. B. Massloff Königsstr. 4, I.
Zahnziehen schmerzlos à 1 Mk.
Spez. für Nervöse u. Schwache sehr zu empfehlen.
Ueber mein schmerzloses Verfahren liegen viele Anerkennungs-
schreiben im Atelier aus.
Zahn-Erfolg sowie Plomben unter Garantie.

Dauerb. Bettstellen mit guten
Sprung-
Matratzen (beste Arbeit) 25 Mk.
Dresden Str. 25, Schleussig, I.
B. Böhm, Kap., vis-à-vis
St. Auswahl prägn. spanien-
hoch. Sommerbetten, sowie alle
Sort. pa. Vogelstutter, Antiken-
Werkstätten, pratt. Rähge u. 20 J.
an empf. Max Kratt, Querstr. 17.

Schuhwaren-Haus
und Reparaturwerkstelle
Rich. Rumbler, Lindenau
Josephstr. 43.
Vordiermützen
Kornelartifel, Stubentmützen,
Dob. 30 A, Köpfe (bunt), Dob. 18 A,
große Auswahl besserer Mützen,
Vordierm. 100. Stück 65 A.
*2584 Kreuzstr. 14, Hof rechts.

Schuhwarenhaus
in alt. Rechtsang., Kirchh. Arbeit,
Eiserne, Gold- u. Nislag.,
Geh. u. Gingeber, Teilmengen
3c. bef. Paul Kaiser, Reichstr. 22, I.

Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1909. Nr. 46

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

Dresdner Museumsfragen.

Ueber die Dresdner Museumsfragen, die jetzt wieder aktuell geworden sind und weit über die Grenzen der Residenz hinaus die größte Beachtung verdienen, schreibt uns ein Fachmann: Der Ruf Dresdens als Stadt der schönsten Kunstsammlungen Deutschlands ist im Laufe der letzten Jahrzehnte etwas verblasst. Berlin und München haben heute umbelebte die Führung, vor allem Berlin. Es ist ganz außerordentlich, was hier im Laufe des letzten Jahrzehnts geleistet worden ist, nicht allein in der Vermehrung der öffentlichen Sammlungen, sondern auch in ihrer Organisation und in der Art der Darbietung ihrer Schätze. Ja erünnere nur an das Kaiser-Friedrich-Museum mit seiner vorzüglichen Anordnung der Gemälde, und der wenigstens teilweise gegliederten Ausstellung der übrigen Abteilungen im Erdgeschoss. Das das Museum als Bau selber recht verunglückt ist, sowie Wilhelm Vode, dem die Umgestaltung oblag, nicht ändern. Was hat ferner Tschudi aus der Nationalgalerie gemacht? Allen höflich-patriotischen Demungen zum Trotz hat er sein Prinzip einer übersichtlichen Auswahl aus der modernen Kunst auch fremder Nationen mit einer Fähigkeit durchgesetzt, die ihm die Achtung aller Kunstfreunde und den Dank kommender Generationen sichert. Vor allem aber gelang es ihm, aus der Jahrhundertausstellung deutscher Kunst die schönsten Stücke für seine Sammlung zu erlangen, so daß die Nationalgalerie jetzt tatsächlich eine europäische Sehenswürdigkeit ersten Ranges geworden ist. Dabei wissen sowohl Tschudi wie Vode finanzielle Wege — Seitenwege möchte man sagen — zu finden, auf denen sie sich das, wozu ihnen der Etat keine Mittel mehr hergibt, dennoch sichern: sie unterhalten gute Beziehungen zur Hochfinanz, zu den reichen Privatbankiers und Liebhabern, die sie sich durch sachmännischen Rat bei Ankäufen zu verbinden wissen. Die Berliner Börseleute verstehen ja von Kunst nicht eben viel. Aber sie haben zum Teil Respekt vor ihr und wollen wenigstens richtige Mäzene scheinen, wollen das besondere Ansehen genießen, das die Liebhaberei von Kunst und Wissenschaft in der ganzen gebildeten Welt gewährt. Ja, sie wollen sogar humane Leute sein und das erworbene Gut nicht einmal für sich persönlich zurückhalten. Wenn deshalb eine Autorität zu ihnen kommt und sagt: „Hören Sie mal, lieber Herr, ich habe da einen feinen von Gogh für Sie, den ich eigentlich am liebsten für mich selbst, für unsere Galerie erwirke. Aber Sie wissen ja: mein Geld ist alle, und Majestät ist natürlich gegen an all so was, das nicht parodemäßig unanschaulich besteht. Was meinen Sie? Kaufen Sie's und schenken Sie's uns? Oder leihen Sie und das Stück bis auf weiteres her?“ Der Börsemann, der vielleicht eben eine Transaktion mit 100 000 Mk. Meingewinn hinter sich hat, lächelt, macht ein paar schlechte Witze, klagt ein wenig über schlechte Zeiten und bewilligt am Ende die Kapelle von 20 000 Mk. oder mehr, die seinem Namen eine Aureole bei den Zeitgenossen sichert. Es gibt aber, zu ihrer Ehre sei's gesagt, auch „ungenannt sein wollende“ Kunstfreunde, die bereit eingreifen, wenn eine seltene Gelegenheit wahrzunehmen ist.

Natürlich mußte für solchen Zuwachs Platz geschaffen werden. Das ein Mittel dazu waren bauliche Erweiterungen, das andere die bereits angeordnete Aufhaltung von minderwertigem Material. H. Vode konnte vor einigen Jahren mitteilen, daß von den bis um 1878 im Alten Museum in Berlin aufgestellten Gemälden nahezu die Hälfte in den letzten Jahrzehnten ausgeschieden worden sei, um die Sammlung durch planmäßigen Zukauf zu ergänzen und zu regenerieren. In der gleichen Lage fährt Vode fort, befinden sich die größten und ältesten Galerien Deutschlands; ja diese ganz besonders, da sie vielfach glücklichen Zufällen, Schenkungen aus kirchlichen oder Gesamtkäufen aus Privatbesitz ihre Entstehung verdanken. Solche Museen seien aber mitnichten abzuschaffen, weil sie „voll“ seien. Es sei keineswegs nötig, weiteres Sammeln einzustellen und die bisher dafür bereit gestellten Staatsmittel einzuschränken und anderweitig zu verwenden. Diese Staatsmittel waren in Preußen, das sonst nicht gerade als kunstfreundlich oder kunstverschwendungig gilt, immerhin beträchtlich genug. Von 1849 bis 1890 haben sich im Jahresetat die Ausgaben für die bildenden Künste von 313 500 bis auf 3 278 000 Mk. gesteigert. Also eine Verzehnfachung. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen im Jahre 1840 zwei, 1890 zehn Pfennig. Im Extraordinarium sind während dieser fünfzig Jahre etwa 35 Millionen aufgewendet worden. Das sind recht erhebliche Zahlen, und dabei erstreckten sie sich noch nicht auf die letzten zehn Jahre mit ihren verhältnismäßig größten Veränderungen in der Arbeit der Museen.

Denn zu den Arbeiten der Umgestaltung und Ergänzung gestellten sich in Berlin weitläufige Pläne für die weitere Entwicklung, für den Ausbau der staatlichen Sammlungen. Sie sind anlässlich der preussischen Kammerdebatten bekannt genug geworden. Nur die wichtigsten seien hervorgehoben: das deutsche Museum, das die Schöpfungen der freien Künste aus der älteren Zeit bis ins 18. Jahrhundert hinein zusammenfassen soll; ein Museum der asiatischen Kunst und Kultur; eine kleinere Sammlung für vorderasiatische Kunst. Das Museum für Völkerkunde wird nach Dapfem hinausverlegt und erhält eine vollkommen neue Anlage. Die Nationalgalerie wird durch die Aufhebung einer nationalen Porträtgalerie in ihren Beständen weiter entlastet. Es muß hervorgehoben werden, daß alle diese bereits geschienenen Fortschritte oder in der Ausführung (die der Bauen durch Messel) befindlichen Projekte zu verzeichnen sind im wesentlichen seit der Einrichtung einer Zentralorganisation für die Museenverwaltung, an deren Spitze als Generaldirektor ein Fachmann steht. Seit ist es Vode, der daneben auch als internationale Autorität genügenden Gewicht hat, um die Generalkunstkommission des Staates und das Kultusministerium von der Zweckmäßigkeit seiner Reformen zu überzeugen.

Wie steht es nun in Dresden? Der Leser hat längst gemerkt, daß dieser ausführliche Hinweis auf Berlin lediglich zum Zwecke einer besseren Beleuchtung dessen geschah, was man selber Gottes in Dresden zu tun vermag hat. Im vorigen Jahre ist nachdrücklich auf die Mängel der Dresdner Sammlungen hingewiesen worden. Die amtliche Denkschrift, die damals in der Ersten Kammer vom Minister v. Müller verprochen wurde, ist inzwischen erschienen. Gibt sie zur Hoffnung auf gründliche Besserung Anlaß?

Ich brauche nur einen der einleitenden Sätze zu zitieren, um die Hoffnungen herabzustimmen. Es heißt da über den schlechten Ruf der Dresdner Museen: „Die Generaldirektion vermag diese Mängel, soweit sie sich nicht auf die räumliche Unterbringung der Sammlungen beziehen, in der Hauptsache nicht als begründet anzusehen. Zum mindesten wird man sich auf den Standpunkt stellen müssen, daß die angegebenen Projekte und Forderungen zurzeit keinesfalls zur Verwirklichung zeitlich sind.“ Also der Minister, der von der Sache zwar

nichts versteht, aber von Amts wegen die Gewalt über sie hat, setzt sich glatt über die einmütige Meinung von Sachleuten und Vätern, die in allen Parteien, selbst bis in hochkonservative Kreise hinein seiner Kompetenz mißtrauen, hinweg mit einem Federstrich. Er hat gar nicht begriffen, worauf es hier ankommt. Er wird es auch nie völlig begreifen, so viel ist heute klar.

Der Schwerpunkt der Reformen, die die Denkschrift dementsprechend vordringt, ruht durchaus in dem Begriffe der „räumlichen Unterbringung“. Keine „umstürzenden“ Projekte, sondern vorläufiger Ausbau „auf mittlerer Linie“. Die Generaldirektion will die geschlossene und charakteristische Erscheinungsform der Königl. richtiger wohl: der öffentlichen Sammlungen und ihre Rechtsverhältnisse rücksichtsvoll bewahren. Mit anderen Worten: sie will die Perfektheit der Organisation und Verwaltung, die Mäßigkeit in der Aufmachung und Darbietung der Sammlungen in Permanenz erklären.

Räumlich beschränkt seien Gemäldegalerie, Skulpturen- und Porzellansammlung, die zoologische und die anthropologisch-ethnographische Abteilung. Durch den Neubau des Hauptstaatsarchivs 1908/9 wird das Albertinum teilweise frei, und hierher soll die bisher interimistisch oder noch gar nicht aufgestellte Leberzahl an Glashallen gebracht werden. Dagegen ist nichts einzuwenden. Die Porzellansammlung, die jetzt im Johanneum gedrängt und ohne genügenden Schutz vor Feuergefahr untergebracht ist, soll in den Zwinger übergeführt werden, wenn sie sich dort wirklich besser aufstellen lassen. Koetsch hat bekanntlich im Vorjahre diesen Vorschlag gemacht, und die Denkschrift nimmt ihn auf unter Berufung darauf, daß die Generaldirektion selbst ursprünglich den Zwinger hierfür vorgeschlagen habe. Sei's wie es sei, der Vorschlag leuchtet ein, denn daß der stilistische Zusammenhang zwischen der Zwinger-Architektur und den Porzellanformen aus der Villenzeit des Meißner Porzellans, daß der kulturhistorische Zusammenhang zwischen Sammlung und baulicher Umrahmung überhaupt ein vortrefflicher sein würde, liegt offen zutage. Bleibt die Porzellansammlung hier ein, so müssen die naturwissenschaftlichen Kabinette geräumt werden. In der Tat befinden sie sich gegenwärtig als rechte Stiefkinder gedrückt genug. Sie sollen also einen Neubau erhalten, da man glücklicherweise davon abgesehen ist, ältere Staatsgebäude wie das alte Landhaus oder die frühere Technische Hochschule für gut genug zu halten, mit öffentlichen Sammlungen auszufüllen zu werden.

So ungefähr, wenn auch nicht ganz so, argumentiert die Denkschrift. Hinterher freilich, so von dem reichen Best der Vereins für Sachliche Volkswunde die Rede ist, erscheint das alte Landhaus „vielleicht“ doch noch brauchbar für diesen „alten Kram“. Ich weiß aber wirklich nicht, ob die reichlich dunklen Räume des alten Gebäudes an der Landhausstraße eine wesentliche Verbesserung bedeuteten gegen die — vielleicht zu vermehren — des Palais im Großen Garten. Wegen die Uebernahme gerade dieser Sammlung in staatliche Obhut hat sich der Minister seinerzeit bemerkenswert energisch ausgesprochen. Warum wohl? Es unterliegt doch keinem Zweifel, und erst die letzte Dresdner Kunstgewerbe-Ausstellung hat es hinlänglich gezeigt, daß die Volkskunst des sächsischen Landes, der Hausrat des Erzgebirges, des Vogtlandes wie der Lausitz, ihre intimen und höchst reizvollen Beziehungen zum staatlich approbierten „Kunstgewerbe“ hat. Wir sind heute bemüht, zu erhalten und zu retten, was vor der fallisch angewandten Industrialisierung irgend zu retten ist. Diese Volkskunst also zu zeigen, wäre durchaus Sache und zwar recht ehrenwerte Sache des staatlichen Kunstgewerbe-Museums. Die Regierung wäre gerade der großen Masse gegenüber hier zu einigem Entgegenkommen verpflichtet, der Masse vor allem auch der ländlichen oder industriellen Stenographen. Hier scheint den Minister seine feine Witterung für das totalpatriotisch Wirksame ganz im Stich gelassen zu haben.

Ebenso wird auf einen Neubau zuzukommen sein für die moderne Abteilung der Gemäldegalerie. Auf den Zuwachs von etwa 50 Jahren berechnet, werde diese Planung besondere Schwierigkeiten machen. Viel Zeit und lange Reisen des „Kunstgewerbe-„Hochbauingenieurs“ wären erforderlich. Für solche Vorbereitungen aber werde nächstens ein Posten im Etat erscheinen.

In dieser Mitteilung ist zunächst „anzukommen“ auf den hochbautechniker, den wir durch einen namhaften Architektelen erlebt sehen möchten. Sempor war das, und der, der sein Werk an anderer Stelle forschen soll, wird es doch wohl auch sein müssen. Die Verwechslung oder falsche Anwendung dieser Berufsbezeichnung ist für das Maß an künstlerischem Sachverständnis, mit dem die Denkschrift abgefaßt ist, recht bezeichnend. Weiter: gerade bei der Gemäldegalerie ist mit einer bloß räumlichen Entlastung durch einen Erweiterungsbaue erst ein äußerlicher Anfang zur Reform gemacht. Bei aller Anerkennung der Verdienste Wermanns muß es einmal öffentlich gesagt werden, daß hier ganze Arbeit, ein vollständiger „Umsturz“ der bestehenden Verhältnisse“ geschehen muß. Die Galerie ist überfüllt, ja, warum ist sie das? Weil man sich schenkt, sie von den vielen Werken zweiten und dritten Ranges zu befreien. Die Wände der großen Säle sind nicht minder mit solchen Bildern anstapelt wie die kleinen Kabinette insbesondere der niederländischen Schule. Nicht man nun diesen Ueberreichtum in die Länge dadurch, daß man das Obergeschoss aus den älteren Sälen frei wird, mit dem Ueberreichtum, wenn es von den neueren Werken frei wird, so ist für eine innerliche Umgestaltung doch noch nicht viel gewonnen. Es genügt eben nicht, ein paar hundert Werke nach und nach an Provinzialsammlungen abzutreten, oder zum Schmuck öffentlicher Gebäude zu verweisen — von 1857 bis 1907 waren es etwa rund 300 Werke — sondern man muß sich noch weit intensiver auf die Hauptwerke und ihre möglichst unbehinderte Wirkung konzentrieren. Hier ist eine raumkünstlerische und museumstechnische Arbeit großer Stils vorzuziehen, es sollte ausgetauscht, mehr verlassen und auch verkauft werden, um ergänzen zu können. Unsere berühmte niederländische Abteilung würde nicht verlieren, sie würde gewinnen, wenn etwa der vierte Teil der Werke abgehoben würde und dafür die frühen deutschen ergänzt werden könnten. Gewiß ist es nicht leicht, hier die Verantwortung für Gewinn und Verlust zu übernehmen, aber von einem Museumsleiter muß man verlangen, daß er den nötigen Weitsicht für solche Handelspolitik besitze. Ähnliches gilt von den zahlreichen raumfüllenden Schulbildern der Spätitaliener, die sich in einer Weise bei uns breit machen, die in gar keinem Verhältnis mehr steht zu ihrer sehr effektvollsten Bedeutung. Will man nicht verkaufen oder eintauschen, so stelle man diese Museumsfinten in wenige Magazinsäle zu kunsthistorischen Studienzwecken zurück, aber man arbeite energisch auf die Bervollständigung einer übersichtlichen Schausammlung hin. Hier ist erzieherische Arbeit in Fülle zu leisten. Daß sie möglich ist, beweist das Vorgehen

Vodes in Berlin. Keine Arbeit von heute auf morgen, aber man darf sie nicht länger mehr hinausschieben, wenn die Dresdner Galerie nicht langsam aber sicher zum Range einer ehrenwert schlummernden Provinzialsammlung herabsinken will.

Das Kupferstichkabinett soll den ganzen rechten Flügel des Erdgeschosses annehmen. Hoffentlich wird dann auch für eine Erweiterung der Arbeitsgelegenheit fürs Publikum Sorge getragen: die vorhandenen Lische reichen heute, namentlich in den Nachmittagsstunden des Winters, nicht mehr aus. Im übrigen haben wir zu Geheimrat Vode das beste Vertrauen, daß er seine alte Sammlung zu regieren und zu erschließen wissen werde, wie er es bisher verstanden hat. Nützlich dazu ist allerdings eine wesentlich bessere Dotierung zu Antaufszwecken. Und endlich eine Frage: ist eine Aufammenlegung und gemeinsame Verwaltung der Königl. Sammlung und der reichen Bestände der Sekundogenitur nicht eigentlich eine dringende Notwendigkeit? Die letztere gehört unsres Wissens zum Hausbesitz, ist aber doch öffentlicher Benutzung freigegeben und sollte deshalb, unbeschadet der Wahrung formeller Eigentumsrechte, in die bestehende größere Sammlung eingegliedert werden. Bei solchen Sonderinstitutionen verfährt man in Dresden mit einer schwer begreiflichen Unverständlichkeit. Dabei werden Kräfte verzertert ohne einen andern Gewinn als den der Wahrung des alten Verkommens. Solcher Gewinn kann aber bekanntlich zum Fluche werden über Nacht.

Schließlich bleibt noch übrig der Seidliche Plan eines Fürstentums. Es ist bekannt genug, daß der vortragende Rat der Generaldirektion sich mit diesem Projekt in die Dessenlichkeit gestürzt hat, weil er nicht hoffen durfte, bei seinem Chef Verständnis für die Idee zu finden. Die Dessenlichkeit, das gibt auch die Denkschrift zu, hat den Plan nicht ungünstig aufgenommen. Aber woher das Geld nehmen? Sowohl für den Bau, wie für die Erwerbung der Ausstellungsstücke, der Möbel und Geräte aller Art? Wir haben seinerzeit den Gedanken gut aufgenommen, schon darum, weil es doch ein neuer Gedanke war, und ohne uns im besonderen für die Benennung und dementsprechende Organisation des Ganges nach fürstlichen Regierungszeiten erwärmen zu können. Die Berliner sind wirklich keine französischen Ludwige gewesen, haben weder stilistisch, noch politisch oder sonstige Epoche gemacht, wenn man nicht den starken August ausnehmen will, dessen Verschwendungskünste das Land wenigstens einige schöne Prachtbauten verdankt, neben seinen ungezählten illegitimen Königskindern. Uebrigens hat die Sammlung Kultur und Kunst unter den sächsischen Fürstentümern auf der letzten Kunstausstellung den Gedanken des Fürstentums nicht gefördert, denn sie wirkte etwas kümmerlich. Wir fürchten, kurz gesagt, die ganze Sache kommt etwas zu spät. Vor allem wären doch auch die Bestände des Kunstgewerbe-Museums heranzuziehen, besonders der Archaische Vestsaal, und der steht ja doch schon festgemauert in der Erde. Die Denkschrift beweist ihrerseits die gutwillige Hergebe von Sängstücken aus dem Bestände der alten Sammlungen, aus dem Grünen Gewölbe, dem Historischen Museum, der Porzellansammlung usw. Man könne doch nicht viele Kunstwerke „ihrem alten mit ihnen gleichsam verwachsenen Standorte“ entnehmen und sie in Räume bringen, „die nicht der unbefangene Ausdruck der Gesinnungsrichtung ihrer Entstehungszeit sind“. Mit solchen konfusen Einwänden beweist die Denkschrift allerdings ein vollständiges Versagen gegenüber dem Kern der Idee. Es handelt sich doch um eine Art Schausammlung aus verschiedenen Museen, zum Zwecke kulturgeschichtlicher Veranschaulichung und Zusammenfassung des wesentlichen aus dem wandelbaren Stil der Zeiten. Da würde man eben über die Eiferjucht der Abteilungsleiter hinwegschreiten müssen. In der Theorie ist die Idee zweifellos gut. Im neuen bayerischen Nationalmuseum in München ist sie bereits zu einem guten Teile verwirklicht. Material gäbe es in den sächsischen Landen wohl auch zur Genüge, nicht in den königlichen Schatzkammern allein, sondern vor allem im Privatbesitz. Natürlich könnte man die fehlenden Stücke nicht alle kaufen, aber leihen könnte man sie, und die Aufgabe einer geschickten Museumspolitik wäre es, unter Hinweis auf das Ausland, besonders auf England, wo die leihweise Hergebe solcher Stücke etwas sehr Verbreitetes ist, — die Eigentümer geneigt und die Dessenlichkeit begierig zu machen. Die gesagt, wir glauben, der günstige Moment für ein solches umfangreiches Projekt ist jetzt verpaßt, aber das hindert nicht, die Sache im Auge zu behalten. Dresden erhelbe damit eine Spezialität mehr, und immerhin eine, die weniger die Fachleute, als das Volk angeht. Das ist der springende Punkt, von dem aus auch die Widerstände gegen den Plan beurteilt werden müssen.

Im allgemeinen erweckt die Denkschrift den Eindruck, daß der Minister sich widerwillig genug zu einer Anzahl von Reformvorschlägen hat drängen lassen, die er zum guten Teil entweder für überflüssig oder für kostspielig hält, und die deshalb auch nur auf laue Unterstützung seinerseits zu rechnen haben werden. Er dürfte auch jetzt kein Mittel unversucht lassen, diese wichtigen Kulturfragen in den Hintergrund zu schieben. Gewiß soll zugegeben werden, daß er es bei seiner Festigungsarbeit der Staatsfinanzen nicht leicht hat. Aber bei den enorm hohen sächsischen Steuerfüßen hat die Allgemeinheit ein Recht auf die Pflege auch ihrer Bildungsinteressen, und daß die öffentlichen Sammlungen heute als Volkshochschulen, als Volkshochschulen wichtiger geworden sind denn als wissenschaftliche Spezialinstitute, ist nachgerade die Ueberzeugung aller verständigen Leute geworden. Ohne eine dauernde Schädigung wichtigster Interessen kann sich also auch der sparsamste Minister der Förderung dieser Institute nicht entziehen. Es kommt ja wirklich nicht darauf an, das Geld beiseite zu tun „für alle Fälle“, sondern es nutzbringend fürs allgemeine Wohl anzugeben, damit es reichlich ziele. In diesem Sinne erscheint die Sparpolitik der Herr Müller so verfehlt wie irgendeine leichtsinnig verwendende Vergangenheit Sachens. In, verjüngenderischer als sie, denn von den Königl. Erpressungen des 18. Jahrhunderts sind doch immerhin erhebliche Kulturdenkmale übrig und sichtbar geblieben. Aber was wird einmal von der Herr Müller übrig bleiben? K. S.

Der gewerbs- und gewohnheitsmäßige Verbrecher.

Von Dr. med. Paul Volky.

(Schluß.)

Die gefährlichste Gruppe ist die dritte, das Berufsverbrechertum. Vindenan unterscheidet verschiedene Typen, einmal reisende Verbrecher, die ihr Verbrechen — Giftmord, Lustmord — gerade unter dem Vorzeichen ihrer Unbekanntheit an Tatorte ausüben. Die zweite Gruppe ist die des Internatio-

malen Hochstaplers, der bald aus früheren besseren Lebensverhältnissen, bald aus einer Stellung als Kellner, Diener eine gewisse Gewandtheit im Auftreten mitbringt, die ihm den Eintritt in bessere Kreise ermöglicht und verschafft. Zuweilen, Kredit- und Vertrauenswörter sind seine Domäne. Seine Gaunereigenschaften werden ihm durch das große Entgegenkommen und Ansehen, das der Fremde in Deutschland genießt, besonders wenn ein selbst belegter Titel, ein Adelsprädicat den Respekt steigert, außerordentlich erleichtert. Auch Erpressungen mit homöopathischem Hintergrund spielen hier eine nicht unbedeutende Rolle. Eine weitere „Spezialität“ bilden die Taschendiebstahl, die ihre „Arbeit“ meist an Bahnhöfen, in Volksversammlungen, Ausstellungen vornehmen. Als eigentümliche Vertreter des gefährlichsten berufsmäßigen Verbrechertums gelten die international und bandenmäßig organisierten Vereinigungen, die sich an den verschiedensten Orten, besonders Rennplätzen, Badeorten, Varietés auf Gaunereien verlegen. Vom Falschspieler und Einbrecher, dem Münzfälscher und Wechselfälscher bis zum Geldstranknader, der mit Pulver Geldstränke auseinanderpfeilt, oder jenen Gruppen organisierter Bankräuber, die sich auf das Ausrauben und Stehlen bedeutender Summen verlegen, sind hier fast alle Formen verbrecherischer Unternehmungen vertreten. Das mag zur Charakteristik des in Frage kommenden Verbrechertums genügen sein. Es ist fast selbstverständlich, daß diese verbrecherischen Elemente sich auch psychologisch ganz gewaltig von der großen Masse des arbeitsfähigen gelegentlichen Verbrechertums unterscheiden. Das zeigt sich vor allem in der Persönlichkeit des internationalen Hochstaplers folgenden Bild, das auch aus einem Teil des hierher gehörigen einheitlichen Verbrechertums zutreffen mag: „Dem hochtrabenden Namen entspricht dann das vornehme Gebahren, welches vielleicht manchmal dem Kenner nicht ganz echt vorkommen mag, seinen Zweck, das Publikum zu blenden, aber meist nicht verfehlt. Aber dem Namen und äußeren Auftreten muß auch das Benehmen entsprechen, und man muß es in der Tat bewundern, in wie welchem Maße sich die Mehrzahl der internationalen Hochstapler Geschäftlichkeit, Gewandtheit, sich in schwierigen Situationen durch zu finden, Elongieren der Manieren angeeignet hat.“

Viele dieser verbrecherischen Elemente treten uns kaum näher, verhalten sich dauernd verschlossen und unzugänglich oder geben über ihre Lebensschicksale nur unsichere Auskünfte. So bleibt immer nur ein Teil des Verbrechertums der psychologischen Analyse vorbehalten. In erster Linie wird die Beantwortung der Frage von Interesse sein, wie der Verbrecher selbst über seine Lebensführung denkt und welche Stellung er zu dieser nimmt. Je mehr sich die strafbare Handlung aus sozialen, wirtschaftlichen, affektiven Gründen erklären läßt, um so eher wird die Tat eingestanden und wahrheitsgemäß dargestellt, um so stärker ist auch das Empfinden für das Unrecht und die Erklärung späterer Besserung. Umgekehrt je mehr die Tat das Produkt gewerbemäßigen, verbrecherischen Handelns ist, um so schärfer wird sie abgelehnt oder häufiger noch beschönigt, um so energischer ist der Kampf um „das Recht“ vor den Gerichten, um so entschiedener werden alle Instanzen in Anspruch genommen, und um so bestimmter wird auch innerhalb des Strafverfahrens die ungerechte Höhe der Strafe, die Mangelhaftigkeit des Verfahrens zur Entlassung oder zum Beweise des widerfahrenen Unrechts herangezogen.

Die eigenartige Moral oder richtiger Unmoral, durch die ein großer Teil dieser verbrecherischen Persönlichkeiten sich auszeichnet, gibt uns gelegentlich einen Einblick in diese besonders gearteten Menschen. Ihre Stellung zu ihren Mitmenschen ergibt sich aus ihrem alles überwältigenden Egoismus, in dem fremde Interessen und altruistische Regungen keinen Raum haben. Nichts ist charakteristischer als das gleichgültige Gesichtsverständnis eines äußerst intelligenten jungen Menschen — der wegen Geldstrankpfeilungen eine lange Zuchthausstrafe erhalten hatte — das er mit seinen Genossen Stundenlang vor einer Fabrikvilla auf Posten gestanden hätte, um einen Aufseher zu ermorden, der einem Einbruch im Wege stand. Nicht moralische Bedenken, sondern Zufälligkeiten hinderten die Ausführung des Plans. Das Fehlen jedes Rechtsgefühls und jedes Maßstabs und jeder Wertung der Schwere einer verbrecherischen Tat ergibt sich in überraschender Weise aus dem Umstande, daß der Verbrecher seine Tat äußerst gering einschätzt. Man erlebt es wohl, daß ein solcher „schwerer Junge“, dem eine Strafe von vielen Jahren Zuchthaus auferlegt wird, auf den verletzten oder stinkten Teil des Strafmaßes gefaßt war und tief verletzt wegen so viel Ungerechtigkeit vom Gerichte zurückkehrt.

Aus diesem mangelnden Gefühl für Recht und Unrecht erklärt sich die absolute Rücksichtslosigkeit, mit der der Verbrecher vorgeht, seine Gleichgültigkeit gegen die eigene Familie, seine Unrechtslichkeit gegen die eigenen Genossen und sein steter Kampf gegen die Strafe, deren Vollstreckung und Maß er unter allen Umständen ungerecht und zu hoch findet. Während er für sich selbst nicht genug Rücksichten erfahren kann, ignoriert er die Interessen seiner Mitmenschen in jeder Hinsicht. Vielfach handelt es sich um Menschen mit guter Veranlagung, aber auch ebenso oft einer gefährlichen Selbstbildung, die ihnen einen gewissen Hochmut und die Neigung zu phrasenhafter Beschönigung ihrer Lebensführung gibt. Fast stets suchen sie ihre verbrecherische Existenz als das Produkt sozialer oder familiärer Bedingungen oder ungerechter sozialer Maßnahmen hinzustellen, sind aber gleichzeitig nicht wenig stolz auf ihre große Lebenserfahrung.

Es sind daher auch kaum moralische Bedenken, die solche Menschen von Straftaten fernhalten. Dazu kommt der schwer verständliche Optimismus, mit dem der Verbrecher trotz zahlreicher Strafen und trotz Sorge vor langen Strafen oft unmittelfach nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus wieder auf den alten Weg zurückkehrt.

Nicht ganz selten begegnet man Söhnen besserer Familien mit gehobener Schulbildung, die als Zuhälter von Dirnen oder auch ihrer eigenen Ehefrau, als gewerbemäßige Spieler, Hefler dauernd ein kriminelles Dasein führen, ohne daß ihnen ein ernstliches Gefühl ihrer ethischen und unrichtigen Lage ankommt. Dagegen wird diese Art Leben mit einem großen Aufgebot von Worten verteidigt, die Liebe zur Ehefrau, die der Zuhälter als Dirne kennen gelernt hat, als eine tief-innere Anziehung darstellt. Die vollkommene Fervorheit des moralischen Geistes, ebenso wie die Berechnete und bewusste Heuchelei erklären auch die überaus zärtlichen, oft geradezu frommen Korrespondenzen zwischen Dirne und Geliebten, die stets voller Mahnungen zu besserer und sittlicherer Lebensführung sind, während das Gegenteil als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Die starke Betonung des Geschlechtstriebes im Leben des gewerbemäßigen Verbrechens macht es verständlich, daß alle diese Elemente längere oder kürzere Zeit mit Dirnen in Ehe oder Konkubinat gelebt und stets einige Zeit als Zuhälter — wenn auch unerkannt — gewirkt haben. Dies gilt insbesondere auch von dem eleganten Hochstaplerum, das seine Beziehungen zur Demimonde unterhält und auf diese Weise mancherlei Bekanntschaften in Spielertreuen und Klubs gewinnt, gleichzeitig aber auch die Mittel zu einer äußerlich eleganten Lebensführung.

Es erscheint daher fast verständlich, daß man bei Individuen, die ihrer rechtsbrecherischen und sittlichen Lebensführung in solcher Weise gegenüberstehen, ein Gefühl ersterer Reue über eine verbrecherische Handlung kaum erwarten darf. Daer definiert den Begriff der Reue als Gefühl von Unlust, von Unbehagen, das denjenigen befällt, welcher eine Handlung begangen hat, von der er inbrünstig wünscht, daß er sie ungeschehen machen könnte. Als Reue wahrer sittlicher Reue führt er drei an, einmal das unter Überwindung des eigenen Scham- und Ehrgefühls vollzogene Eingeständnis der bösen Tat, das ehrliche

Streben, diese Tat soviel als möglich zu sühnen, und drittens aufrichtige Besserung durch den Beweis, niemals wieder eine solche Tat zu begehen. Daer und Schaffenburg betonen die Reue, daß dieses Gefühl von Reue beim Gewohnheitsverbrecher nicht zu finden sei, während es bei der Menge der Delinquenten, die aus Not oder Affekt strafbar geworden sind, wohl vorhanden und zum Teil glaubhaft erscheint, sich oft auch in einem stark gebildeten Wesen äußert. Aber auch wenn man nicht den strengen Maßstab jener Autoren anwendet und nur äußerlich eine Erklärung und ein Geständnis von Reue verlangt, so wird man solches vergeblich erwarten. Die Oberflächlichkeit, mit der sie fremden gegenüberstehen, läßt ein Gefühl dieser Art oder auch nur ein verwandtes kaum aufkommen. Gelegentlich glaubt man etwas Ähnliches wie Reuebekenntnisse zu erleben, wird aber bald eines besseren belehrt; so bei einem jungen Manne aus guter Familie, der jahrelang als Zuhälter und Gatte einer total verkommenen Dirne in einer Hefler- und Diebesbande mitgewirkt hatte. Als eine langjährige Zuchthausstrafe, die ihm wie allen Komplizen gänzlich unerwartet kam, über ihn verhängt war, trat in den ersten Tagen eine Art Reuegefühl an ihn heran, aber schon nach kurzer Zeit gab er der Frau den nicht vergeblichen Rat, „viel Geld zu verdienen“, damit sie ihn versorgt sei, sobald er in die Freiheit zurückkehre. — Wenn nun auch die große Menge des gewohnheitsmäßigen Verbrechertums keine Einsicht für die Gerechtigkeit und Berechtigung ihrer Strafe hat, so ist doch die Führung der großen Mehrheit dieser Elemente innerhalb der Strafanstalten meist ganz einwandfrei, soweit nicht geistige Störung oder hochgradige, pathologisch gesteigerte Affektivität ihr die korrekte Einordnung in den Strafwang erschwert. Es hängt das vielfach sicherlich mit dem Selbstbewußtsein dieser Verbrecherkategorien zusammen, ihrem Gefühl, etwas mehr vorzuzustellen als die übrigen, schließlich auch mit der klugen Überlegung, daß die Strafe nicht zwecklos schwerer zu machen als unbedingt notwendig; dazu kommt die oben bereits erwähnte Gewohnheit korrekten Auftretens und eine gewisse Erfahrung in der Beurteilung von Personen, die ein wichtiger Teil der verbrecherischen Berufsabteilung darstellt und die dem Verbrecher auch innerhalb der Strafanstalten ein gutes Urteil über die Personen seiner Umgebung ermöglicht.

Daß gar manche von diesen verbrecherischen Personen mit der Absicht aus dem Strafhause abgeht, nicht wieder strafällig zu werden und ein geordnetes Leben zu versuchen, erscheint sicher. Das Leben in der Freiheit hat gerade für den gewerbemäßigen Verbrecher so unendlich viel Reiz, daß ihm die Strafe keineswegs so gleichgültig ist, wie die laubhüßliche und weitverbreitete Meinung fälschlich annimmt. Aber die Haltlosigkeit der großen Mehrheit hält der geringsten Verführung nicht stand, ganz abgesehen davon, daß kaum einer einen rebellischen Kampf um eine neue Existenz mit Energie auszufechten geneigt ist. So ist der schnelle Mißfall beim Gewohnheitsverbrecher, wie das in die Zahlen der Statistik zeigen, nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Ein Teil aber geht nicht einmal mit dieser Absicht aus dem Strafhause weg, viele planen schon beim Ausgange neue und höhere Taten. Als charakteristisch für diesen Typus mag jener intelligente und äußerst brauchbare Tischler gelten, der mit respektlosem Humor bei seiner Entlassung nach mehrjähriger Zuchthausstrafe behauptete, daß die Ausstellung in Düsseldorf zum Nachteil für sein „Geschäft als Taschendieb“ schon geschlossen sei.

Summarien.

Neues Theater (Versiegelt. Susanne im Bade). Der Text von Leo Blech's einaktiger komischer Oper Versiegelt nennt als Autoren: nach Raupach von Richard Wafa und Robert-Milo. Das ist ja so wie bei Operetten, wo die Arbeitsteilung schon längst eingeführt ist; nur weiß man hier, wie diese ungefähr vorgenommen wird. Der eine macht die Verse, der andre den Dialog, der eine liefert die Bühnen, der andre die Musik. Bei der durchgefallenen und durchkomponierten Oper Versiegelt ist man selbstverständlich völlig im Unklaren über den eigentlichen Anteil der beiden Verfassenden, man weiß also nur, daß zu einem einaktigen Libretto drei Männer nötig waren. Zunächst ist dies selbstverständlich gleichgültig, möge man ein Dutzend Männer vor ein Libretto spannen, wenn es nur etwas Ordentliches taugt. Das ist aber hier nicht der Fall; wenigstens wird so urteilt, wer sich noch ein gewisses Reizgefühl in theatralischen Dingen bewahrt hat. Schon daß der Text auf G. Raupach — höchst unklar, daß das Textbuch Raupach schreibt; will man mit diesem Randverweis auch Raupach's Stellung in der Literaturgeschichte korrigieren? — Aufspiel: Der versiegelte Bürgermeister sucht, sagt dem deutschen Literaturkenner eigentlich alles. Die moderne deutsche komische Oper wurde schon sehr tief sinken, bis sie zu den Lustspielen dieses gelehrigen und gewissenlosen Schillers' Kogebue gelangte. Aber die Herren Wafa, Blech usw. mochten sich sagen, daß das Kogebue'sche Prinzip in Deutschland niemals ausstrich, es aber doch gut sei, wenn man auch seinerseits sein Scherlein dazu beitrage. Auch wie der Text jetzt vorliegt, vermag er die Abstammung von einem Theaterhaken, der alle und jede dramatische Ehrlichkeit einem ordinären Theatereffekt zuliebe opfert, nicht. Das Sauberste leistet sich Raupach in dieser Beziehung mit der Gestalt der jungen Witwe Gertrud. Sie hat Aussicht, Bürgermeisterin zu werden, und träumt sich schon ganz in ihre neue Würde hinein. Dennoch will sie den im Raften verborgenen Bürgermeister der Lächerlichkeit und dem Gespött des ganzen Orts aussetzen. Daß der Bürgermeister als solcher vollständig unmöglich gemacht würde, wäre er, wie Gertrud bis zum letzten Augenblick glaubt, wirklich im Raften, bekümmert sie nicht im geringsten, auch nicht, daß es mit ihrer Bürgermeisterwürde völlig aus wäre. Raupach lag daran, eine effektvolle, spannende Volkszene vor dem verschlossenen Raften aufzuführen, und so konnte nach seiner Theorie alle Wahrscheinlichkeit zum Teufel gehen. In welcher Weise Blech diese Szene ausgearbeitet hat, werden wir später sehen; Raupach würde ihm für die Leistung in kollegialer Verständnis die Hand drücken. Oder die Szene des Liebespaars vor dem im Raften verschlossenen Bürgermeister. Wie unnatürlich ordinär nicht Raupach die Situation aus. Töchterchen und zukünftiger Schwiegerjohn dürfen sich über ihren Vater in beliebiger Weise lustig machen, weil dies eben auf das Publikum recht ergötzlich wirkt. Oder die bis ins völlig Willkürliche karikierte Gestalt des Ratsherrn's Kampfe, der sich selbst in Anwesenheit seines Vorgesetzten als erste Amtsgewalt des Orts aufspielt. Die Gestalten sind alle nach stehenden Theaterfiguren gearbeitet, oder fast völlig ohne inneres Leben, sie sind Drahtpuppen. Kurz, an höherer Theatergemeinschaft sucht das Stück, wenn man es genau nimmt, selbst unter heutigen Operetten keinesgleichen. Mit einem Text wie der tapere Soldat oder Madame Troubadour darf man Versiegelt auch nicht im entferntesten vergleichen. Ein auf Theaterreifeleitet sehender Komponist würde ihn nicht mit einem Finger anrühren.

Leo Blech, der bereits einige Erfolge als Opernkomponist erzielt hat, gehört zu den Komponisten, die genau verstehen, woher gerade der Wind weht. Die neueren Versuche auf dem Gebiete der deutschen komischen Oper (besonders Albert und Wolff-Ferrari) haben vor allem Beweglichkeit angestrebt, man veruchte ernstlich, leichtfüßig zu werden und sich des Wagner'schen Stahlpanzers zu entledigen. Es ist nicht zufällig, daß man dabei zu harmlosen Texten griff und sich die Ueberlegung leistete, daß zu diesen keinesfalls die Wagner'sche Orchesterbehandlung passe. Man besann sich zudem noch ein wenig auf Mozart — ich sage nur ein wenig — der mit einer so spielenden Leichtigkeit den einzelnen Phasen des Textes zu folgen weiß. Einen Text

wichtig und auf leichte Art zu illustrieren, gelegentlich auch Innerlich zu beleuchten, schien das Mittel, der komischen Oper neue Impulse zu geben. Dazu kam noch, daß eigentlich alle heutigen deutschen Komponisten schwache Melodiefinder sind, also war es um so nötiger, von jedem einigermassen geeigneten Textwort sich anregen zu lassen; das gab Lebendigkeit und führte zudem zu einer Art polyphoner Verwendung des modernen Orchesters, an das man nun doch einmal gewöhnt war. Man wird Leo Blech, wenn man von der Hauptfrage, echte musikalische Gestaltung, abläßt, einen Meister in dieser letzten Illustrationsrichtung nennen müssen; beweglich und ohne allzu wäherlich zu sein, bringt er es fertig, daß es im Orchester dann und wann von Geist sogar zu sprühen scheint. Doch dieser Stellen sind es nicht allzu viele. Oft stockt es aber geradezu, weil diese Art des Muskmachens ganz von äußeren Umständen abhängt. Mozart ist nicht im mindesten verlegen, wenn ihn der Text im Stiche läßt, da steht er um so mehr auf die Situation im allgemeinen und öffnet seine musikalischen Schreusen fast um so freudiger. Das kommt daher, weil er wie alle bedeutenden Komponisten entwickeln konnte, weil ihm der Atem nicht sofort ausgeht, wenn einmal nicht genügend Lust vorhanden ist. Gerade hier fehlt es bei Blech in sehr hohem Grade; entwickeln kann er nicht, er ist schon seiner inneren Natur nach darauf angewiesen, zu immer neuen Motiven zu greifen, mit solchen herumzuspielen, was dann und wann den Eindruck von wirklichem Reichtum erweckt. Inwiefern weiß Blech auch, daß geschlossene Stücke gerade heute einen sehr guten Eindruck machen, wenn sie einem auf irgendeine Art gelingen. Ich glaube auch, daß Blech wenigstens ein „Schlager“ in dieser Hinsicht geschaffen ist, nämlich das Liebesduett: dich, nur dich liebe ich. Das Unklare will ja allerdings, daß man aus diesem melodios sehr hübschen Stück diesen verflügten Walzerlebensrhythmus herausführt, der in der Operette sein Bürgerrecht besitzt, aber nicht in einer komischen Oper. Ueberhaupt steht Blech der Operette — schon der ganze Text gehört dazu — viel näher, als er wohl selbst glaubt. Wenn einem dies nicht stärker zum Bewußtsein kommt, so liegt dies einzig an der komplizierten Behandlung des Orchesters, gewissermaßen an einer Ueberladung mit Opernakkorden. Wer eine Gestalt wie die des Vampes mit derart groben, ausdringlichen Mitteln charakterisiert, der kennt sich in der Operette besser aus als in der komischen Oper. Mit Karikaturen, besonders wenn sie ganz unorigines und sehr billig sind, möge man die Oper versehen. Noch zwei geschlossene Einzelebände scheinen mir für Blech sehr charakteristisch zu sein, das Quartett: Diesen Zufall mag zu nützen und der Spottchor. Das Quartett ist eine direkte Kopie von dem im zweiten Akt der Carmen: Wo es sich dreht um Schürkerrei, und besteht gar keinen originalen Wert, da in der Wirkung das Original bei weitem nicht erreicht wird. Das Bezeichnendste für Blech bietet aber wohl der Spottchor, auch Raupach's Meisterleistung. Wieder hat der sündige Blech gemerkt, was unfer Zeit angenehm ist: eine Massenwirkung im Sinne der Meisterfänger, die überhaupt trotz aller durchsichtigen Orchesterbehandlung häufig zu Male gezogen werden. Hier, bei diesem Spottchor handelt es sich um direkte Nachahmung der Prügelszene. Das wäre noch nicht so böse. Aber mit seinen Intenitätswirkungen, mit dem breiten Bodschrauben stärker Mittel wird er so unwar, schlägt er aller Situationswahrheit derart brutal ins Gesicht, daß man mitten im System des seligen Meyerbeer steht. Kogebue im Libretto, Meyerbeer in der Musik, da haben wir die moderne deutsche komische Oper! Denn mit den echten böhmischen Musikern wie Smetana und Dvorak hat, das sei noch ausdrücklich bemerkt, Blech (geboren zu Prag) auch nicht das mindeste zu tun; da stellt sich wohl ein Volkstamm absolut trennend dar. Der künstlerische Wert der Oper sei übrigens nicht im mindesten verkannt; wer so viel kann wie Blech, darf sich heute schon zu den ersten Musikern zählen; aber unter sich eben wollen wir denn doch und künstlerische Ehrlichkeit als oberstes Gesetz, wenn auch nicht anerkannt, so doch betont wissen.

Die Komik gelang sehr gut, auch im Orchester, dem keine leichte Aufgabe gestellt ist. Auch dieses Stück wie die Maientänze wurde von Herrn Post musikalisch und von Dr. Löwenfeld wirkungsvoll szenisch geleitet. Die Darstellenden gaben durchweg Gutes, so daß man von dem Stück den richtigen Eindruck erhielt.

Am Schluß des Abends spielte man noch die Pantomime: Susanne im Bade, mit der Musik von H. Löwenfeld. Das Stück ist nicht unwichtig und weit dezent, als sein Name ahnen läßt. Die Musik weist, ohne irgendwelche Ansprüche auf Originalität zu erheben, genügend Geschicklichkeit und Leichtigkeit auf, die szenischen Vorgänge deutlich zu illustrieren. Gespielt wurde (unter Leitung des Komponisten) recht hübsch.

Die Maientänze erfordert noch eine Bemerkung. Daß das Stück auch hier unter dem Namen Gluck ausgeführt wird, darf eigentlich wundern, da Dr. Löwenfeld nicht zu den in historischen Dingen unwissenden Theaterleitern gehört. Wo es ihm irgendwie dienlich erscheint, greift er auf das Original zurück, korrigiert dieses etwa sogar nach der historischen Wirklichkeit wie leghin in Verdis Mastenball, wo die Einführung des Pifolenschusses darauf zurückgeht, daß das Stück einen historischen Hintergrund in dem durch einen Pifolenschuß getöteten Gustav III. hat — dieser Sachverhalt wurde uns neulich mitgeteilt; wir billigen trotzdem den Pifolenschuß keineswegs — wenn es sich aber um eine derart künstlerische Unterscheidung handelt wie in der Maientänze, dann wird bedauerlicherweise nicht gegen den Strom geschwommen. Das sei einzig im Interesse der Gluck'schen Kunst gefordert. Jeder lobt sie in erster Linie wegen ihrer dramatischen Wahrheit, und man könnte den gegenwärtigen künstlerischen unläuterer Opernabermählungen auch nichts Besseres als Gluck'sche Werke entgegenhalten, aber da man gerade ein Stück als Gluck'sches ausgeben, dem seiner ganzen Natur nach dramatische Wahrheit eine Lebensfrage ist. Wenn Wagner einmal Bellin'sche Opern einstudiert und sie auch gar nicht schlecht gefunden hat; so müssen sie trotzdem noch nicht gerade von ihm sein. So bringe man den Namen Gluck auch auf dem Theaterzettel nicht mit der Maientänze in Verbindung und trete dieser Unterscheidung so bemüht als möglich entgegen. Aber echte Werke Gluck's führe man auf, und sei es nur aus dem Grunde, um das Gefühl für dramatische Reinlichkeit zu wecken, das trotz Wagner heute vielleicht mehr denn je in Gefahr ist, ganz verloren zu gehen.

Josef Kainz spielte gestern den König in Grillparzer's Bildn von Toledo. Man wird diese Leistung, die auch in Leipzig schon bekannt ist, immer nennen müssen, sobald Kainz's Bedeutung festzulegen ist. Denn erst seitdem er sich der Rolle angenommen hat, das Stück, dem selber selbst erfahrene Theaterleute keine Lebenskraft zutrauten, sich auf dem deutschen Bühnenplan eingebürgert — freilich wohl nur vorübergehend, solange eben der Eindruck von Kainz's durch den Klang der Rede wie die edle Haltung zwingende Darstellung verlangt und nachwirkt. In der gelagten Aufführung traf Fr. Langfelder ausgezeichnet die Mischung von Rühle und Herzlichkeit Zuneigung in der englischen Königin, die durch die Begrenztheit ihres Wesens den Gemahl geradezu in das Abenteuer mit der Bildn hineinzieht. Die schwer sich frei ringende Darstellerin steht in interessantem Gegensatz zu der künstlerischen Lore vom Busch, die gestern in Gelteich und Beltschenzagen mit vorzeitig erworbener Routine Erleckliches leistete, ohne den Eindruck künstlerischer Kraft und Fülle hervorzurufen, der die Figur allein vor dem Vorderrücken des niedrig Kolonnenhaften bewahren kann.